

Die Schule in Nordrhein-Westfalen
Eine Schriftenreihe des Kultusministers



Richtlinien
für den
Politikunterricht
(2. Auflage)

V NW
-27(1987)

5000

Georg-Eckert-Institut BS78



1 151 252 0

Richtlinien
für den
Politikunterricht
(3. Auflage)

Bernold Weitkamp
89

Z-V NW
S-27 (1987)

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
- Bibliothek -
2013/281

ISBN 3-89314-024-7
Heft 5000

Herausgeber: Der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 49, 4000 Düsseldorf

3. Auflage 1987

Copyright 1987 by Verlagsgesellschaft Ritterbach mbH, Frechen

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Ritterbach mbH

Rudolf-Diesel-Straße 10-12, 5020 Frechen 1

Telefon (022 34) 5 70 01

8/1987

Vorwort

Die 1. Auflage der Richtlinien für den Politikunterricht erschien 1973, die 2. Auflage 1974. Die seit langem angekündigte 3. Auflage erscheint mit großem zeitlichen Abstand. Dies war möglich, weil bereits die 2. Auflage sich als ein weitgehend ausgereiftes Richtlinienwerk erwies.

Die 3. Auflage ist eine konsequente Weiterentwicklung des bisherigen Richtlinienwerks. Aus den vielen Änderungen im Detail hebe ich folgende hervor:

- Der Katalog der Qualifikationen wurde erweitert um eine auf Umwelt- und Zukunftssicherung bezogene Qualifikation (11) und eine auf die politische Dimension von Arbeit und Beruf bezogene Qualifikation (12).
- Die Lernziele 1. Ordnung wurden etwas stärker differenziert; dafür wurde auf Lernziele 2. Ordnung, deren weiteres Anwachsen das Richtlinienwerk gesprengt hätte, verzichtet. Konkretisierte Lernziele sollen nunmehr unmittelbar aus den Lernzielen 1. Ordnung abgeleitet werden.
- Die inhaltliche Seite der Richtlinien wurde erheblich ausgebaut. Die Verknüpfung von Qualifikationen und Inhalten wird dadurch erleichtert. Die Themenkataloge wurden außerdem so geordnet, daß sie stärker auf ein systematisiertes Lernen hinwirken.
- Das Richtlinienwerk wird mit einem neu konzipierten Handhabungskapitel abgeschlossen, das den Umgang mit den Richtlinien erleichtern soll. Darin ist auch ein Abschnitt über die Rolle des Lehrers/der Lehrerin im Politikunterricht aufgenommen worden.

Daneben ist auf eine Ausweitung des Geltungsbereiches hinzuweisen:

Bereits die 2. Auflage enthielt einen Themenkatalog für die Sekundarstufe II. In der vorliegenden 3. Auflage sind die Belange der Sekundarstufe II – gemeint sind hier nur berufliche Schulen mit dem Fach „Politik“ – systematisch berücksichtigt worden.

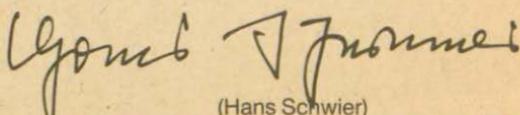
Aus diesem Grunde ersetzen diese Richtlinien mit ihrem Inkrafttreten die „Vorläufigen Richtlinien für den Unterricht im Fach Politik“, die bislang an beruflichen Schulen galten.

Die Impulse, die von der politischen Bildung des beruflichen Schulwesens in die Richtlinienarbeit Eingang gefunden haben, sollen auch die politische Bildung in der Sekundarstufe I bereichern.

Das Fach Politik erfüllt in besonderer Weise die Vorschriften des Artikels 11 der Landesverfassung: Politische Bildung ist zentrales Element der Allgemeinbildung von Bürgerinnen und Bürgern in einer Demokratie.

Der in der Öffentlichkeit von den Richtlinien häufig geforderte ausdrückliche Verfassungsbezug wird im vorliegenden Richtlinienwerk im ersten Kapitel hergestellt. Ein solcher Verfassungsbezug darf jedoch nicht so verstanden werden, als ließen sich aus den einzelnen Erziehungs- und Bildungszielen der Landesverfassung detailliert Qualifikationen und Lernziele speziell für den Politikunterricht ableiten. Vielmehr erfüllen die Unterrichtsfächer in ihrer Gesamtheit den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Landesverfassung. Dementsprechend spiegeln die einzelnen Richtlinien und Lehrpläne die in der Landesverfassung aufgeführten Bildungs- und Erziehungsziele in einer Weise wider, wie sie dem spezifischen Fachprofil und der Aufgabenstellung der Unterrichtsfächer entsprechen.

Der Entwurf zu dieser 3. Auflage der Richtlinien wurde im Jahre 1986 den Verbänden zur Stellungnahme vorgelegt. Dabei ergab sich eine Reihe von Anregungen, die in die Endfassung einfließen konnten.



(Hans Schwier)

Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

**Auszug aus dem Gemeinsamen Amtsblatt des Kultusministeriums
und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen 8/1987, S. 416**

Richtlinien für den Politikunterricht

RdErl. d. Kultusministers v. 14. 7. 1987
IA 5.36-24/0 – 1124/87

- 1 Die „Richtlinien für den Politikunterricht“ werden in der Fassung der 3. Auflage 1987 als Lehrplan gemäß § 1 SchVG festgesetzt; sie treten am 1. 8. 1987 in Kraft.
- 2.1 Sie sind in allen Schulen, deren Stundentafel das Einzelfach „Politik“, „Bürgerkunde“ oder „Politische Bildung“ enthält, verbindliche Unterrichtsvorgabe für dieses Fach.
- 2.2 In der Hauptschule und in den sich an den Lehrplänen der Hauptschule orientierenden Sonderschulen sind die Richtlinien verbindliche Vorgabe für den Politikanteil des Faches „Geschichte/Politik“.
Die in Arbeit befindlichen Lehrpläne für das Integrationsfach „Geschichte/Politik“ der Hauptschule werden die hier festgesetzten Richtlinien umsetzen.
- 2.3 In berufsbildenden Schulen, deren Stundentafel „Politik“ als Bestandteil eines Integrationsfaches ausweist (z. B. „Geschichte/Politik“ oder „Politik/Sozialkunde“), sind die Richtlinien verbindliche Vorgabe für dieses Fach, solange für das Integrationsfach keine eigenen Richtlinien festgesetzt sind.
- 3 Die thematischen Erlaßregelungen zur politischen Bildung (z. B. BASS 15-02 Nr. 9.1) ergänzen entsprechend ihrem fächerübergreifenden Charakter auch diese Richtlinien; die Gültigkeit der thematischen Erlasse wird durch das Inkrafttreten dieser Richtlinien nicht berührt.
- 4 Folgende Regelungen treten außer Kraft:
 - 4.1 Mit Ablauf des 31. 7. 1987
 - RdErl. d. KM v. 29. 3. 1973
 - RdErl. d. KM v. 15. 11. 1974 } (BASS 15-06 Nr. 1)
 - 4.2 Mit Ablauf des 31. 1. 1988
 - RdErl. d. KM v. 16. 6. 1971 (BASS 15-02 Nr. 4.1)
 - RdErl. d. KM v. 24. 3. 1981 (BASS 15-02 Nr. 4.2)

Das Außerkrafttreten der unter 4.2 aufgeführten Vorschriften erst am Ende des 1. Schulhalbjahres 1987/88 gibt den Lehrern und Lehrerinnen, die bisher nach diesen Vorschriften gearbeitet haben, die Möglichkeit, Planung und Gestaltung des Unterrichts schrittweise auf die hier festgesetzten Richtlinien umzustellen.

Inhalt

		Seite
1	Ortsbestimmung des Politikunterrichts	7
1.1	Zur allgemeinen Zielsetzung politischen Lernens	7
1.2	Der Politikunterricht und seine Nachbarfächer	8
1.3	Das Verhältnis des Politikunterrichts zur Verfassung und Rechtsordnung	11
1.3.1	Verfassungsstaat	11
1.3.2	Rechtsstaat	12
1.3.3	Verfassung, Recht und Politik	13
1.3.4	Folgerungen für den Politikunterricht	13
1.4	Politikunterricht und politische Wirklichkeit	14
2	Qualifikationen und Lernziele	16
2.1	Die Qualifikationsorientierung der Richtlinien	16
2.2	Übersicht über die Qualifikationen	17
2.3	Der Katalog der Qualifikationen und Lernziele	18
3	Lerninhalte	35
3.1	Gesichtspunkte zur Auswahl	35
3.1.1	Situations- und Problemorientierung	35
3.1.2	Jugend, Schule und Beruf	36
3.1.3	Matrix zur Auffindung von Inhalten	38
3.1.4	Bestimmung von Unterrichtsthemen	40
3.2	Inhalte und Themen	41
3.2.1	Anordnung und Übersicht der Themen in der Sekundarstufe I	41
<u>3.2.2</u>	<u>Themenvorschläge für die Sekundarstufe I</u>	<u>45</u>
3.2.3	Anforderungen an einen schulinternen Lehrplan für die Sekundarstufe I	59
3.2.4	Anordnung und Übersicht der Themen für die Sekundarstufe II (berufliche Schulen)	60
3.2.5	Themenvorschläge für die Sekundarstufe II (berufliche Schulen)	64
4	Hinweise zur Unterrichtsplanung	87
4.1	Lehrerrolle und politisches Lernen	87
4.2	Erstellung eines schulinternen Lehrplans	89
4.3	Planungsansätze	90
4.4	Schlußbemerkung	94

1 Ortsbestimmung des Politikunterrichts

1.1 Zur allgemeinen Zielsetzung politischen Lernens

Im demokratischen Staat sind Freiheitsverständnis und Freiheitsgrad, Wertvorstellungen und Institutionen, die die Freiheit in der Gesellschaft und ihre Selbstregierung sichern, im Rahmen der Verfassung dem Wandel unterworfen und unterliegen ständiger Diskussion und Prüfung. Dieser Prozeß vollzieht sich in der politischen Auseinandersetzung gesellschaftlicher Gruppen.

Politisches Lernen soll den Heranwachsenden zur Teilnahme an diesem Prozeß befähigen. Die Demokratie lebt von der Aktivität ihrer Bürger und Bürgerinnen. Es reicht für eine lebendige Demokratie nicht aus, sich damit zu begnügen, daß die Rechte der Bürger und Bürgerinnen in der Verfassung verankert und Verstöße gegen sie gerichtlich anfechtbar sind; denn das in der Gesellschaft erreichte Maß an Freiheit, Menschenwürde und sozialer Gerechtigkeit kann schnell verlorengehen, wenn es nicht durch Aktivität und Engagement ständig gesichert und weiterentwickelt wird.

Unter politischem Lernen soll im folgenden verstanden werden das vernünftige Analysieren und Ordnen von Erfahrungen der politischen Realität sowie die bewußte Übernahme, gegebenenfalls auch die Veränderung von Bewußtseinsinhalten, Einstellungen und Verhaltensweisen, die eine Gesellschaft zur Verwirklichung ihrer Zielvorstellungen fordert oder ermöglicht. Von der Übernahme der in einer Gesellschaft dominierenden Werte, Leitvorstellungen und Haltungen und von der Auseinandersetzung mit ihnen wird auch das Verhalten im politischen System mitbestimmt. Politische Leistungen werden durch gesellschaftliches Handeln erbracht und setzen nicht nur Denkenlernen, sondern auch Einstellungs- und Verhaltenslernen voraus; insofern ist politisches Lernen auch soziales Lernen. Dabei kommt es darauf an, daß Themen, die in der Gesellschaft und der Wissenschaft kontrovers diskutiert werden, auch als Kontroversen verstanden und im Unterricht als solche behandelt werden.

Die Vermittlung von Kenntnissen und Einsichten dient vor allem der Entwicklung der Urteils- und Entscheidungsfähigkeit. Dies setzt Bewußtheit der eigenen Wertbindungen und Identifikationen voraus. Ziel politischen Lernens ist es, daß die jungen Menschen die Werte und Institutionen ihrer Gesellschaft verstehen und die Bereitschaft entwickeln, sie frei und selbstverantwortlich anzuerkennen, sich für sie einzusetzen oder aber Veränderungen anzustreben. Heranwachsende müssen die Fähigkeit entwickeln, sowohl tradierte Vorstellungen und Wertorientierungen für das eigene Verhalten verbindlich zu machen als sich auch gegebenenfalls bewußt davon zu lösen. Sie sollen in die Lage gesetzt werden, am Prozeß der politischen Willensbildung und der Vertretung und Durchsetzung von Interessen teilzunehmen.

Um diese Fähigkeiten in eine Formel zu fassen, wird der Begriff der Emanzipation als Richtwert des politischen Lernens verwendet. Im Laufe einer langen Begriffsgeschichte hat das Wort Emanzipation Traditionen der Aufklärung in sich aufgenommen und meint Befreiung von Unmündigkeit. In der politischen Bildung verstehen wir heute darunter einen Lernprozeß, in dem Schülerinnen und Schüler die komplexer und schwerer durchschaubar werdende Welt besser begreifen, sich nicht blind in die Gegenheiten fügen und aufgrund von Sachkenntnis und Urteilsfähigkeit bereit und fähig werden, Selbst- und Mitbestimmung in Politik und Gesellschaft zu praktizieren. Der Begriff Emanzipation wird in den Qualifikationen und Lernzielen entfaltet (siehe Kap. II).

Zu den Kriterien der Selbst- und Mitbestimmung gehört, daß die Interessen anderer ebenso wie eigene Interessen bedacht werden. Emanzipationsprozesse sind nicht nur als individuelle, sondern auch als solidarische Akte zu verstehen und müssen sich stets unter dem Prinzip sozialer Verantwortung legitimieren.

Die Schüler und Schülerinnen müssen lernen, daß sie mit zunehmendem Alter für ihr Handeln selbst verantwortlich werden und daß Selbstverwirklichung ihre Grenzen im gleichen Anspruch anderer haben muß.

Politisches Lernen wird durch eine Orientierung an den Verfahren und Erkenntnissen der Sozialwissenschaften gefördert. Mit Hilfe ihrer Instrumentarien ist es möglich, Erfahrungen über die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit zu erschließen, Urteile auf ihre Begründungen zu prüfen und Entscheidungen durch eine Diskussion sozialer Handlungsalternativen vorzubereiten.

Politisches Lernen zielt demnach auf folgende Fähigkeiten:

- sich in politisch-gesellschaftlichen Problemfeldern sachkundig machen,
- soziale Wahrnehmungsfähigkeiten verbessern,
- soziale Erfahrungen verarbeiten,
- begründet urteilen,
- Folgen und Nebenfolgen von Handlungen abschätzen,
- verantwortlich entscheiden und handeln.

Die Schule ist nur eine der Sozialisationsinstanzen, die auf die Heranwachsenden Einfluß nehmen. Die Wirksamkeit politischen Lernens in der Schule hängt in erheblichem Maße von anderen Umweltfaktoren ab, welche die politische Bewußtseinsbildung der Schüler und Schülerinnen fördern oder hemmen können.

In die oft unbewußt erfahrenen Wirkungen dieser Kräfte kann die Schule bewußtmachend, verstärkend, modifizierend, korrigierend und erweiternd eingreifen. Dabei muß jeweils geprüft werden, was angesichts der konkreten Lebenssituation der Schüler und Schülerinnen verantwortet werden kann. Deren Lebenssituation wird stark durch die Familie geprägt; deren vielfältige Aufgaben und Wirkungen, insbesondere ihre Schutzfunktion, müssen Lehrer/innen kennen und berücksichtigen.

Politisches Lernen ist insgesamt so anzulegen, daß die Entscheidungsfähigkeit des Jugendlichen gefördert wird. Deshalb müssen die Unterrichtsthemen konkret, wirklichkeitsnah und aktuell sein, an gegenwärtige Erfahrungen und Interessen der Jugendlichen anknüpfen wie auch auf künftige Lebenssituationen vorbereiten.

Die Auseinandersetzung mit politischen Fragen verlangt neben Sachkenntnis in besonderem Maße die Fähigkeit zu hypothetischem, problemlösendem und entscheidungsorientiertem Denken. Damit ist die Fähigkeit gemeint, Lösungen zu finden, zu bewerten und sich an ihrer Verwirklichung zu beteiligen.

Dies schließt ein die Bereitschaft zur Übernahme von Risiken und zu selbständigem wie solidarischem Entscheiden und Handeln.

1.2 Der Politikunterricht und seine Nachbarfächer

Das Fach Politik hat seine Vorläufer in der Bürgerkunde, der Sozialkunde und ähnlich bezeichneten Fächern, ist jedoch nicht mit ihnen identisch. Es stellt die Befähigung zur Teilnahme an der Politik im Sinne des Artikels 11 der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen in den Vordergrund. Seinen Wissenschaftsbezug bilden die Sozialwissenschaften

(Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftswissenschaften). Politikunterricht ist jedoch nicht das für Unterrichtszwecke verkleinerte Abbild dieser wissenschaftlichen Disziplinen. Er leitet sich ab

- aus dem Interesse von Staat und Gesellschaft an mündigen Bürgern und Bürgerinnen, die in der Lage sind, einen demokratischen Staat mitzutragen und eine Gesellschaft nach demokratischen Grundsätzen mitzugestalten,
- aus dem Interesse der Schüler und Schülerinnen an der Entwicklung ihrer politischen Handlungsfähigkeit,
- aus der Rückbindung des Lernens an die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Verfahren, wie sie die genannten wissenschaftlichen Disziplinen zur Verfügung stellen.

Angesichts der in den Wissenschaften historisch entstandenen Trennung des in der gesellschaftlichen Wirklichkeit Zusammengehörigen ist es wichtig, sich bewußt zu machen, daß die Grenzen der Fachgebiete keine Wirklichkeitsgrenzen sind. Dementsprechend muß der Politikunterricht von der engen Verzahnung des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens ausgehen. Ein bloßes Nebeneinander von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft wäre unangemessen, da es gerade darum geht, die Wechselwirkungen sichtbar zu machen. Ein ökonomisches Thema z. B. kann deshalb nicht ohne seine politischen und gesellschaftlichen Bezüge behandelt werden.

Der Politikunterricht in der Sekundarstufe I ist Bestandteil des Lernbereichs Gesellschaftslehre. Er hat im Rahmen dieses Lernbereichs gemeinsam mit dem Geschichts- und dem Erdkundeunterricht wesentlichen Anteil an der politischen Bildung in der Schule.

Jedes der drei Unterrichtsfächer ermöglicht einen unterschiedlichen Zugriff auf gesellschaftliche Wirklichkeit und wirkt auf seine Weise am Aufbau handlungsbezogener Erkenntnis mit:

- der Politikunterricht durch die Beschäftigung mit gesellschaftlichen Strukturen und Vermittlung von Fähigkeiten zur Teilnahme am politischen Leben,
- der Geschichtsunterricht durch die Beschäftigung mit Kontinuität und Wandlungsfähigkeit von Staaten und Gesellschaften und mit der historischen Bedingtheit der eigenen Erfahrungswelt,
- der Erdkundeunterricht durch die Beschäftigung mit Räumen als Entscheidungs- und Verantwortungsfeldern politischen Handelns.

Der zentrale Gegenstand des Politikunterrichts ist die Erfahrung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wirklichkeit unserer Gegenwart. Die Inhalte des Politikunterrichts sind dem politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben der Gegenwart entnommen.

Es gibt keine politische Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit ohne situationsbezogene Problemlösung, es gibt sie auch nicht ohne eine über die Gegenwart ausgedehnte Zeiterfahrung. Für das eine weiß sich besonders der Politikunterricht, für das andere der Geschichtsunterricht zuständig. Unter den vielfältigen Leistungen des Geschichtsunterrichts sind die folgenden für das Kooperations- und Ergänzungsverhältnis zum Politikunterricht besonders wichtig:

- der Geschichtsunterricht ermöglicht die historische Ortsbestimmung unserer Gegenwart,
- er macht sichtbar, welchen Wandlungen politisches Handeln unterworfen ist,
- er durchmißt mit seiner langfristigen Betrachtungsweise die Entscheidungs- und Handlungsvoraussetzungen und -folgen,

- er erschließt das Feld historischer Erfahrungen,
- er vermittelt kulturelle Orientierungen, die als Hintergrund für politisches Handeln unentbehrlich sind.

Ein Ergänzungsverhältnis besteht auch zwischen Politik- und Erdkundeunterricht. Politische Entscheidungen und Entwicklungen werden von den vorhandenen Raumpotentialen und räumlichen Gegebenheiten mitbestimmt. Dem Erdkundeunterricht kommt hier u. a. die Aufgabe zu,

- die Nutzung, Bewertung und Umgestaltung von Räumen zu untersuchen,
- die Auswirkungen politischen und wirtschaftlichen Handelns auf Räume zu untersuchen,
- die Veränderung von Räumen unter dem Einfluß sozialer, kultureller und demographischer Faktoren zu untersuchen,
- entstandene oder entstehende Raumgefüge zu interpretieren,
- weltweite Abhängigkeiten zu untersuchen.

Keines der drei Fächer des Lernbereiches kann durch eines der anderen ersetzt werden. Es gibt allerdings Inhalte, die grundsätzlich von den drei Fächern behandelt werden können, wobei jedes Fach seine eigenständigen Fragestellungen, Vorgehensweisen und Erkenntnisziele hat. Deshalb sind sie auf Kooperation angewiesen.

Da es derzeit in den Fachdidaktiken keinen Konsens über Zuordnungs- oder Abgrenzungsprinzipien gibt, empfehlen sich pragmatische Lösungen, sind insbesondere Absprachen in den Fachkonferenzen notwendig.

Im Wahlpflichtbereich der Realschule wird daneben das Fach Sozialwissenschaften in den Klassen 7 bis 10 angeboten. In diesem Fach werden die Intentionen des Politikunterrichts aufgenommen und vertieft. Die Abstimmung beider Fächer ist Aufgabe der Fachkonferenz; die Richtlinien und Lehrpläne für das Fach Sozialwissenschaften an der Realschule enthalten Hinweise für die Koordination beider Fächer.

Im Gymnasium wird das Fach Sozialwissenschaften im Wahlbereich der Jahrgangsstufen 9 und 10 angeboten. Die Abstimmung mit dem Fach Politik ist auch hier Aufgabe der Fachkonferenz.

Für die Auswahl der Inhalte des Politikunterrichts in der Sekundarstufe I ist auch die Frage von Bedeutung, ob die jeweilige Schulform den Lernbereich Arbeitslehre anbietet oder nicht.

In der gymnasialen Oberstufe fällt die Aufgabe der politischen Bildung in besonderer Weise dem gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld zu. Die Zielsetzungen des Faches Sozialwissenschaften stehen im Einklang mit denen des Politikunterrichts; das Fach Sozialwissenschaften baut auf dem Politikunterricht der Sekundarstufe I auf.

Unter dem Aspekt der politischen Bildung nehmen in der gymnasialen Oberstufe die Fächer Geschichte und Sozialwissenschaften eine organisatorisch herausgehobene Stellung ein.

Im beruflichen Schulwesen der Sekundarstufe II sind – soweit die Stundentafel das Fach Politik ausweist – die Aufgaben politischer Bildung auf dieses Fach konzentriert, das in den allgemein-obligatorischen Lernbereich (Deutsch, Politik, Religion, Sport) eingeordnet ist. Eine besondere Situation ergibt sich für die berufsbildenden Schulen daraus, daß anders als in der Sekundarstufe I und in der gymnasialen Oberstufe parallel zum Politikunterricht in der Regel kein Geschichtsunterricht angeboten wird. Da aber politische Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit ohne Zeiterfahrung nicht sinnvoll entwickelt werden

kann, ergibt sich die Notwendigkeit, in das Fach Politik an beruflichen Schulen verstärkt historische Fragestellungen und Erkenntnisweisen einzubeziehen. Des Weiteren muß der Zusammenhang der politischen Bildung mit der Fachbildung für den Beruf und das Arbeitsleben gesehen werden. Der Politikunterricht greift diesen Zusammenhang auf, indem er die Wechselbeziehungen zwischen Arbeitswelt und Politik thematisiert.

Es gibt im beruflichen Schulwesen mehrere Fächer, deren Inhalte sich mit denen des Politikunterrichts berühren. Bei der Abstimmung zwischen ihnen ist zu beachten, daß der Politikunterricht allgemeine Kompetenzen vermittelt, während z. B. die Wirtschaftslehre primär berufsfeldbezogene Fähigkeiten vermittelt.

In der Kollegschule, die berufliche und allgemeine Bildung integriert, übernimmt der Unterricht im obligatorischen Lernbereich, speziell im Fach Gesellschaftslehre mit Geschichte, die Aufgaben politischer Bildung; die Zielsetzung politischen Lernens, wie sie in diesen Richtlinien entfaltet wird, gehört zum Auftrag dieses Lernbereichs.

1.3 Das Verhältnis des Politikunterrichts zu Verfassung und Rechtsordnung

Durch politisches Lernen in der vorher beschriebenen Weise sollen junge Menschen zu bewußten Bürgern und Bürgerinnen der Bundesrepublik Deutschland erzogen werden. Ein solches Lernen ist darauf gerichtet, die Heranwachsenden zu Einsichten und Handlungsbereitschaft zu führen, indem es Einflüsse bewußt macht und die Begründung von Urteilen ermöglicht. Indoktrination und Überredung stehen im Widerspruch zu dem Erziehungsziel dieses politischen Lernens.

Lernen in diesem Sinne orientiert sich an der Unantastbarkeit der Würde des Menschen, die alle staatliche Gewalt zu achten und zu schützen hat. Diese Fundamentalnorm in Artikel 1 GG wie auch ihre Konkretisierung im Grundrechtskatalog fordern Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, die sich selbst bestimmen und den Staat und die Gesellschaft in eigener Verantwortung gestalten können. Eigene Entscheidungen setzen jedoch Wahlmöglichkeiten voraus. Aus diesem Grunde ist es selbstverständlich, daß Lernende unterschiedliche Werte annehmen können. Freies Lernen schließt auch das Risiko ein, daß gewünschte Werte abgelehnt werden.

Der Politikunterricht erreicht seine Zielsetzung nur, wenn er die Erkenntnis vermittelt, daß politisches Handeln in der Bundesrepublik Deutschland an die Herrschaft des Verfassungs- und Rechtsstaates gebunden ist. Daraus ergibt sich eine Begrenzung des Handlungsspielraumes, aber noch mehr eine Freiheitsgarantie der politischen Selbstbestimmung und Legitimation politischen Handelns.

Ein besonderes Problem des Politikunterrichts ergibt sich daraus, daß für ihn die rechtliche und institutionelle Ordnung des Staates nicht nur – wie für die übrigen Fächer bzw. für die Schule insgesamt – gilt, sondern selbst Gegenstand des Unterrichts ist.

1.3.1 Verfassungsstaat

Das Grundgesetz verfaßt die Bundesrepublik Deutschland als demokratischen und sozialen Rechts- und Bundesstaat. Die Verfassung legt die Freiheitsrechte, die grundlegenden Verfahrensordnungen für politische Entscheidungsprozesse und die demokratischen Institutionen fest: z. B. Wahlen, Bildung der Regierung, Gesetzgebungsverfahren, Stellung der Parteien, Meinungs- und Pressefreiheit, Versammlungsrecht, Koalitionsfreiheit, Petitionsrecht. Die Verfassung regelt so den politischen Prozeß und bindet ihn an das Recht.

Das Bundesverfassungsgericht hat die vom GG festgelegte freiheitliche demokratische Grundordnung umschrieben:

Sie ist eine Ordnung, „die unter Ausschluß jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem aber vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition“ (Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Oktober 1952, in: Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen 2, S. 12 f.).

Der Bedeutung des Grundgesetzes als Begrenzung staatlicher Macht und Schutz der Freiheitssphäre der Staatsbürger und Staatsbürgerinnen entspricht eine erhöhte Bestandskraft gegen Abänderungen. Nach Artikel 79, Absatz 2 GG wird für Änderungen des Grundgesetzes eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat verlangt. Politischer Veränderungswille muß deshalb in diesem Bereich auf die Zusammenfassung der politischen Kräfte gerichtet sein.

Die Grundentscheidung der Verfassung ist der Änderung entzogen:

Im Unterschied zur Weimarer Verfassung ist im Grundgesetz in Artikel 79, Absatz 3 der Bestand unabänderbarer Verfassungsnormen ausdrücklich festgelegt. Es werden u. a. genannt:

- der Schutz der Menschenwürde und das Bekenntnis des deutschen Volkes zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten,
- der demokratische und soziale Rechtsstaat,
- der föderative Aufbau der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Grundsätze, die das Bundesverfassungsgericht konkretisiert hat, gehören zum Kernbereich der Verfassung.

1.3.2 Rechtsstaat

Das in der Verfassung verankerte Prinzip des Rechtsstaates erfordert, daß staatliche Maßnahmen, die die Bürger und Bürgerinnen verpflichten, belasten, ihre Handlungsspielräume beschränken oder auch nur verfahrensmäßig ordnen, in der Form oder auf Grund von Gesetzen ergehen, die die jeweiligen Tatbestände exakt umschreiben.

Auch Veränderungen von Rechtsnormen sind an die verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Verfahren gebunden, um Rechtssicherheit und Machtbegrenzung zu gewährleisten. Rechtsstaatliche Institutionen haben so der Sicherung von Freiheit und damit auch dem Schutz von Minderheiten zu dienen.

Gesetze werden aber – und hier zeigt sich die entscheidende Differenz zur besonderen Bestandskraft der Verfassung – von der gewählten Volksvertretung durch einfache Mehrheiten beschlossen. Diesem höheren Grad an Veränderbarkeit entspricht ein größeres Maß an politischer Gestaltungsmöglichkeit. In diesem Bereich gewinnt politisches Handeln eine größere Verwirklichungschance.

1.3.3 Verfassung, Recht und Politik

Besonderheit des Verfassungs- und Rechtsstaates ist, daß politisches Handeln in ihm mit der Reflexion verknüpft sein muß, welche Werte, Begrenzungen, aber auch Aufforderungen durch die Verfassung vorgegeben sind. Dabei sind Bestandskraft und Wandelbarkeit der jeweiligen Normenkomplexe in ihrem Verhältnis zueinander zu sehen.

Die Verfassungsordnung enthält einen Bestand an Normen, die selbst eindeutig sind und klare Direktiven für das politische Handeln ergeben. Normen, die Auslegungsschwierigkeiten aufweisen, können zu politischen Auseinandersetzungen führen. In letzter Instanz kann das Bundesverfassungsgericht zur klarstellenden Interpretation angerufen werden. Die Verfassungsgerichtsbarkeit übernimmt hier eine wichtige Funktion der Klärung und Bewahrung der Verfassung im politischen Streit. Verfassungsnormen können durch den geschichtlichen Wandel der Verhältnisse eine neue Qualität gewinnen und müssen dann im Lichte eines anderen Verständnisses bewertet werden.

Es gibt auch Verfassungsnormen, deren inhaltliche Weite und Unbestimmtheit eine Aufforderung zur politischen Gestaltung enthält. Als Beispiel ist das Sozialstaatsprinzip zu nennen, das zwar den Sozialstaat als unabdingbar für unser Staatswesen konstituiert, seine konkrete Ausformung aber offenläßt. Adressat solcher Normen mit Aufforderungscharakter, die politisches Handeln nicht nur legitimieren, sondern geradezu gebieten, sind in erster Linie der Gesetzgeber sowie die Institutionen, welche an der Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung beteiligt sind.

Soweit Verfassungsprinzipien den Rahmen einer politischen Gestaltung im Sinne einer Aufforderung darstellen, bedingen sie Alternativen der Gestaltung. Sie schlichten also nicht den politischen Konflikt, sondern legitimieren ihn. Jede der streitenden Parteien weiß sich im Rahmen der Verfassungsordnung und muß dies auch dem politischen Gegner zubilligen, soweit der oben beschriebene Minimalkonsens nicht verletzt wird. Oft ist es nicht möglich, eine bestimmte politische Maßnahme aus Verfassungsprinzipien mit Aufforderungscharakter zwingend abzuleiten; in diesen Fällen wäre es falsch, nur eine Lösung als verfassungsmäßig zu bezeichnen.

Im Rahmen der dargelegten Grenzen ist die Überprüfung geltenden Rechts ständige Aufgabe der Politik. Dabei muß nach den geschichtlichen Hintergründen der Entstehung von Gesetzen ebenso gefragt werden wie nach ihrer Bewährung und danach, ob sie für die Zukunft beibehalten werden sollen. Davon ist unberührt, daß sie bis zu ihrer Aufhebung gelten.

Die Verfassung hat das Prinzip des geschichtlichen Wandels durch die weiten Änderungsmöglichkeiten des Rechts- und Sozialsystems in sich aufgenommen. Diese Wandlungsmöglichkeit in rechtsstaatlicher Form ist Bedingung für den Bestand des Verfassungsstaates, wie sich im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung erwiesen hat. Politische Veränderungsbereitschaft wird so zu einer Bestandsvoraussetzung für die Bundesrepublik Deutschland.

1.3.4 Folgerungen für den Politikunterricht

Der Politikunterricht hat also die Aufgabe, Geltung und Wandelbarkeit der Rechtsnormen bewußt zu machen (Qualifikation 1), so daß die Heranwachsenden befähigt werden, sowohl für den Schutz erworbener Rechtspositionen und unverzichtbarer Institutionen als auch für notwendige Veränderungen von Normen wie auch von Ordnungselementen einzutreten, soweit dies den durch die Verfassung bestimmten Kernbereich der politischen

Ordnung nicht verletzt. Dabei erfahren sie sowohl den Konfliktcharakter (Qualifikation 6) als auch die Geschichtlichkeit von Normsetzungen und lernen in Alternativen denken (Qualifikation 4). Sie erfahren zugleich den Wert der Konsensbildung zwischen Demokraten in der Bejahung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Mit der Rechtsordnung ist nur ein Teil der Normen erfaßt. Der juristische Normbegriff muß durch denjenigen der „sozialen Norm“ ergänzt werden. Soziale Norm meint – einschließlich der Rechtsnormen – die Gesamtheit der Muß-, Soll- und Kannerwartungen, die an den einzelnen von seiner Umwelt herangetragen werden. Es sind damit also auch solche Werte, Anschauungen und Rollenvorschriften gemeint, die zwar rechtlich unerheblich sind, deren Befolgung trotzdem durch Sanktionen (Strafe und Belohnung im weitesten Sinne) bewirkt werden kann.

Für den einzelnen können soziale Normen nicht weniger verbindlich sein als Rechtsnormen. Der wesentliche Unterschied liegt aber darin, daß nur für die Rechtsnorm ein Anspruch auf Befolgung besteht, der mit demokratischer Legitimation staatlich durchsetzbar ist.

Die Rechtsordnung hat auch die Aufgabe, z. B. sogenannte Außenseiter, die sich bestimmten sozialen Normen nicht beugen wollen, zu schützen. Gegenüber den in einer Gesellschaft vorhandenen sozialen Normen hat der Politikunterricht die gleiche Offenheit zu wahren wie gegenüber den verschiedenen im Rahmen der Verfassung liegenden Möglichkeiten politischer Gestaltung.

1.4 Politikunterricht und politische Wirklichkeit

Verfassung und Rechtsordnung repräsentieren nur einen Teil der politischen Wirklichkeit, die Gegenstand und Aufgabenfeld des Politikunterrichts ist. Politisch ist in unserer Gesellschaft Vieles und Unterschiedliches; Politik als Realität ist ein komplexes Phänomen. Es wird durchsichtiger, wenn man es gedanklich in Dimensionen aufschlüsselt. Solche Dimensionen des Politischen sind

- die Form oder der Rahmen, in dem sich Politik abspielt. Es sind die Verfassungs- und Rechtsnormen und die politischen Institutionen, die politisches Handeln sowohl regeln als auch ermöglichen, aber auch begrenzen;
- der Inhalt oder die Gegenstände und Ziele des politischen Handelns. Es geht um Probleme, die gelöst werden sollen, und um die Verwirklichung von Werten, die für das Zusammenleben wünschenswert sind und durch politische Entscheidungen verbindlich werden;
- der Prozeß oder die interessengeleitete und konflikthafte Auseinandersetzung um die Wahl und die Durchsetzung der „Inhalte“, wobei Macht ausgeübt und Zustimmung angestrebt wird;
- die subjektiven Einstellungen oder die Haltungen von Personen gegenüber politischen Institutionen oder politisch relevanten Gruppen und deren Ziele. Durch Zustimmung oder Ablehnung (z. B. in Wahlen) wird Unterstützung gewährt oder verweigert. Dies sind Verhaltensweisen, durch die Entscheidungsrichtungen beeinflußt werden können oder durch die Betroffene ihre Probleme artikulieren können.

Demnach ist Politik nicht lediglich als Streben nach Macht oder als Kampf um die rechte Ordnung oder als verbindliche Regelung gesellschaftlicher Konflikte zu verstehen. Vielmehr erfassen derartige Definitionen Teilaspekte eines komplexen Geschehens, dessen Dimensionen nur gedanklich isoliert werden können. Angesichts dieser Verschränkung der Dimension führt es zu realitätsferner Einseitigkeit, wenn im Unterricht nur eine dieser Dimensionen isoliert berücksichtigt wird (Institutionenkunde, Konfliktdidaktik u. ä.).

Die Reichweite dessen, was wir als Politik bezeichnen, läßt sich nicht ein für allemal festlegen. Z. B. können Sachverhalte, die zu der einen Zeit als privat und daher als nicht politisch regelungsbedürftig gelten, es zu anderen Zeiten erforderlich machen, daß der Staat regulierend oder problemlösend eingreift.

Neben dem öffentlichen Bereich, der genuin politisch ist, gibt es einen privaten, der nicht unmittelbar politisch ist. In diesem Bereich können auch Teilgruppen der Gesellschaft ihre Ziele selbst setzen. Wenn aber ihr Handeln das Zusammenleben in der Gesamtgesellschaft beeinflußt, dann wirkt es in die Öffentlichkeit und wird politisch.

Die Weite des Politikbegriffs verändert sich also situativ und problembedingt; überdies ist zu berücksichtigen, daß auch um die Frage der Ausdehnung des Politischen innerhalb unserer Gesellschaft gestritten wird.

Weil auch Einstellungen und Verhaltensweisen eine Dimension des Politischen darstellen, besteht eine enge Beziehung zwischen Zielen politischen und sozialen Lernens. Im Zusammenleben von Menschen werden soziale Kompetenzen benötigt und erworben. In einer demokratischen Gesellschaft sind soziale Kompetenzen wie soziale Sensibilität, Ich-Stärke, Toleranz, kooperatives Verhalten, Solidarität und Konfliktfähigkeit wünschenswert und notwendig. Sie ermöglichen nicht nur die Bewältigung von Problemen des Zusammenlebens, sondern sie erhöhen auch die Chance politischer Beteiligung.

Die Vielfalt der hier genannten Aspekte beschreibt den Politikbegriff dieser Richtlinien.

2 Qualifikationen und Lernziele

2.1 Die Qualifikationsorientierung der Richtlinien

Der Katalog der Qualifikationen und Lernziele stellt die Lernzielorientierung der Richtlinien als leitendes Prinzip heraus und ist daher ein für das Verständnis der Richtlinienkonzeption entscheidendes Element; er ist in Qualifikationen, Qualifikationsbeschreibungen und Lernziele gegliedert, um die pädagogische Grundorientierung, ihre leitenden Gedanken und Begründungen sowie die Funktion des Katalogs bei der Unterrichtsplanung sichtbar zu machen.

Die Qualifikationen gründen auf dem in Abschnitt 1.3 dargestellten Verfassungsverständnis; sie sind gebunden an die in Landesverfassung und Schulgesetzen niedergelegten allgemeinen Erziehungsziele. Die Qualifikationen und Lernziele sollen diesen Rahmen ausfüllen; sie sollen Spielräume und Perspektiven des Politischen aufzeigen, zu deren Erhalt sowohl die Fähigkeit als auch die Bereitschaft junger Menschen entwickelt werden muß, sie auch zu nutzen.

Ausgehend von der Annahme, daß Erziehung einen Beitrag zur Bewältigung von Lebenssituationen leistet, sollen die Qualifikationen des Politikunterrichts Bürgern und Bürgerinnen helfen, gesellschaftliche Lebenssituationen kompetent zu bewältigen. Die enge Verbindung zwischen Fähigkeiten und Bereitschaften in den Qualifikationsformulierungen soll verdeutlichen, daß die Bewältigung gesellschaftlicher Lebenssituationen den Erwerb von Kenntnissen, Fertigkeiten, Fähigkeiten und Einsichten voraussetzt, die das Eigeninteresse mit einer Motivation für die bewußte Übernahme von Aufgaben verbinden und helfen, Verantwortlichkeiten zu erkennen und zu akzeptieren. Es geht dabei nicht um die Erzeugung unentwegter Aktivität um ihrer selbst willen, sondern um die Förderung der Bereitschaft zu handeln, wenn es erforderlich ist.

Die Qualifikationen geben Auskunft darüber, wie der emanzipatorische Grundgedanke dieser Richtlinien im einzelnen zu verstehen ist: Die Qualifikationen sind auf gesellschaftliche Lebenssituationen hin entworfen, die die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen ermöglichen; sie wollen den rational und kritisch denkenden, selbständig und unabhängig urteilenden und verantwortlich handelnden Menschen in einer demokratischen Gesellschaft. Sie verbinden die Wertvorstellungen des Grundgesetzes mit einer didaktischen Grundorientierung, mit Bezügen zu gegenwärtigen und zukünftigen Lebenssituationen und mit Aussagen der Fachwissenschaft. Für die Öffentlichkeit verdeutlichen die Qualifikationen den Kern der Zielvorstellungen des Politikunterrichts.

Für die Unterrichtsplanung hat die Orientierung an Qualifikationen mehrere Aufgaben: Die Qualifikationen sind nicht auf bestimmte Schulformen, Schulstufen oder Lernsituationen hin ausgerichtet, sondern auf politisches Lernen schlechthin; daher sind sie mit einem hohen Allgemeinheitsgrad formuliert worden. Lehrer und Lehrerinnen können mit ihrer Hilfe die unterschiedlichsten Gegenstände des Politikunterrichts auf ihren didaktischen Problemgehalt hin befragen und einen thematischen Zugriff auf den Gegenstand finden, der fachlich sinnvoll ist, auf ein wichtiges Problem zielt und auf Lebens- und Verwendungssituationen verweist. Die Qualifikationen leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Problemorientierung des Unterrichts. Sie sind keine einer unmittelbaren Erfolgskontrolle zugänglichen Lernziele, sondern allgemeine Richtungsanzeiger für die Planung, Durchführung und rückschauende Beurteilung des Unterrichts.

Die Qualifikationsbeschreibungen sollen die Qualifikationen unter verschiedenen Gesichtspunkten erläutern; sie enthalten Begründungen für die Formulierung, zusätzliche Hilfen für das Verständnis der jeweiligen Zielvorstellung und Hinweise auf Probleme und Situationen, die bei der Unterrichtsplanung mitbedacht werden müssen.

Die Lernziele entfalten die Aussagen der Qualifikationen und dienen der sachlichen und didaktischen Erschließung von Gegenständen. Sie sind aber noch nicht ausreichend konkret, um die Unterrichtsplanung unmittelbar zu beeinflussen. Sie werden in diesen Richtlinien nicht mehr als verbindliche Lernziele konkretisiert, sondern müssen im Zusammenhang mit dem Unterrichtsthema auf einen bestimmten Inhalt und eine Lernerwartung hin präzisiert werden.

Die besondere Qualität der Ziele des Politikunterrichts – die Verbindung von Kenntnissen, Erkenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten mit Einsichten und Handlungsbezügen – hat besondere Folgen für die Lernkontrolle: Wenn man Lernziele bei der Unterrichtsplanung noch stärker konkretisiert, können die Leistungen der Schüler und Schülerinnen und die Wirksamkeit des Unterrichts im Bereich der Kenntnisse und Erkenntnisse, der Fertigkeiten und der meisten Fähigkeiten überprüfbar formuliert werden. Diese Methode eignet sich aber nicht für alle Lernzielbereiche des Politikunterrichts. Wichtige Lernzielbereiche wie die Förderung von Handlungsbereitschaft oder die Fähigkeit zu verantwortlichem Handeln können nicht geprüft werden. Ihre Bewertung im Sinne sonstiger schulischer Leistungen würde die Ziele des Politikunterrichts ins Gegenteil verkehren. Die im Unterricht erworbenen Kenntnisse, Erkenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten der Schüler und Schülerinnen werden mit den in der Schule auch in anderen Fächern üblichen Methoden und Kriterien beurteilt und benotet. Gesinnungen dürfen nicht Gegenstand von Beurteilungen und Benotungen sein.

Die Qualifikationen drücken eine umfassende pädagogische Grundorientierung aus, daher gehören sie zusammen und sind miteinander verschränkt; es gibt keine Rangfolge unter ihnen. Ein Isolieren oder Überbetonen einzelner Qualifikationen würde zur Einseitigkeit führen und den Unterricht der Vielseitigkeit der Zugriffe auf politische Probleme berauben.

2.2 Übersicht über die Qualifikationen

- Qu. 1 Fähigkeit und Bereitschaft, sich in den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ordnungen zu orientieren, sie einschließlich ihrer Zwänge und Herrschaftsverhältnisse nicht ungeprüft hinzunehmen, sondern sie auf ihren Sinn, ihre Zwecke und Notwendigkeiten hin zu befragen und die ihnen zugrunde liegenden Interessen, Normen und Wertvorstellungen kritisch zu prüfen.
- Qu. 2 Fähigkeit und Bereitschaft, die Chancen zur Einflußnahme auf gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Strukturen, Herrschaftsverhältnisse und Entscheidungsprozesse zu erkennen, zu nutzen und zu erweitern.
- Qu. 3 Fähigkeit und Bereitschaft, Kommunikation und ihre Bedingungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu analysieren, auf Motive, Interessen und Machtgefälle zu prüfen und die Chancen zur Teilnahme zu erweitern.
- Qu. 4 Fähigkeit und Bereitschaft, in politischen Alternativen zu denken, Partei zu ergreifen und gegebenenfalls auch angesichts von Widerständen und persönlichen Nachteilen zu versuchen, Entscheidungen nach demokratischen Regeln zu verwirklichen.
- Qu. 5 Fähigkeit und Bereitschaft, sowohl eigene Rechte wahrzunehmen und eigene Interessen nach Möglichkeit solidarisch und kompromißbereit zu vertreten als auch gesellschaftliche Interessen und Interessen Benachteiligter zu erkennen und ihnen gegebenenfalls Vorrang zu geben.

- Qu. 6 Fähigkeit, die gesellschaftliche Funktion von Konflikten zu erkennen, und Bereitschaft, sich durch Wahl angemessener Konzeptionen an der Austragung von Konflikten zu beteiligen.
- Qu. 7 Fähigkeit und Bereitschaft, eigene Glücksvorstellungen zu entwickeln, in sozialer Verantwortung wahrzunehmen sowie dies auch anderen zu ermöglichen.
- Qu. 8 Fähigkeit und Bereitschaft, angesichts von individuellen und gesellschaftlichen Problemen Eigeninitiative zu entwickeln und die Bedingungen für Eigeninitiativen Benachteiligter zu verbessern.
- Qu. 9 Fähigkeit und Bereitschaft, in unterschiedlichen sozialen Gruppen mitzuarbeiten, dabei Belastungen auszuhalten, Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung zu nutzen und Toleranz zu üben.
- Qu. 10 Fähigkeit und Bereitschaft, das Lebensrecht und die Eigenständigkeit anderer Gesellschaften anzuerkennen, für eine gerechte Friedensordnung und für die Interessen benachteiligter Völker einzutreten, auch wenn dadurch Belastungen für die eigene Gesellschaft entstehen.
- Qu. 11 Fähigkeit und Bereitschaft, sowohl durch das eigene Verhalten als auch durch Beteiligung an gesellschaftlichen Initiativen Verantwortung für die Sicherung der Lebensbedingungen in der Zukunft mitzuübernehmen.
- Qu. 12 Fähigkeit zu erkennen, inwieweit Arbeit zur Existenzsicherung von Individuum und Gesellschaft notwendig ist und Grundlage für Selbstverwirklichung und politische Beteiligung sein kann, sowie Bereitschaft, sich für die Gestaltung menschenwürdiger Bedingungen von Arbeit einzusetzen.

Richtlinien Qualifikationsbezug in die Sachanalyse

2.3 Der Katalog der Qualifikationen und Lernziele

Qualifikation 1

Fähigkeit und Bereitschaft, sich in den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ordnungen zu orientieren, sie einschließlich ihrer Zwänge und Herrschaftsverhältnisse nicht ungeprüft hinzunehmen, sondern sie auf ihren Sinn, ihre Zwecke und Notwendigkeiten hin zu befragen und die ihnen zugrunde liegenden Interessen, Normen und Wertvorstellungen kritisch zu prüfen.

Qualifikationsbeschreibung

Der politische, soziale und wirtschaftliche Wandel, der sich in unserer Gesellschaft wie überall auf der Welt in großer Geschwindigkeit vollzieht, läßt die Welt zunehmend weniger überschaubar werden. Innerhalb kurzer Zeitspannen treten neue Tatbestände, Abhängigkeiten und Gefahren in unseren Horizont. Angesichts dessen ist bereits die bloße politische Orientierung zu einer Leistung geworden, welche nicht ohne weiteres im Alltagsleben erworben werden kann, sondern gezieltes Lernen erfordert. Sich in den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ordnungen orientieren können, heißt, sich in ihnen sachlich auskennen und den eigenen Standort finden. Dies setzt die Bereitschaft voraus, sich auf eine kritische Auseinandersetzung einzulassen, und erfordert Sachkunde sowie die Kenntnis wissenschaftlicher Kriterien und der Wertbezüge des politisch-gesellschaftlichen Lebens.

Viele der in der Gesellschaft vorherrschenden Regeln, Wertvorstellungen und Verhaltensweisen werden unbewußt aufgenommen und verinnerlicht. Die so erworbenen Vorstellungen von Gesellschaft und Politik gelten leicht als das Selbstverständliche und nicht weiter

Befragbare. Soll die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit aber nicht als etwas scheinbar Naturgegebenes hingenommen werden, muß sie als prinzipiell gestaltbar betrachtet werden. Deshalb legt die Qualifikation besonderes Gewicht auf das Prüfen der politischen Wirklichkeit, aber auch der eigenen Wahrnehmung des eigenen Urteils.

Kritisches Prüfen muß sich auf gründliche Kenntnisse über die unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen gesellschaftlicher Gruppen stützen. Es stellt diesen Ordnungsvorstellungen kontroverse Deutungen der Wirklichkeit gegenüber, die mit Hilfe wissenschaftlicher Verfahren gewonnen werden, und bewertet diesen Vergleich zwischen Anspruch und Wirklichkeit am Maßstab der Grundnormen der Verfassung. Damit ist kritisches Prüfen die Grundlage für sachkundiges und begründungsfähiges politisches Urteilen. Urteilsvermögen ist wiederum eine Vorbedingung für politisches Handeln. Nach dem gleichen Verfahren können Systemvergleiche durchgeführt werden.

Jede gesellschaftliche Ordnung beeinflusst das Verhalten und die Haltung ihrer Mitglieder in verschiedener Weise. Diese Beeinflussung reicht von der Vermittlung von Erkenntnissen und Einsichten bis zu gesellschaftlichen Zwängen. Auf solche Zwänge, die in der politischen Argumentation häufig als unabweisbare Sachzwänge ausgegeben werden, kann man sehr verschieden reagieren. Die Reaktionsmöglichkeiten reichen von gedankenloser Anpassung über eine kritische Loyalität bis hin zu Resignation, Verweigerung, Nichtmitmachen (Rückzug in den Privatbereich), Sich-Wehren, Setzen von Alternativzielen, Entwurf von Veränderungsmethoden, Veränderungsversuchen, Durchsetzung von Reformentwürfen, Veränderungsversuchen revolutionärer Art. Die Qualifikation schließt von diesen Möglichkeiten jene aus, die zur Entpolitisierung oder zu gewalttätiger Radikalisierung führen. Sie zielt auf den Menschen, der sich politisch engagiert, der sich blindem Konformismus versagt und, wenn Zivilcourage oder Ungehorsam zur Pflicht wird, die damit verbundenen Nachteile auf sich nimmt, jedoch auch Konformität als eine stabilisierende Eigenschaft einer Gesellschaft grundsätzlich akzeptiert. Der politische Mensch soll, ob er sich nun distanziert, kritisch widersteht, Verbesserungen plant oder aktiv für das als richtig Befundene eintritt, in Denken und Verhalten selbst- und nicht fremdgesteuert sein.

In der Qualifikation wird die Reflexion des Sinnes, der Zwecke und Notwendigkeiten von politischen und gesellschaftlichen Regelungen, Institutionen und Herrschaftsverhältnissen besonders betont. Das ist erforderlich, weil in hochentwickelten Staaten politische Entscheidungen oft von angeblich wertfreier wissenschaftlich-technischer Vernunft vorgezeichnet werden. Darin liegt die Gefahr einer Entpolitisierung der Öffentlichkeit und der politischen Gremien. Die Fähigkeit zur Diskussion politischer Ziele und Methoden kann dem vorbeugen und dazu beitragen, die heranwachsenden Bürger und Bürgerinnen sowohl konsens- als auch konfliktfähiger zu machen.

Beispiel: Richtlinienbezug Qualifikation 1 mit den Lernzielen 1.2 und 1.4

Lernziele zur Qualifikation 1

- 1.1 Fähigkeit zur Analyse von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen, ihrer Leistungen, ihrer Macht und der von ihnen ausgeübten Zwänge.
- 1.2 Fähigkeit und Bereitschaft, sich mit Wertvorstellungen der Gesellschaft auseinanderzusetzen und eine eigene verantwortbare Position zu finden.
- 1.3 Fähigkeit und Bereitschaft, im Spannungsfeld zwischen politischen Erfahrungen und Gestaltungswünschen die Maßstäbe für politische Regeln und Ordnungen kennenzulernen, sie zu prüfen sowie zu beurteilen, welche Abhängigkeiten in einer legitimen Herrschaftsordnung notwendig sind.

- 1.4 Bereitschaft, notwendige Abhängigkeiten in einer legitimen Herrschaftsordnung zu akzeptieren.
- 1.5 Bereitschaft, solche Abhängigkeiten und Unterordnungen kritisch zu prüfen, die sich nicht als notwendig legitimieren lassen, und sich ihnen dann zu widersetzen, wenn sie mit einer demokratischen Gesellschaftsordnung unvereinbar sind.
- 1.6 Fähigkeit und Bereitschaft, gegen Machtmißbrauch und Gefährdungen der Demokratie Widerstand zu leisten.
- 1.7 Fähigkeit und Bereitschaft, sich an der Diskussion gesellschaftlicher Zukunftsmodelle zu beteiligen und die gewonnenen Zielsetzungen in realitätsbezogenes, die Möglichkeiten der Demokratie wahrnehmendes Handeln umzusetzen.

Qualifikation 2

Pol. Mündigkeit

Fähigkeit und Bereitschaft, die Chancen zur Einflußnahme auf gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Strukturen, Herrschaftsverhältnisse und Entscheidungsprozesse zu erkennen, zu nutzen und zu erweitern.

Qualifikationsbeschreibung

Demokratie als Staatsform bedarf der Abstützung im Bereich der Gesellschaft und Wirtschaft durch Mitsprache, Mitwirkung, Mitbestimmung und Kontrolle durch die jeweils Betroffenen.

Politische Selbstbestimmung kann nur in Gesellschaften ausgeübt werden, in denen die entscheidenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereiche für demokratische Kontrolle und Gestaltung offen sind.

Wenn Bürger und Bürgerinnen fähig sein sollen, die Chancen zur Einflußnahme auf Entscheidungsprozesse und Herrschaftsverhältnisse in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erkennen, zu nutzen und zu erweitern, so müssen sie in die Lage versetzt werden, die Funktionszusammenhänge des politischen Systems analysieren und beurteilen zu können. Da Machtgruppen dazu tendieren, den durch die Mitgestaltungsrechte gegebenen Spielraum von sich aus zu besetzen, hat der Politikunterricht die Aufgabe, die Einlösung der Verfassungsforderungen zu unterstützen und zukünftige Bürger und Bürgerinnen dazu zu erziehen, ungenutzte oder neue demokratische Handlungs- und Beteiligungschancen zu erkennen. Sie müssen bereit sein, die Möglichkeiten zur Einflußnahme als Rechte zur Mitgestaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu begreifen und die in der Verfassung garantierten Rechte zu nutzen.

Lernziele zur Qualifikation 2

- 2.1 Fähigkeit, den politischen Charakter gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Vorgänge zu erkennen.
- 2.2 Fähigkeit, Argumente staatlicher Institutionen und gesellschaftlicher Gruppen zur Begründung von Regelungen und Ansprüchen zu analysieren und sich mit ihnen auseinanderzusetzen.
- 2.3 Fähigkeit, politische Handlungsspielräume realistisch einzuschätzen.
- 2.4 Fähigkeit und Bereitschaft, den vorhandenen politischen Handlungsspielraum zu nutzen und damit seine Einschränkung zu verhindern.
- 2.5 Fähigkeit und Bereitschaft, den politischen Handlungsspielraum zu erweitern und so für sich und andere ein größeres Maß an Selbstbestimmung zu erreichen.

Qualifikation 3

Medienkritik

Fähigkeit und Bereitschaft, Kommunikation und ihre Bedingungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu analysieren, auf Motive, Interessen und Machtgefälle zu prüfen und die Chancen zur Teilnahme zu erweitern.

Qualifikationsbeschreibung

Kommunikation ist Grundelement jeder sozialen Beziehung zwischen Menschen, die gegenseitig orientiertes Handeln einschließt; sie ist sowohl menschliche Fähigkeit als auch Grundbedürfnis. Dieses Grundbedürfnis kann in Kleingruppen leichter befriedigt werden als in Großorganisationen; je größer die Anzahl der Teilnehmer in einem Kommunikationssystem, um so mehr verliert Kommunikation ihren unmittelbaren Charakter, um so wichtiger werden die Techniken der Vermittlung bis hin zu den Massenmedien. Hier ist die Rollenverteilung fixiert: der Tausch der Positionen von Sender und Empfänger ist kaum möglich, der Sender beherrscht den Vorgang, der Empfänger rezipiert nur. Bedingungen und Konsequenzen dieses Prozesses müssen durchschaut sein, damit Bürger und Bürgerinnen die Chancen und Grenzen der Teilnahme in diesem Prozeß erkennen können.

Die Prüfung von Kommunikation ist auch deswegen notwendig, weil nicht nur das Ergebnis der Kommunikation (z. B. die einzelne Information oder Nachricht) für die Beurteilung ihres Informationswertes bedeutsam ist, sondern auch die Bedingungen ihrer Herstellung, Verbreitung und Aufnahme. Es muß unterschieden werden, ob es sich um sachlich angemessene Aussagen, um Verschleierungen von Absichten oder um den Ausdruck eines Machtgefälles zwischen den Kommunikationsteilnehmern handelt, in dem bestimmte Teilnehmer eine Definitionsmacht über Sprachregelungen und Begriffe haben.

Ziel der Prüfung muß deshalb auch sein, ideologische Elemente in gesellschaftspolitischen Aussagen offenzulegen.

Die Bedeutung von Kommunikation für soziales Handeln macht die Frage nach Chancengleichheit der Teilnahme notwendig. Es gibt sozialbedingte Ungleichheiten, die besonders im Medium Sprache auffallen. Durch Sprache werden Sozialisationsvorgänge vermittelt, von der Sprachkompetenz hängen weitgehend das Niveau und die Art kognitiver Leistungen ab, es kann auch die Motivation zum politischen Handeln davon beeinflusst werden. Verfügung über Sprache ist eine Voraussetzung für die erfolgreiche Verwirklichung individueller Bedürfnisse im privaten, beruflichen und politischen Bereich. Die Erweiterung und Differenzierung des Sprachvermögens aller Bürger und Bürgerinnen – eine der wichtigsten Aufgaben von Schule überhaupt – ist ebenso für den Prozeß demokratischer Willensbildung notwendig, in dem es möglich sein muß, daß alle Interessen, Meinungen und Lösungsversuche zur Sprache kommen können. Die Übung differenzierten Sprachgebrauchs und die Bereitschaft, nach Möglichkeiten der Erweiterung der Teilnahmechancen zur Kommunikation zu suchen, muß auch Sache des Politikunterrichts sein.

Die Nutzung der traditionellen Medien (Presse, Rundfunk, Fernsehen) und die Diskussion um neue Medien verweisen auf die Notwendigkeit einer differenzierten Kommunikationsfähigkeit. Gerade die Diskussion über die neuen Medien muß auch geführt werden unter dem Gesichtspunkt der Erweiterung der Teilnahmechancen.

Lernziele zur Qualifikation 3

3.1 Fähigkeit zu analysieren, inwieweit Kommunikation wesentliches Element sozialer Beziehungen und sozialen Handelns ist.

- 3.2 Fähigkeit, die Chancen und Grenzen der Teilnahme von einzelnen in unterschiedlichen Kommunikationssituationen zu erkennen, z. B. in sozialen Gruppen, am Arbeitsplatz oder gegenüber Massenmedien.
- 3.3 Fähigkeit zu prüfen, inwieweit die Teilnahmechancen am Kommunikationsprozeß aufgrund sozialer Bedingungen ungleich sind.
- 3.4 Fähigkeit, die unvermeidlich selektive Vermittlung von Informationen zu erkennen und zu prüfen, inwieweit Informationen in bestimmter Absicht ausgewählt und dargeboten werden.
- 3.5 Fähigkeit, die Interessengebundenheit von Informationen und Meinungsäußerungen erkennen zu können.
- 3.6 Fähigkeit und Bereitschaft, Sprachregelungen, Standpunkte und Darlegungen von Experten kritisch zu überprüfen, um sie gegen Rechte und Interessen Betroffener abzuwägen.
- 3.7 Fähigkeit, Nachrichten und Kommentare kritisch zu prüfen, und Bereitschaft, die Möglichkeiten unterschiedlicher Medien zu nutzen.
- 3.8 Fähigkeit und Bereitschaft, die eigenen Kommunikationsmöglichkeiten zu erweitern.
- 3.9 Fähigkeit, die Funktion von Vorurteilen im Kommunikationsprozeß zu analysieren, und Bereitschaft, Vorurteile gegenüber anderen abzubauen.
- 3.10 Fähigkeit und Bereitschaft, durch Erweiterung und Differenzierung des eigenen Sprachvermögens die Chancen zur Partizipation zu verbessern.

Qualifikation 4

*Regelungen
Alternativen*
Alternativen *bereitsschaft*

Fähigkeit und Bereitschaft, in politischen Alternativen zu denken, Partei zu ergreifen und gegebenenfalls auch angesichts von Widerständen und persönlichen Nachteilen zu versuchen, Entscheidungen nach demokratischen Regeln zu verwirklichen.

Qualifikationsbeschreibung

Diese Qualifikation enthält drei Elemente: Denken in Alternativen, Parteinahme und Verwirklichung von Entscheidungen. Denken in einem Spektrum von Alternativen zeigt sich in der Fähigkeit, in einem (sozialen, politischen, ökonomischen) Konflikt nicht nur seine eigenen Interessen und Ansichten zur Geltung zu bringen, sondern auch die Situationsdefinitionen und Lösungsvorstellungen der anderen Betroffenen wahrzunehmen und die ihnen zugrunde liegenden Interessen und Wertvorstellungen zu erkennen. Denken in Alternativen meint auch, das Handeln des politisch Andersdenkenden und des politischen Gegners zu verstehen. Verstehen in diesem Sinne heißt nicht billigen, sondern die Interessen und Motive des politischen Denkens und Handelns anderer begreifen.

Darüber hinaus regt alternatives Denken zum Entwurf neuer Lösungsvorschläge an und hilft, soziale Phantasie zu entwickeln.

Politische Bildung erschöpft sich nicht in der Analyse von politischen Problemen oder dem Sammeln von Lösungsvorschlägen, sondern verlangt auch Standpunktbeziehen und Parteinahme. Dies zeigt sich in der Fähigkeit, aus unterschiedlichen Problemdefinitionen und Lösungsvorschlägen Handlungskonzeptionen auszuwählen und zu vertreten; die gewählte Konzeption muß der Prüfung an Hand offengelegter, moralisch verantwortbarer Maßstäbe standhalten; sie muß den gegebenen rechtlichen Rahmen berücksichtigen.

Wer Standpunkt bezieht und Partei ergreift, muß mit Widerständen rechnen, die zu persönlichen Nachteilen führen können. Diese beginnen bei zeitlichem und sachlichem Aufwand und können auch in sozialen Bezugsgruppen zu Spannungen führen, die ausgehalten werden müssen, wenn das politische Engagement dauerhaft sein soll.

Politisches Engagement erfordert daher realitätsbezogene Kenntnisse der zu erwartenden Widerstände und Formen der Auseinandersetzung im gesellschaftlichen, speziell im politischen Bereich.

Lernziele zur Qualifikation 4

- 4.1 Fähigkeit, in einem politischen Gegenstand die Kontroverse zu erkennen.
- 4.2 Fähigkeit und Bereitschaft, in gegebenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Problemsituationen die Probleme darzustellen, alternative Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln und auf ihre Realisierungschance zu prüfen.
- 4.3 Fähigkeit und Bereitschaft, die Motive und Interessenlagen politisch Andersdenkender und politischer Gegner zu verstehen und ihre Handlungen zu analysieren und zu beurteilen.
- 4.4 Fähigkeit, durch Parteinahme in politischen Konflikten Selbstbestimmung zu praktizieren.
- 4.5 Fähigkeit, sich zwischen unterschiedlichen Lösungsvorschlägen für ein Problem begründet zu entscheiden, und Bereitschaft, sich gegebenenfalls für die Durchsetzung dieser Entscheidung einzusetzen.
- 4.6 Fähigkeit und Bereitschaft, die eigene Parteinahme auch unter Druck von Widerständen und Belastungen zu vertreten und in demokratische Meinungs- und Willensbildungsprozesse einzubringen.

Qualifikation 5

*Eigeninteresse (Individualistisches)
Durchsetzungsvermögen, Kompromißbereitschaft*

Fähigkeit und Bereitschaft, sowohl eigene Rechte wahrzunehmen und eigene Interessen nach Möglichkeit solidarisch und kompromißbereit zu vertreten, als auch gesellschaftliche Interessen und Interessen Benachteiligter zu erkennen und ihnen gegebenenfalls Vorrang zu geben.

Qualifikationsbeschreibung

Rechte, die nicht wahrgenommen werden, können verloren gehen: Im Rechtsstaat müssen Bürger und Bürgerinnen in der Lage sein, ihre durch vorhandene Rechte gebotenen Chancen zu nutzen. Deshalb bedarf es in der Schule schon früh der Ermutigung zum Erkennen und Vertreten der eigenen Rechte. Es gehört zu den Rechten der einzelnen, ihre Interessen allein oder gemeinsam mit anderen zu vertreten. Rechte kann man auch als einzelner gerichtlich behaupten und durchsetzen, Interessen in der Regel nur gemeinsam mit anderen. Wenn einzelne ihre Interessen als die einer größeren Gruppe erkennen, besteht eine bessere Möglichkeit, sie durchzusetzen. Dabei verlangt die Funktionsfähigkeit einer pluralistischen Gesellschaft ein Mindestmaß an Übereinstimmung mit den Andersdenkenden und setzt die Bereitschaft zum Kompromiß voraus.

Politisch verantwortliche Bürger und Bürgerinnen sollten fähig sein, die Rangordnung ihrer verschiedenen Interessen und Werte zu bestimmen. Sie sollten sie sowohl zu den Interessen anderer Gruppen der Gesellschaft wie auch zu gesamtgesellschaftlichen Interessen in Beziehung setzen können. Sie sollten einschätzen können, in welchen Fällen In-

teressen einzelner Personen oder Gruppen zugunsten von gesellschaftlichen Interessen zurückgestellt werden müssen. Sie müssen wissen, daß Sonderinteressen sich oft den Anschein geben, dem Gemeinwohl zu dienen. Die Ermutigung, eigene Rechte wahrzunehmen und eigene Interessen zu vertreten, steht im Politikunterricht gleichberechtigt neben der Einsicht, daß ohne die Rücksicht auf gesellschaftliche Interessen, die Interessen Benachteiligter, ohne Toleranz und ohne die Erfüllung bestimmter Pflichten eine demokratische Gesellschaft nicht lebensfähig ist.

Politisch verantwortliche Bürger und Bürgerinnen sollten abschätzen können, inwieweit die kompromißlose Durchsetzung von Einzel- und Gruppeninteressen zur Zerstörung eines notwendigen Maßes gesellschaftlicher Stabilität und zu Ungerechtigkeiten führt.

Lernziele zur Qualifikation 5

- 5.1 Fähigkeit, die eigene Rechts- und Interessenlage zu erkennen.
- 5.2 Fähigkeit zu erkennen, wodurch eigene Rechte eingeschränkt sind und wodurch die Möglichkeit zur Wahrnehmung eigener Interessen begrenzt ist.
- 5.3 Fähigkeit und Bereitschaft, eigene Rechte wahrzunehmen und die Rechte anderer zu respektieren.
- 5.4 Fähigkeit und Bereitschaft, Wertvorstellungen daraufhin zu prüfen, welchen Interessen von Individuen und Gruppen sie entsprechen und ob diese Wertvorstellungen die Zustimmung aller Betroffenen finden könnten.
- 5.5 Bereitschaft, Maßstäbe für Entscheidungen zu suchen und zu akzeptieren, die der Prüfung auf Verallgemeinerungsfähigkeit standhalten können.
- 5.6 Fähigkeit zu prüfen, inwieweit Methoden der Durchsetzung von Interessen mit der bestehenden Verfassungs- und Rechtsordnung übereinstimmen.
- 5.7 Fähigkeit, zwischen privaten und gesellschaftlichen Interessen zu unterscheiden.
- 5.8 Fähigkeit und Bereitschaft, die Wahrung der Interessen Benachteiligter als gesellschaftliche Aufgabe zu verstehen.
- 5.9 Bereitschaft, sich für die Interessen Benachteiligter einzusetzen und ihnen gegebenenfalls Vorrang vor eigenen und anderen Interessen zu geben.
- 5.10 Bereitschaft, sich für gesellschaftliche Interessen einzusetzen und gegebenenfalls auf die Wahrnehmung eigener Rechte und Interessen zugunsten gesellschaftlicher Interessen zu verzichten.
- 5.11 Bereitschaft, Interessen und Wertvorstellungen in Solidarität mit anderen durchzusetzen und Kompromisse einzugehen.

Qualifikation 6

Mat *Austragung von Konflikten*
Fähigkeit, die gesellschaftliche Funktion von Konflikten zu erkennen, und Bereitschaft, sich durch Wahl angemessener Konzeptionen an der Austragung von Konflikten zu beteiligen.

Qualifikationsbeschreibung

2 *Dem*
Konflikte sind als universale Erscheinung gesellschaftlichen Lebens empirisch nachweisbar; sie begegnen uns als Element sozialer Interaktion wie auch als Motor sozialen Wandels. Diese Feststellung ist abzugrenzen von der Erwartung einer konfliktfreien Zukunfts-

gesellschaft wie auch von Lehren, die soziale Konflikte negieren. Sie grenzt sich ebenso deutlich ab von einer Position, die Konflikten Eigenwert beimißt, weil sie aus ideologischen Gründen jede Form gesellschaftlicher Integration und Stabilität ablehnt.

Zur angestrebten Konfliktfähigkeit gehört die Erkenntnis, daß Konflikte angesichts der Verschiedenheit menschlicher Interessen und Wertvorstellungen und angesichts der Unvollkommenheit einer jeden Gesellschaft unvermeidlich sind. Konflikte und ihre Austragung in den durch die Verfassung legitimierten Formen sind als Chance zur Verbesserung gesellschaftlicher Verhältnisse zu verstehen. Diese Einschätzung hebt sich klar ab von emotional bedingter Konfliktsüchtigkeit, die Konflikte um ihrer selbst willen sucht. Konfliktscheu und Konfliktsüchtigkeit sind im Politikunterricht als die beiden irrationalen Extreme einer Einstellung zu gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu verdeutlichen.

Wenn Konflikte somit gleichsam als Teil der Normalität erscheinen, so darf jedoch nicht übersehen werden, daß sie einzelne psychischen Belastungen aussetzen, die ihre Identität gefährden oder ihre Identitätsfindung erschweren können. Ein Ziel der Sozialisation ist es daher, die Fähigkeit zu erwerben, psychische Konflikte zu verarbeiten und soziale Konflikte auszutragen. Bei Jugendlichen ist eine hohe Lernmotivation zu erwarten, wenn selbsterfahrene soziale Konflikte zum Anlaß des Lernens sozialer Tatbestände gewählt werden, um ihnen zum Verständnis ihrer eigenen sozialen Existenz zu verhelfen.

Die Analyse konkreter sozialer Konflikte und die Wahl geeigneter Konzeptionen zu ihrer Austragung ist abhängig von theoretischen Voraussetzungen. Die Frage nach den Ursachen sozialer Konflikte wird in der Wissenschaft kontrovers beantwortet. Einerseits ist die Auffassung zu finden, daß alle gesellschaftlichen Konflikte auf einen grundlegenden Konflikt, nämlich den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, zurückzuführen sind. Andererseits wird die Ansicht vertreten, daß es sich bei sozialen Konflikten um partielle Strukturprobleme handelt, die ein gesellschaftliches Gleichgewicht nicht ausschließen und gesellschaftlichen Wandel ermöglichen. In einer weiteren Auffassung werden Konflikte als dysfunktional und als abweichendes Verhalten verstanden, welche das Funktionieren sozialer Systeme stören. Ferner begründet eine andere Auffassung die Existenz sozialer Konflikte mit der Tatsache der Unvollkommenheit und Verschiedenheit der Menschen, die verschiedene Ziele verfolgen und die in unterschiedlichen Graden bereit sind, ihre Interessen ihren Einsichten oder den Interessen anderer unterzuordnen.

Dementsprechend sind auch die Folgerungen im Hinblick auf das Austragen von Konflikten unterschiedlich. Von den einen wird die Aufhebung der gesellschaftlichen Konflikte durch die Aufhebung des Grundwiderspruchs erwartet; andere wollen Einzelkonflikte durch Beseitigung sozialer Ursachen, die veränderbar sind, aufheben. Wieder andere streben Regelungen des Austragens von Konflikten an, da sie meinen, eine Reihe von Konflikten sei nicht aufhebbar.

Im Politikunterricht müssen unterschiedliche Konflikttheorien an konkreten Beispielen diskutiert werden. Dabei sind sie insbesondere an der Verfassungs- und Rechtsordnung zu messen.

Mit der Konflikthaftigkeit des politischen und gesellschaftlichen Lebens ist der Konsens über die Form der Konfliktaustragung verbunden. Konflikt und Konsens stehen nicht im Gegensatz zueinander. Der Grundkonsens unserer Gesellschaft umgreift die Tatsache, daß es Konflikte in unserer Gesellschaft gibt. Der durch die Verfassung gewährleistete Schutz der Mitglieder unserer Gesellschaft macht es notwendig, daß die Austragung von Konflikten begrenzt sein und nach Regeln ablaufen muß. Verfassungs- und Rechtsord-

nung bilden dadurch eine institutionelle Sicherung von Freiheit. Sie stecken den Rahmen ab für die jeweiligen geschichtlichen Chancen einer politischen Fortentwicklung der Gesellschaft mit den Mitteln und dem Ziel eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Politikunterricht muß die Fähigkeit und Bereitschaft zur Wahl geeigneter Konzeptionen vermitteln. Er wird auf typische Konfliktformen vorbereiten, Lösungsstrategien erlernen lassen und möglichst auch Gelegenheit geben, das Verarbeiten von Enttäuschungen und Versagungen zu lernen.

Jugendlichen fällt es häufig schwer, Politik als „ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß“ (Max Weber) zu verstehen und die aus der Unvollkommenheit vorläufiger Teillösungen oder dem Aufschieben von Konflikten erwachsenen affektiven Spannungen auszuhalten. Es sollte deshalb ein Verhalten angezielt werden, das durch ausgeprägte Differenzierungsfähigkeit bei der Einschätzung von Konflikten und durch Ich-Stärke bestimmt ist.

Lernziele zur Qualifikation 6

- 6.1 Fähigkeit, Konflikte als eine Form des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Prozesses zu erkennen.
- 6.2 Fähigkeit, die strukturellen Grundlagen von Konflikten zu analysieren.
- 6.3 Fähigkeit, die einem Konflikt zugrundeliegenden Interessengegensätze und Machtverhältnisse zu erkennen und rational zu ihnen Stellung zu nehmen.
- 6.4 Bereitschaft, sich über die vorhandenen Möglichkeiten der Regelung von Konflikten zu informieren und sich am Austragen von Konflikten zu beteiligen.
- 6.5 Fähigkeit und Bereitschaft, Möglichkeiten von Konfliktregelungen kritisch zu beurteilen und gegebenenfalls neue Wege zu prüfen.

Qualifikation 7

Stehen nach Erfolg/John Damp
Fähigkeit und Bereitschaft, eigene Glücksvorstellungen zu entwickeln, in sozialer Verantwortung wahrzunehmen sowie dies auch anderen zu ermöglichen.

Qualifikationsbeschreibung

Diese Qualifikation knüpft an Traditionen politischen Denkens an, die von der Antike bis weit in die Neuzeit reichen. Während die anderen Qualifikationen Bürger und Bürgerinnen in die Lage versetzen, die sie umgebende Wirklichkeit als weitgehend politisch geformt zu erkennen und in diesem Bereich urteils- und handlungsfähig zu werden, wird hier darauf verwiesen, daß Politik nicht Selbstzweck oder Endziel menschlicher Existenz ist, sondern ein Mittel, um den im Grundgesetz garantierten Anspruch auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu ermöglichen. Glück in diesem Sinne ist eine Chiffre für Selbstverwirklichung, die über das Politische hinausreicht, seiner jedoch als Vorbedingung bedarf. Die Qualifikation darf jedoch nicht als eine Aufforderung zu unpolitischem Denken und Handeln mißverstanden werden. Sie soll vielmehr sichtbar machen, daß eine Verabsolutierung des Politischen in ihren Auswirkungen auf die Freiheit des einzelnen ebenso bedrohlich sein kann wie eine grundsätzliche politische Abstinenz.

Über Ziele und Formen der eigenen Lebensgestaltung haben die Menschen unterschiedliche Vorstellungen. Es gibt in diesem Bereich auch keine allgemein verbindlichen Normen. Wer Jugendliche ermutigen will, Möglichkeiten der eigenen Lebensgestaltung wahrzunehmen, darf daher keine bestimmten Vorstellungen von Glück und sinnerfülltem

Leben aufdrängen. In einer demokratischen Gesellschaft müssen im Bereich persönlicher Daseinsgestaltung stets viele Wege gangbar sein. Zu dem Verhalten, auf das diese Qualifikation zielt, gehören daher notwendigerweise Toleranz und der Verzicht auf Bevormundung.

Gleichwohl kann die Aufmerksamkeit auf bestimmte Erscheinungen gelenkt werden, die es vielen Menschen erschweren, ihren Freiheitsspielraum schöpferisch und selbständig zu gestalten. Hierzu gehören z. B. eingeschränkte Lebensbedingungen benachteiligter Schichten oder Gruppen, vermeidbare Entfremdung am Arbeitsplatz oder Überbetonung des Leistungsprinzips. Ebenso müssen Jugendliche in der Lage sein, Gefahren der Entpersönlichung unserer Welt zu erkennen. Dazu gehören Beeinflussungen der persönlichen Bedürfnisse, z. B. beim Konsum und in der Freizeitgestaltung, Konformitätszwänge, Modeströmungen u. a. m. Jugendliche sollten fähig werden, solche Gefährdungen zu erkennen und zu denjenigen Interessen und Wertvorstellungen zu finden, die sie für sich selbst und in der Verantwortung gegenüber anderen als den Sinn ihres Lebens akzeptieren können.

Lernziele zur Qualifikation 7

- 7.1 Erkennen, inwieweit eigene Glücksvorstellungen durch geschichtliche und gegenwärtige Faktoren mitgeprägt sind.
- 7.2 Erkennen, inwieweit die Wahrnehmung eigener Glücksvorstellungen von politischen und wirtschaftlichen Bedingungen abhängig ist.
- 7.3 Erkennen, daß Glücksvorstellungen in einer demokratischen Gesellschaft notwendigerweise unterschiedlich sind.
- 7.4 Erkennen, daß die Politik lediglich ein Mittel ist, um Voraussetzungen für Selbstverwirklichung zu schaffen.
- 7.5 Erkennen, daß die Verabsolutierung des Politischen eine Gefahr für die freie Entfaltung der Persönlichkeit bedeutet und totalitäre Gesellschaftsformen fördert.
- 7.6 Fähigkeit und Bereitschaft, die Glücksvorstellungen anderer zu erkennen, ihren Eigenwert zu achten und zu deren Verwirklichung nach Möglichkeit beizutragen.

Qualifikation 8

Fähigkeit und Bereitschaft, angesichts von individuellen und gesellschaftlichen Problemen Eigeninitiative zu entwickeln und die Bedingungen für Eigeninitiative Benachteiligter zu verbessern.

Qualifikationsbeschreibung

Die Fähigkeit und Bereitschaft, bei der Bewältigung von individuellen wie gesellschaftlichen Problemen Eigeninitiative zu entwickeln, umfaßt verschiedene Ebenen des politischen Handelns.

Zum einen wird damit die Verpflichtung der einzelnen angesprochen, Handlungsspielräume sinnvoll zu nutzen. Eine solche Bereitschaft richtet sich damit gegen die Haltung, jegliche Initiative zur Lösung persönlicher und gesellschaftlicher Probleme von anderen, vom Staat oder von der Gesellschaft zu erwarten. Der Sozialstaat ist eine unverzichtbare Errungenschaft unserer politischen Entwicklung. Bereitschaft zur Eigeninitiative ist aber notwendig, weil der Anspruch auf Hilfe durch Staat und Gesellschaft in einer demokratischen Gesellschaft nur auf der Grundlage der Eigenverantwortlichkeit der einzelnen gedacht werden kann.

Zum anderen zielt die Qualifikation auf die Bemühungen, die entstehenden individuellen Probleme und Notlagen durch direkte, persönliche Hilfe zu bewältigen oder mit Hilfe der gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen, die unmittelbar betroffen sind. Eine solche Initiative setzt die Fähigkeit und Bereitschaft zum solidarischen Handeln voraus.

Schließlich kann und muß die Initiative auf gesamtgesellschaftliche Regelungen gerichtet sein, wenn Einzel- oder Gruppenhandeln im Rahmen der bestehenden Institutionen die Probleme nicht zu lösen vermag. Dann geht es um die gesetzliche Regelung oder Neuregelung der Inhalte des Zusammenlebens und der Verfahren zur Problembearbeitung.

Aus der Sicht der einzelnen betrachtet, läßt sich die zentrale Aussage dieser Qualifikation wie folgt umschreiben: Er/sie hilft sich selbst, wenn dies möglich ist; er/sie läßt sich helfen und hilft anderen, wenn dies nötig ist; er/sie weiß sich ebenso verantwortlich und versucht eigene Initiative zu ergreifen, wenn Probleme nur im gesamtgesellschaftlichen Rahmen bewältigt werden können.

In dem aufgezeigten komplizierten Verhältnis zwischen den einzelnen Personen, Gruppen/Institutionen und Gesellschaft bzw. Staat erhalten die Fragen nach dem Sinn und nach den Grenzen des Wohlfahrtsstaates und der Bürokratisierung einerseits sowie der Bürgerinitiativen andererseits eine besondere Bedeutung.

Von den einzelnen wird erwartet, daß sie fähig und bereit sind, gesellschaftliche Probleme und die damit verbundenen Situationen angemessen zu beurteilen, die Verantwortung für eine sachgemäße und sinnvolle Bewältigung zu übernehmen und die daraus entstehenden Konsequenzen mitzutragen.

Lernziele zur Qualifikation 8

- 8.1 Fähigkeit und Bereitschaft, Eigeninitiative als wesentlichen Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft zu erkennen.
- 8.2 Fähigkeit und Bereitschaft, gesellschaftliche Probleme als eigene zu erkennen, auch wenn diese vom Staat oder anderen übergeordneten Institutionen und Vereinigungen geregelt scheinen.
- 8.3 Erkennen, daß Eigeninitiative geeignet ist, Gefährdungen der demokratischen Gesellschaft abzuwehren.
- 8.4 Fähigkeit und Bereitschaft, die Behinderung Sozialschwacher und von Randgruppen bei der Entwicklung von Eigeninitiative zu erkennen und bei der Überwindung solcher Hemmnisse solidarisch mitzuarbeiten.
- 8.5 Fähigkeit und Bereitschaft, die Möglichkeiten staatlicher und privater Daseinsvorsorge angemessen zu nutzen.
- 8.6 Bereitschaft, soziale und wirtschaftliche Probleme selbst anzugehen, anderen zu helfen sowie Eigeninitiative für gemeinsames Handeln einzusetzen.
- 8.7 Bereitschaft, zur Lösung gesellschaftlicher Probleme durch Beteiligung an entsprechenden Initiativen beizutragen.

Qualifikation 9

Toleranz, Rollen - Verständnis
Fähigkeit und Bereitschaft, in unterschiedlichen sozialen Gruppen mitzuarbeiten, dabei Belastungen auszuhalten, Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung zu nutzen und Toleranz zu üben.

Qualifikationsbeschreibung

Politisches Handeln verwirklicht sich im Bereich von sozialen Gebilden. Es wird in Gruppenprozessen angestoßen und beeinflusst. Die dabei auftretenden Affekte und Empfindungen bleiben oft unbewußt, sind aber oft gleichwohl entscheidend für vermeintlich rationales Handeln. Es ist eine wichtige Aufgabe des Politikunterrichts, sie durch entsprechende Sozialerziehung unter Einschluß emotionalen Lernens bewußter und damit besser verfügbar zu machen.

Dabei zielt die Qualifikation besonders auf die Fähigkeit zur Toleranz, denn ohne diese ist ein Zusammenleben und -arbeiten von Menschen unterschiedlicher Auffassungen und Meinungen in gesellschaftlichen Gruppen und im Staat nicht möglich.

Um Toleranz nicht nur zu proklamieren, sondern in den verschiedenen Lebenssituationen auch konkret verwirklichen und durchhalten zu können, müssen die Voraussetzungen beachtet werden, die tolerantes Verhalten der einzelnen erst ermöglichen. Grundlegend sind hier die Einsicht, daß andere ein Recht auf eigene Auffassungen haben, sowie die Kontrolle eigener Gefühle. Dazu gehört Feinfühligkeit sowohl für die eigenen Empfindungen und Bedürfnisse als auch für die der anderen Gruppenmitglieder.

Voraussetzung der Toleranz ist daher die Ich-Stärke, die einerseits die für die Mitarbeit in der Gruppe notwendige Offenheit ermöglicht, andererseits die ebenso notwendige Selbstbehauptung der einzelnen garantiert. Denn soziale Zwänge in Gruppen können so mächtig werden, daß sie die einzelnen beispielsweise zu einer Anpassung wider Einsicht und Willen, also zu bloßer Scheintoleranz, oder zu Abwehrenscheinungen wie z. B. zu Aggressionen zwingen können.

Wenn tolerantes Verhalten in Gruppen praktisch eingeübt wird, kann sich daraus eine Grundeinstellung entwickeln, die eine wichtige Vorbedingung für eine gewaltfreie politische Öffentlichkeit bildet.

Zu den Belastungen, die in Gruppenprozessen auszuhalten sind, kann auch der Gegensatz zwischen der Selbsteinschätzung und der Fremdeinschätzung der eigenen Person gehören. Solche oft enttäuschenden Erfahrungen können entweder zu einer Abwehrhaltung führen oder aber eine Selbstkorrektur ermöglichen. Einfühlung und gegenseitige Hilfe der Gruppenmitglieder sind Mittel, die damit verbundenen Veränderungen und Erweiterungen des Ichbildes zu erleichtern.

Lernziele zur Qualifikation 9

- 9.1 Fähigkeit und Bereitschaft, in verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedliche Rollenerwartungen zu erfüllen.
- 9.2 Fähigkeit und Bereitschaft, die Folgen zu sehen und auf sich zu nehmen, die bei Nichteinhaltung von Rollenerwartungen und Verhaltensanforderungen eintreten.
- 9.3 Fähigkeit und Bereitschaft, das in einer Rolle Zugemutete zu prüfen und, falls nötig, zu Rollendistanz und Rollenveränderung zu gelangen.
- 9.4 Fähigkeit und Bereitschaft, in einer sozialen Gruppe Mitglieder, die nicht den eigenen Wertvorstellungen oder Gruppennormen entsprechend denken und handeln, in ihrer Eigenart zu achten, ihnen gegenüber Toleranz zu üben sowie ihre besondere Funktion für die Gruppe zu kennen und zu nutzen.
- 9.5 Erkennen, daß Belastungen des Ich-Bildes zu bestimmten psychischen Reaktionen führen können, z. B. zu Aggressionen, Trotz, Verleugnung, Projektion, Flucht und Apathie.

- 9.6 Fähigkeit und Bereitschaft, in sich wandelnden Situationen Möglichkeiten zur Veränderung und Erweiterung des Ich-Bildes zu nutzen.
- 9.7 Fähigkeit und Bereitschaft, Identitätskrisen von Gruppenmitgliedern, besonders auch von ausländischen Mitschülern/innen und Mitbürgern/innen zu erkennen, zu verstehen und bei ihrer Bewältigung zu helfen.
- 9.8 Fähigkeit und Bereitschaft, die besonderen Schwierigkeiten ausländischer Mitschüler/innen und Mitbürger/innen im Zusammenleben und -arbeiten mit Deutschen zu erkennen, ihnen bei der Ausschöpfung ihrer Möglichkeiten und Rechte zu helfen und sie vor ungerechtfertigter Kritik und Angriffen zu schützen.

Qualifikation 10

Friedensfähigkeit

Fähigkeit und Bereitschaft, das Lebensrecht und die Eigenständigkeit anderer Gesellschaften anzuerkennen, für eine gerechte Friedensordnung und für die Interessen benachteiligter Völker einzutreten, auch wenn dadurch Belastungen für die eigene Gesellschaft entstehen.

Qualifikationsbeschreibung

Die Qualifikationsformulierung bringt in konzentrierter Form die Zielsetzungen der Friedenserziehung in der Schule zum Ausdruck.

Die Instabilität des internationalen Systems, das vorhandene Rüstungspotential der großen und kleinen Mächte, die Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit, das Ausmaß von Hunger, Elend, Rechtlosigkeit und sozialer Ungleichheit in vielen Teilen der Welt haben sich bislang eher gegenseitig verstärkt, als daß es gelungen wäre, über erste Versuche und gute Vorsätze hinaus diese Mißstände zu beheben.

Der rational kaum zu erfassenden Übermacht der allgemeinen Bedrohung des Friedens stehen viele Heranwachsende einerseits mit Gefühlen der Ohnmacht und ungenauen Vorstellungen gegenüber, andererseits können sie sich für Manifestationen des Friedenswillens begeistern, die jedoch leicht in Resignation zusammenfallen, wenn greifbare Erfolge nicht sogleich sichtbar werden. Gedacht ist also an die Bürger und Bürgerinnen, die sich Kenntnisse und Einsichten über den in der Qualifikation angesprochenen Bereich politischer, sozialer und wirtschaftlicher Beziehungen verschaffen, die Bürger und Bürgerinnen, die in der Erkenntnis, daß der eigene Friede nur so lange sicher ist, wie es der Friede anderer Gesellschaften auch ist, nicht müde werden, in diesem Sinne Partei zu ergreifen und die Friedensdienst im Rahmen des Möglichen zu leisten bereit sind.

Die Erziehung zum Frieden muß sich von der Erkenntnis leiten lassen, daß Friede mehr ist als Stillstand der Waffen, daß er vielmehr als Prozeß anzusehen ist, an dessen Anfang wir noch immer stehen. Die gegenwärtige Situation ist durch gegenläufige Tendenzen gekennzeichnet. Bewaffnete Invasionen, lokal begrenzte Kriege, Bürgerkriege, Terroranschläge, Waffenlieferungen zur Erlangung oder Stabilisierung von Einflußzonen und anderes mehr belegen, daß Kriege immer noch als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele einkalkuliert werden. Die Perfektionierung der gegenseitigen Abschreckung mit dem Ziel der Verhinderung einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den Großmächten enthält das Risiko der Auslöschung jeglichen menschlichen Lebens. Aus dieser und anderen Einsichten entstanden Spannungs- und Rüstungsbegrenzungs politik als Beginn eines Prozesses, der auf die Abwesenheit von illegitimer Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen zielen muß. Dieser Prozeß kann nur

dann erfolgreich sein, wenn auch in den inneren Beziehungen einer Gesellschaft auf Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung verzichtet wird. Insofern ist Frieden generell ein Prinzip rationaler Konfliktregelung in allen Bereichen des Lebens. Er ist auf Dauer nicht zu verwirklichen ohne die Geltung der Menschenrechte und des Grundsatzes sozialer Gerechtigkeit.

Das schließt ein, daß die Prinzipien Frieden und Freiheit sowie soziale Gerechtigkeit auch im Verhältnis der Staaten untereinander Geltung haben.

Dazu gehören der Abbau von Vorurteilen, gegenseitige Verständigung und Interessenausgleich und die Bereitschaft, diese Prinzipien zu verteidigen. Dazu gehört auch die Bereitschaft, im Interesse Benachteiligter strukturelle Veränderungen im Bereich der Produktion, des Handels und des Verbrauchs hinzunehmen und zu vertreten, auch wenn solche Veränderungen Einschränkungen mit sich bringen.

Lernziele zur Qualifikation 10

- 10.1 Fähigkeit, die Bedeutung internationaler Politik für die eigene Gesellschaft einzuschätzen, und Bereitschaft, sich mit den Problemen der internationalen Beziehungen zu beschäftigen.
- 10.2 Fähigkeit und Bereitschaft, eigene Wertmaßstäbe und Denkgewohnheiten nicht unbedacht auf andere Gesellschaften anzuwenden und sich mit deren Lebensformen, Denkgewohnheiten und Wertmaßstäben vertraut zu machen.
- 10.3 Bereitschaft, das Lebensrecht und die Eigenständigkeit anderer Nationen, Gesellschaften und Kulturen anzuerkennen und zu diesen die Interessen der eigenen Nation und des eigenen Staates in Beziehung zu setzen.
- 10.4 Fähigkeit, Interessenkonflikte zwischen Ländern unterschiedlichen Entwicklungsstandes zu erkennen.
- 10.5 Fähigkeit, die strukturellen Grundlagen und die Verflochtenheit globaler Konflikte zu erkennen.
- 10.6 Fähigkeit und Bereitschaft zu prüfen, inwieweit Strukturveränderungen in der eigenen Gesellschaft als Beitrag zur Sicherung von Frieden und Gerechtigkeit wünschenswert oder notwendig sind.
- 10.7 Bereitschaft, für die internationale Sicherheit und eine gerechte internationale Ordnung einen eigenen Beitrag zu leisten und gegebenenfalls Belastungen zu ertragen.

Qualifikation 11

Lebensbedingungen, Zukunft, Umwelt

Fähigkeit und Bereitschaft, sowohl durch das eigene Verhalten als auch durch Beteiligung an gesellschaftlichen Initiativen Verantwortung für die Sicherung der Lebensbedingungen in der Zukunft mitzuübernehmen.

Qualifikationsbeschreibung

Die Frage nach der Zukunft der Menschen und den Überlebenschancen der Gattung Mensch steht angesichts schwindender Ressourcen und steigender Umweltbelastungen im Mittelpunkt politischer und wirtschaftlicher Auseinandersetzungen. Die Sicherung menschlichen Lebens ist nicht ausschließlich das Problem der Verhinderung atomarer militärischer Konflikte. In das Überlebenskalkül müssen auch die Probleme der Ressourcensicherung und des Umweltschutzes einbezogen werden. Die Komplexität der genannten Probleme wird größer, politisches Handeln erhält so eine neue Dimension; Lö-

sungsversuche können nicht mehr nur von nationalen Entscheidungsträgern allein verantwortet werden. Nationale und auf die Lösung gegenwärtiger Probleme bezogene Politik muß weltweite Konsequenzen und die Grundbedürfnisse zukünftiger Generationen mitberücksichtigen. Bei politischen Entscheidungen muß bedacht werden, inwieweit die Befriedigung gegenwärtiger Bedürfnisse Kosten verursacht, die erst in der Zukunft als Belastungen auftreten werden, z. B. Umweltbelastung, Ressourcenverbrauch. Die Vermehrung unseres materiellen Reichtums und der Ausbau sozialer Rechte und Leistungen sind bis heute oft auf Kosten der unterentwickelten Länder und zu Lasten zukünftiger Generationen erfolgt. Einzelne und gesellschaftliche Gruppen müssen bei ihren Ansprüchen gegenüber Staat und Gesellschaft daher abwägen, ob ihre kurzfristigen Forderungen vereinbar sind mit ihren eigenen langfristigen Interessen an materieller Wohlfahrt und sozialer Sicherheit und mit der Notwendigkeit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Zukunft im Sinne dieser Qualifikation ist nicht einfach fortgeschriebene Gegenwart. Zukunftsorientiertes Denken muß aus der Verantwortung für kommende Generationen gegenwärtige Produktionsformen und Lebensgewohnheiten überprüfen und gegebenenfalls verändern, um sozialen Ausgleich und ökologisches Gleichgewicht weltweit zu ermöglichen. Mit veränderten Produktionsformen sind hier die Entwicklung rohstoffsparender und umweltfreundlicher Produktionstechniken und Produkte gemeint und solche Produktionsformen, die das Abwälzen bestimmter Kosten auf die Gesellschaft (Externalisierung) soweit wie möglich einschränken oder vermeiden. Eine solche Umorientierung der Produktion muß unterstützt werden durch ein Umdenken im Konsum- und Freizeitverhalten. Dieses Umdenken setzt voraus, daß Verhaltensweisen, die als langfristig notwendig anerkannt werden, auch gegen kurzfristige Schwankungen und Einflüsse durchgehalten werden. Dazu gehört die Einsicht, daß in unserer Gesellschaft freiwillige Selbstbeschränkungen im Konsum- und Freizeitverhalten notwendig sind, um die Lebensbedingungen in der Zukunft zu sichern. Ebenso ist die Entwicklung des Bewußtseins notwendig, die vorhandenen Ressourcen sparsamer zu nutzen. Die Auffassung, daß die gegenwärtigen ökonomischen, ökologischen und sozialen Verhältnisse die Zukunft gefährden, führt bei manchen Jugendlichen zu Angstvorstellungen, die in Angst vor der Unbeherrschbarkeit der Technik, vor der Arbeitslosigkeit, vor der Bedrohung des Weltfriedens, vor der Zerstörung der Umwelt und vor der Erschöpfung der materiellen Ressourcen gründen. Daraus entstehen Versuche, aus dem gesellschaftlichen Prozeß auszusteigen, sich unpolitisch zu verhalten und auf gegebene Möglichkeiten der politischen Beteiligung zu verzichten. Es gehört zu den Aufgaben des Politikunterrichts, die Perspektivlosigkeit dieses Weges aufzuzeigen und zu verdeutlichen, daß der Verzicht auf politische Beteiligung die Problemlage verschärft.

Lernziele zur Qualifikation 11

- 11.1 Fähigkeit und Bereitschaft, bei der Analyse zentraler politischer Probleme weltweite und langfristige Zusammenhänge zu beachten.
- 11.2 Fähigkeit und Bereitschaft, gegenwärtige Produktionsformen und Lebensgewohnheiten auf ihre ökologischen Konsequenzen hin zu überprüfen.
- 11.3 Fähigkeit und Bereitschaft, mögliche Widersprüche zwischen kurzfristigen Interessen und langfristigen Zielvorstellungen wahrzunehmen und in solchen Zielkonflikten verantwortbare Entscheidungen anzustreben.
- 11.4 Fähigkeit und Bereitschaft zu prüfen, inwieweit angesichts weltweiter und langfristiger Verteilungsprobleme Selbstbegrenzung eine wünschenswerte politische Haltung sein kann.

- 11.5 Fähigkeit und Bereitschaft, merkliche Einschränkungen in Konsum- und Freizeitverhalten zu akzeptieren, wenn dies der Sicherung der Lebensbedingungen in der Zukunft dient.

Menschenwürdige Arbeitsbedingungen

Qualifikation 12

Fähigkeit zu erkennen, inwieweit Arbeit zur Existenzsicherung von Individuum und Gesellschaft notwendig ist und Grundlage für Selbstverwirklichung und politische Beteiligung sein kann, sowie Bereitschaft, sich für die Gestaltung menschenwürdiger Bedingungen von Arbeit einzusetzen.

Qualifikationsbeschreibung

Arbeit als zielgerichtete Tätigkeit umfaßt viele Bereiche der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Wenn auch die auf Einkommen gerichtete und im Beruf ausgeübte Tätigkeit im Mittelpunkt der Betrachtung steht, so dürfen nicht die Aktivitäten übersehen werden, die neben dem Beruf und außerhalb des Berufes ausgeübt werden und die ebenso ziel- bzw. wertorientiert sein können. Dazu gehören u. a. Tätigkeiten im sozialen, politischen und kulturellen Bereich.

Die politische Bedeutung der Arbeit läßt sich vornehmlich in einem dreifachen Spannungsverhältnis erfassen. Das erste besteht in der materiellen Sicherung individueller und gesamtgesellschaftlicher Existenz; ein zweites in dem Anspruch auf Selbstverwirklichung und deren Gefährdung durch Entfremdung in der Arbeit. Das dritte umfaßt das Verhältnis zwischen den durch Effizienzdenken bestimmten hierarchischen Organisationsstrukturen und der Möglichkeit der Beteiligung an Entscheidungsprozessen im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich.

Aus dem ersten Spannungsverhältnis ergibt sich die Notwendigkeit oder gar Verpflichtung zur Arbeit, um das grundlegende Problem der Knappheit zu überwinden; das zweite zielt auf die Möglichkeit der Sinnerfüllung durch Arbeit. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Art der Arbeit bzw. der Beruf weitgehend die soziale Position der Menschen und damit auch ihre gesellschaftliche Existenz bestimmen. Das dritte richtet sich auf die Erweiterung der Handlungs- und Beteiligungsspielräume, wobei man davon ausgehen kann, daß Arbeit und Beruf auch das politische Verhalten beeinflussen. Wie in der Qualifikation schon angedeutet, ist in diesem Zusammenhang darauf zu verweisen, daß die für die gesamte Gesellschaft geltende Verpflichtung zur Wahrung der Menschenwürde (GG) ihren direkten Niederschlag in der Humanisierung der Arbeit finden soll.

Das Erkennen der in Spannung befindlichen Zusammenhänge und die Befähigung, sich damit auseinanderzusetzen, stellt eine zentrale Aufgabe der politischen Bildung dar.

Dabei ergeben sich allgemeine und spezielle Fragen, z. B. inwieweit ist ein Recht auf Arbeit politisch sinnvoll, und bedingt ein Recht auf Arbeit eine Pflicht zur Arbeit?/Inwieweit erfordert eine eventuelle Knappheit an Arbeitsplätzen den teilweisen Verzicht auf Arbeit bzw. Einkommen zugunsten derjenigen, die keine Arbeit haben?/Inwieweit wird durch einen verbreiteten freiwilligen Verzicht auf Beteiligung am Arbeitsmarkt die Struktur der Wirtschaftsgesellschaft und des Sozialstaates verändert?/Inwieweit hat die zunehmende Arbeitsteilung sowie der Einsatz von Maschinen oder Computern die Arbeit des Menschen erleichtert oder belastet?

Für die betriebliche Arbeit ergeben sich spezielle Probleme, die zum großen Teil aus dem Spannungsverhältnis zwischen Arbeitgeber (Kapital) und Arbeitnehmer (Arbeit) entstehen. Dazu zählen u. a. das Verhältnis zwischen Lohn als Kostenfaktor und Lohn als Ein-

kommen; Einkommenssicherung und Einkommensverteilung; Macht und Machtkontrolle; Führung und Mitbestimmung; Ökonomisierung und Humanisierung der Arbeit; Rationalisierung und Beschäftigung; Leistungsmessung und Leistungsbewertung.

Eine besondere Aufgabe der politischen Bildung muß darin gesehen werden, die Jugendlichen auf die Bedingungen und Probleme der Berufs- und Arbeitswelt vorzubereiten und sie zu befähigen, die Bedeutung ihrer Ausbildung und ihrer Arbeit für sich und die Gesellschaft zu erkennen und zu bewerten.

Lernziele zur Qualifikation 12

- 12.1 Fähigkeit zu erkennen, daß es unterschiedliche Formen von individuell und gesellschaftlich bedeutsamer Arbeit (z. B. Berufsarbeit, Hausarbeit, Schularbeit, ehrenamtliche Arbeit) gibt, und Bereitschaft, den Sinn der Arbeit, ihre Identifikationsmöglichkeiten und ihren Nutzen zu prüfen.
- 12.2 Fähigkeit zu erkennen, daß ein Zusammenhang zwischen Arbeit zur Sicherung der eigenen Existenz und Arbeit zur Sicherung der Existenz der Gesellschaft und zum sozialen Ausgleich besteht, und Bereitschaft, hierzu einen eigenen Beitrag zu leisten.
- 12.3 Fähigkeit zu erkennen, daß die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung durch Arbeit sowohl von ihrer Art und Organisation und ihren Kommunikationschancen als auch von ihrer Einschätzung durch die Arbeitenden und ihre Bewertung durch die Gesellschaft abhängt.
- 12.4 Fähigkeit zu erkennen, inwieweit die Chancen der gesellschaftlichen und politischen Beteiligung von der Struktur der Arbeitswelt und ihren persönlichkeitsfördernden und persönlichkeitsbeschränkenden Auswirkungen abhängig sind.
- 12.5 Fähigkeit, die Folgen neuer Technologien für menschliche Arbeit zu erkennen, und Bereitschaft, die Möglichkeiten gesellschaftlicher Neuverteilung von Arbeit zu prüfen.
- 12.6 Fähigkeit und Bereitschaft, den Stellenwert von Arbeit für die eigene Person zu reflektieren, individuelle Prioritäten zu setzen und sich dafür einzusetzen, daß auch in der Berufs- und Arbeitswelt Benachteiligte die Chancen der Existenzsicherung, Selbstverwirklichung und politischen Teilhabe durch Arbeit erhalten.
- 12.7 Fähigkeit und Bereitschaft, Belastungen von Arbeit auszuhalten und auch unter restriktiven Arbeitsbedingungen Freiräume zum eigenständigen Handeln wahrzunehmen.
- 12.8 Fähigkeit und Bereitschaft, Möglichkeiten zur kreativen und phantasievollen Gestaltung der Arbeit und ihres Umfeldes zu entdecken und Chancen für weitere Lernprozesse zu nutzen.
- 12.9 Fähigkeit und Bereitschaft, sich an der gesellschaftlichen Auseinandersetzung über Maßstäbe für Humanisierung von Arbeit, Mitbestimmung und Mitwirkung zu beteiligen und sie in Solidarität mit anderen zur Geltung zu bringen.

3 Lerninhalte

3.1 Gesichtspunkte zur Auswahl

3.1.1 Situations- und Problemorientierung

Im Politikunterricht sollen Qualifikationen für die Bewältigung von Lebenssituationen erworben werden; deshalb werden als Inhalte des Unterrichts vorzugsweise Situationen aus lebensnahen Erfahrungsbereichen ausgewählt. Situationen sind soziale Beziehungen, in denen Menschen im Rahmen einer gegebenen Umwelt miteinander handeln. Diese Umwelt stellt die objektiven Bedingungen des Handelns in der Situation dar. Die Handelnden bringen ihrerseits ihre individuellen Prägungen und ein Vorverständnis ihres Handelns in die Situation mit ein, sie weisen also bestimmte Haltungen auf. Aktualisiert wird in der Situation die jeweils subjektive Perspektive der Beteiligten; ihr Handeln ist davon bestimmt, wie sie die Situation übereinstimmend, voneinander abweichend oder gegensätzlich subjektiv deuten oder „definieren“. Die Handelnden unterlegen der Situation jeweils einen subjektiv gemeinten Sinn, der ihr Handeln leitet. Miteinander zu handeln heißt dann, unterschiedliche Sinndeutungen zu verhandeln oder auszuhandeln; Situation ist demnach als Vorgang zu verstehen.

Situationsorientierung bedeutet, daß vorzugsweise oder überwiegend Situationen als Gegenstände des Politikunterrichts ausgewählt werden, zu deren Bewältigung die Schüler und Schülerinnen qualifiziert werden sollen.

Diese Situationen sind den Schülern und Schülerinnen teilweise durch unmittelbare Erfahrung oder über Medien und Gruppen zugänglich; andere werden durch didaktische Aufbereitung vermittelt. Die Lernenden bringen also zum einen eigene Erfahrungen mit, zum anderen wird es ihnen durch Unterricht ermöglicht, sich in nicht unmittelbar zugängliche Situationen einzuarbeiten.

Aus der Fülle der erfahrbaren Situationen werden bedeutsame, das heißt politisch relevante Situationen ausgewählt, in denen sich ein politisches Problem zeigt. Dies ist ein für das Zusammenleben von Menschen bedeutsamer Sachverhalt, der als unbefriedigend oder noch nicht geregelt betrachtet wird. Dieser Sachverhalt wird von Beteiligten als Gefährdung ihres Wohlergehens oder sogar ihrer Existenz betrachtet, eine Lösung wird als dringlich angesehen. Andere Beteiligte sehen unter Umständen diese Gefährdung nicht und akzeptieren es daher nicht, daß dieser Sachverhalt als politisches Problem definiert wird.

Das politische Problem ist Resultat eines Prozesses kollektiver Definition; es ist daher abhängig von der Definitionsmacht der politischen Akteure, die das Problem in den Entscheidungsprozeß einbringen oder es aus ihm verdrängen können.

Die Beurteilung eines Sachverhalts als politisches Problem enthält noch nicht seine Lösung. Vielmehr ist der Lösungsweg offen, sei es, weil der Sachverhalt kontrovers beurteilt wird, sei es, weil die möglichen Lösungswege in einen Interessenkonflikt führen oder die Folgen und Nebenfolgen unkalkulierbar sind. Damit verweist die nach dem Prinzip der Problemorientierung ausgewählte Situation auf Strukturen und Prozesse des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Systems.

Politikunterricht darf sich nicht auf die Bearbeitung anerkannter politischer Probleme beschränken, sondern muß auch Raum geben für zum Beispiel von Minderheiten als problematisch empfundene Situationen. Schüler und Schülerinnen haben zu politischen Problemen, die im Unterricht behandelt werden sollen, unter Umständen einen unmittelbaren Zugang oder benötigen didaktische Hilfen zur Aufschlüsselung ihnen nicht unmittelbar zugänglicher Problemlagen. Ein didaktisches Verständnis von Problemorientierung muß ge-

gegebenfalls auch historisch zurückliegende Problemlagen mit einschließen, deren Regelung zu Institutionen geronnen ist und uns insofern als Ergebnis vorliegt. Für den Unterricht bedeutet dies die Übersetzung der Ergebnisse in jene Prozesse, die der Regelung vorausgingen.

Die politisch problematische Situation bleibt Leitfaden der Problembearbeitung, indem die gefundene Problemlösung wieder an der Ausgangssituation bzw. an der veränderten Situation überprüft werden sollte. So können konkrete Folgen festgestellt, die Handlungsmöglichkeiten der Beteiligten und Betroffenen und gegebenenfalls auch der Lernenden ermittelt und eine Beurteilung des gesamten Vorgangs vorgenommen werden.

Qualifikationsorientierung, Situationsorientierung und Problemorientierung sind curriculare Strukturierungsprinzipien, die sich gegenseitig ergänzen. Sie finden ihre Verbindung in einem Lernprozeß, der von der verstehenden Analyse überschaubarer Situationen zu komplexen Problemen führt, in der Absicht, daß die Lernenden Fähigkeiten erwerben, die sie zur Bewältigung von politisch relevanten Situationen jetzt oder später benötigen.

3.1.2 Jugend, Schule und Beruf

Die Auswahl und Akzentuierung von Qualifikationen, Problemstellungen und Situationen politischen Lernens in der Unterrichtsplanung ist von den jeweils konkreten Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler abhängig. Richtlinien sind nicht der Ort, eine für alle Altersstufen und Bildungsgänge gleichermaßen gültige Bedingungsanalyse vorzugeben.

Bei der Frage, unter welchen gesellschaftlichen und persönlichen Bedingungen Jugendliche ihre politische und soziale Handlungsfähigkeit entwickeln, muß in besonderer Weise der Zusammenhang von beruflicher und politischer Sozialisation beachtet werden.

Allgemein läßt sich sagen, daß die inhaltlichen Anforderungen des Unterrichts in allen Schulformen infolge des fortschreitenden technischen Wandels und des oft erhöhten Niveaus beruflicher Qualifikation steigen.

Im übrigen aber muß der unterschiedliche Grad der Berufsnähe der Schüler und Schülerinnen und die Konkretheit ihrer Berufsentscheidung in den Schulformen des vielgestaltigen Schulwesens gesehen werden. Schüler/innen und Lehrer/innen der einzelnen Schulformen entwickeln ein Selbstverständnis, das erheblich von Nähe oder Distanz zur beruflichen Existenz abhängig ist. Dies gilt keineswegs vorwiegend für die beruflichen Schulen, sondern generell.

Dabei hat die Arbeitsmarktsituation für Bewußtsein und Persönlichkeitsentwicklung der Schüler und Schülerinnen Konsequenzen: Schüler und Schülerinnen mit Arbeitserfahrungen bringen andere Voraussetzungen in den Unterricht ein als Schüler und Schülerinnen ohne Arbeitserfahrungen, arbeitslose Jugendliche andere als solche mit einem gesicherten und mit guten Zukunftsaussichten verbundenen Ausbildungsplatz.

Im Bereich des beruflichen Schulwesens ist danach zu unterscheiden, ob es sich um Vollzeitschüler/innen handelt oder um solche, die bereits betriebliche Erfahrungen haben. Z. B. sind die Wirkungsmöglichkeiten der Schule, auch des Politikunterrichts an der Teilzeitschule eingeschränkt, weil der Lernort Betrieb für die Auszubildenden meist eine größere Bedeutung hat als der Lernort Schule und weil bei den Abschlußprüfungen außerschulische Instanzen (Kammern) maßgebend sind. Die berufliche und politische Sozialisation der bereits in der Ausbildung befindlichen Jugendlichen wird daher in besonderer Weise vom Betrieb als Sozialisationsinstanz geprägt.

Da die Berufsschulpflicht auch für Auszubildende über 18 Jahre gilt, die vor Vollendung des 21. Lebensjahres eine Berufsausbildung aufgenommen haben, hat die Politische Bildung in der Berufsschule zu berücksichtigen, daß sie es mit mündigen Erwachsenen zu tun hat, die bereits aktiv an politischen Prozessen beteiligt sind. Sie hat weiterhin zu berücksichtigen, daß die Schüler und Schülerinnen steigende schulische Eingangsvoraussetzungen mitbringen, teilweise bereits einmal die Sekundarstufe II durchlaufen haben. Hier rückt der Aspekt beruflicher Sozialisation um so mehr in den Vordergrund.

Es gehört zu den grundlegenden Problemen unserer Demokratie, daß die politische Beteiligung der Arbeitnehmer ohne Hochschulbildung vergleichsweise niedrig ist. Dementsprechend zeigen auch Schüler und Schülerinnen eine schichtenspezifisch abgestufte Einstellung zu politischen Fragen. Schüler und Schülerinnen in der Vorbereitung auf Berufstätigkeiten mit geringerem gesellschaftlichen Status beziehen sich in ihrem Selbstverständnis weniger auf politische Konflikte, Ordnungsvorstellungen und Problemlagen. Dies hängt u. a. mit der zunehmenden Spezialisierung, Verwissenschaftlichung und Komplexität der politischen Prozesse zusammen, die vornehmlich zur Angelegenheit der Experten und Gebildeten zu werden drohen. Der Rückzug ins Private und die Verstärkung von Aktivitäten in überschaubaren Räumen sind häufig die Folge jenes Politikverständnisses.

Es kommt dem Jugendlichen dabei oft nicht zum Bewußtsein, daß jede Berufsarbeit auch immer eine Form politisch-gesellschaftlichen Handelns ist. Der Politikunterricht muß daher den Schülern und Schülerinnen die Zusammenhänge zwischen Berufstätigkeit und zentralen gesellschaftlichen Entwicklungen und Problemen wie z. B. Umweltzerstörung, Rüstung, soziale Ungleichheit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, soziale Sicherheit, Gleichberechtigung von Mann und Frau verdeutlichen. Dies heißt nicht, daß diese Probleme bewußt durch Berufsarbeit verursacht sind, vielmehr nur, daß in Berufen gesellschaftliche Probleme nicht nur bearbeitet und gelöst, sondern auch erzeugt und erhalten werden.

Die Ausgestaltung extrem arbeitsteiliger Industrieproduktion kann leicht zu Gleichgültigkeit der abhängig Beschäftigten gegenüber den Inhalten ihrer Tätigkeit und zum Rückzug ins Private führen. Andererseits ist gerade dann die politische Aktivität auf solidarischer Grundlage besonders wichtig, damit Arbeitsplätze gesichert und Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Für die Persönlichkeitsentwicklung und damit auch für das politische Bewußtsein der Jugendlichen haben Arbeitserfahrungen innerhalb und außerhalb des Berufs erhebliche Auswirkungen. Es ist notwendig, daß sich der Politikunterricht sowohl vorgehend als auch ausgleichend zur Wirklichkeit der Berufsarbeit stellt.

Im Vorgriff auf die berufliche Zukunft sollte versucht werden, Schüler und Schülerinnen in Vollzeitschulen ein genaues und differenziertes Bild von den sozio-ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Berufsarbeit in einer marktwirtschaftlich verfaßten Wirtschaftsordnung zu vermitteln. Die realen gesellschaftlichen und ökonomisch-technischen Bedingungen begrenzen zwar die Handlungsalternativen der einzelnen, sie lassen immer aber auch Handlungsfreiräume offen. Diese Handlungsfreiräume gilt es zu erkennen und für selbständiges Handeln im Hinblick auf eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen nutzbar zu machen.

In ausgleichender Absicht kann der Politikunterricht für die Schüler und Schülerinnen, die bereits betriebliche Berufserfahrung haben, die einengenden Bedingungen der Arbeitswelt (z. B. berufliche Hierarchien, Eingrenzung auf bestimmte Fähigkeiten, Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt) aufarbeiten. Der Politikunterricht muß aber auch aufzeigen, welche

Chancen der Beruf für die soziale Identitätsfindung der Schüler und Schülerinnen (z. B. zu verantwortlichem und selbständigem Handeln, Kooperation, Sachkompetenz) haben kann. Er muß außerdem zeigen, daß eine entwicklungsfähige Gesellschaft auf kritische, politisch durchdachte Berufspraxis angewiesen ist. Hieraus folgt, daß der Politikunterricht gerade an berufsbegleitenden Teilzeitschulen einen in dieser Entwicklungsphase der Schüler und Schülerinnen unersetzlichen Beitrag zur Ausbildung einer demokratischen Identität leisten muß.

Charakteristisch für viele Jugendliche ist, daß der angestrebte Beruf, der Betrieb oder das Unternehmen, in dem Jugendliche beschäftigt sind, einzelne Arbeitsaufgaben und Arbeitsergebnisse oder sogar die Technik überhaupt zu einem wesentlichen Element im Identifikationsprozeß werden. Wenn solche Versuche der Identitätsfindung auch bisweilen noch ohne feste Orientierung vorgetragen werden, so darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die gelungene Standortbestimmung im Berufs- und Arbeitsleben eine zentrale Voraussetzung für die Ausbildung einer demokratischen Identität sein kann.

3.1.3 Matrix zur Auffindung von Inhalten

Lernzielkataloge können nie vollständig sein. Zum Zwecke der Unterrichtsplanung müssen Lehrer und Lehrerinnen in der Regel neue Lernziele hinzuformulieren. Dabei ist es notwendig, daß diese Lernziele auf das Sinnverständnis der Qualifikationen ausgerichtet sind. Insofern sind diese verbindlicher Bezugspunkt der Unterrichtsplanung.

Die vorliegenden Lernziele enthalten relativ abstrakte Inhaltskomponenten und Verhaltensbeschreibungen, die als langfristig zu erreichende Ziele von Unterricht anzusehen sind. Sie eignen sich nicht als Beschreibung von erwarteten Ergebnissen am Ende einer einzelnen Lernsequenz.

Um diese Erwartungen konkreter formulieren zu können, bedarf es der weiteren Entfaltung der Lernziele. Dazu müssen bestimmte Inhalte bereitgestellt werden. Die Richtlinien sehen davon ab, solche Inhalte im Sinne eines Themenkatalogs verbindlich zu machen, und zwar aus folgenden Gründen:

- Die Fülle des für den Politikunterricht notwendigen Wissens zwingt zur Auswahl.
- Die Fixierung eines Themenkatalogs würde die Planung der Lehrer und Lehrerinnen und eine Mitbeteiligung der Schüler und Schülerinnen bei der Planung des Unterrichts unnötig einengen.
- Die didaktische Verwertung aktueller politischer Fragen wird durch eine Themenfestlegung sehr erschwert.

Es wäre verfehlt, allen denkbaren Gegenständen gleiche Bedeutung für den Politikunterricht beizumessen. Es ist notwendig, Inhalte nach der politisch-gesellschaftlichen Bedeutung auszuwählen, zu gewichten und in einen sinnvollen Zusammenhang zu bringen.

Mit Hilfe eines systematischen Verfahrens – der Matrix zur Auffindung von Unterrichtsinhalten – wird die Entscheidung über Inhalte in das curriculare Verfahren einbezogen. Ausgangspunkt sind die Lernenden, die zur Bewältigung von Lebenssituationen befähigt werden sollen. Situationen sind soziale Beziehungsgefüge, in denen Menschen miteinander handeln, wobei objektive Bedingungen und subjektive Interpretationen der Situationen auf das Handeln einwirken. Die Strukturelemente der Matrix zur Auffindung von Unterrichtsinhalten sind Situationsfelder und Handlungstypen.

Unter Situationsfeldern versteht man ein Bündel von Realsituationen, die von Lernenden als gegenwärtige oder zukünftige Lebenssituationen direkt oder indirekt erlebt werden

können. Folgende Situationsfelder werden ausgegrenzt: Familie, Freizeit, Arbeitswelt, Markt, Schule, Verbände/Parteien, Öffentliche Meinung, Staat, Staaten, Weltgesellschaft.

Die Verklammerung dieser lebensnahen Erfahrungsbereiche mit den Fachwissenschaften geschieht über die Kombination der Situationsfelder mit Handlungstypen. Handeln ist intentionales Handeln, das auf die Umwelt einwirkt. In sieben Handlungstypen werden die politisch-gesellschaftlichen Aktivitäten zusammengefaßt: Interaktion, Kommunikation, Vorsorge, Konsum, Produktion, Mitbestimmung, Organisation/Herrschaft.

Die Prozesse sozialen Handelns und die Strukturen gesellschaftlicher Realität werden von den sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen analysiert. Die Ergebnisse, Methoden und Fragestellungen dieser Wissenschaften müssen für die Bearbeitung der Inhalte im Unterricht genutzt werden. Damit tritt Wissenschaftsorientierung in den Dienst der Bewältigung von Lebenssituationen.

Der Handlungsbezug der Handlungstypen läßt sich über die Formulierung von Leit- oder Schlüsselfragen verdeutlichen:

Was ist zu bedenken, wenn man

- mit anderen zusammen etwas tun will? (Interaktion)
- sich mit anderen verständigen will? (Kommunikation)
- für sich und andere vorsorgen will? (Vorsorge)
- Güter in Anspruch nehmen will, um Bedürfnisse zu befriedigen? (Konsum)
- etwas herstellen und absetzen will? (Produktion)
- sich an Entscheidungen beteiligen will? (Mitbestimmung)
- etwas verbindlich regeln will? (Organisation)
- etwas durchsetzen will? (Herrschaft)

Situationsfelder und Handlungstypen sind die beiden Dimensionen der Matrix zur Auffindung von Unterrichtsinhalten.

Matrix zur Auffindung von Unterrichtsinhalten

Situationsfelder Handlungstypen	Familie	Freizeit	Arbeitswelt	Markt	Schule	Verbände, Parteien	Öffentlichkeit	Staat	Staaten	Weltgesellschaft
Interaktion	Erziehungspraktiken							Öffentliche Regelungen		
Kommunikation		Unterhaltung							Diplomatie	
Vorsorge			Berufswahl							Friedenssicherung
Konsum				Bedarfsdeckung						
Produktion					Ausbildung					
Mitbestimmung						Wahlen				
Organisation Herrschaft							Presse als 4. Gewalt			

Mit Hilfe dieser Matrix können wesentliche Inhalte für den Unterricht gewonnen werden. (Einige Beispiele für mögliche Inhalte werden oben aufgeführt.)

3.1.4 Bestimmung von Unterrichtsthemen

Die Unterrichtsthemen müssen von den Unterrichtsinhalten unterschieden werden. Inhalt ist der Sachgegenstand, während ein Thema die Unterrichtsaufgabe als Frage, als Impuls, als Zielrichtung usw. bereits enthält. Mit Hilfe von Situationsfeldern und Handlungstypen werden noch keine Unterrichtsthemen, sondern zunächst Inhalte ermittelt. Erst durch die Problematisierung der Inhalte mit Hilfe der Qualifikationen und durch den pädagogischen Bezug auf die jeweilige Altersstufe usw. werden Themen für die einzelnen Unterrichtsreihen gewonnen. Z. B. verweist der Handlungstyp Kommunikation im Situationsfeld Schule auf die Medien sprachlicher Verständigung über Lerngegenstände und Handlungsabsichten in Unterricht und Schule; hierzu gehören Lehrbuch, Schülerzeitung, Unterrichtssprache, Wandzeitung u. a.

Wird z. B. der Inhalt Lehrbuch gewählt, so muß darauf die für den Handlungstyp Kommunikation geeignete Qualifikation aus dem Lernzielkatalog hinzugezogen werden, hier also Qualifikation 3: „Fähigkeit und Bereitschaft, Kommunikation und ihre Bedingungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu analysieren, auf Motive, Interessen und Machtgefälle zu prüfen und die Chancen zur Teilnahme zu erweitern.“ Im Blick auf dieses generelle Ziel besteht die Aufgabe des Unterrichts in der ideologiekritischen Untersuchung der von den Schülern und Schülerinnen benutzten Lehrbücher, etwa unter dem Thema: Vermittelt unser Lehrbuch zuverlässige Information? Durch diese Frage kann aus dem Zweifel an der Zuverlässigkeit und Objektivität von Lehrbuchinhalten eine Arbeitsgruppe erwachsen.

Ob ein Thema für eine bestimmte Lerngruppe in einer bestimmten Schule zu einem bestimmten Zeitpunkt geeignet ist, muß in der jeweiligen Situation an Hand von Auswahlkriterien überprüft werden. Solche Auswahlkriterien können sein: Lernerfahrungen der Schüler und Schülerinnen im Fach Politik (soziale Fähigkeiten und inhaltliche Orientierungen), Interessenlage, Aktualität, Zukunftsbedeutsamkeit, Konflikthaltigkeit und Handlungsmöglichkeiten.

3.2 Inhalte und Themen

3.2.1 Anordnung und Übersicht der Themen in der Sekundarstufe I

Nach dem Verständnis der Richtlinien kann ein Themenkatalog nur als Empfehlung gelten. Mit Hilfe der in ihm vorgegebenen Strukturmerkmale läßt sich ein Jahresplan erarbeiten, der den jeweiligen Gegebenheiten und Bedürfnissen einer Schule oder einer Klasse angepaßt ist.

Strukturmerkmale des vorliegenden Katalogs sind Situationsfelder und Handlungstypen sowie ihre Zusammenfassung in Lernfeldern. Situationsfelder sind Bündel gesellschaftlicher Lebenssituationen, auf die der Unterricht vorbereiten soll. Dabei werden gegenwärtige und zukünftige Situationen berücksichtigt. Diese Situationsfelder sind keine in sich abgeschlossenen Bereiche; sie stehen in wechselseitiger Abhängigkeit zueinander. Ihre Interdependenz ist bei der Aufschließung der Unterrichtsthemen zu beachten. Die Situationsfelder unterscheiden sich nach Kriterien wie zunehmende Komplexität, Abstraktheit und Allgemeinheit. Handlungstypen sind Formen gesellschaftlich-politischen Handelns, das sich in gesellschaftlichen Funktionszusammenhängen abspielt. Verantwortliches Handeln erfordert daher Kenntnisse über diese Zusammenhänge. Das notwendige bzw. erwerbbar Orientierungswissen wird je nach Situationsfeld und Handlungstyp unterschiedlich sein.

Der Aufbau von Urteils- und Handlungsstrukturen kann übersichtlicher dargestellt werden, indem die Strukturmerkmale Situationsfeld und Handlungstyp zu einem Strukturmerkmal, nämlich dem Lernfeld, gebündelt werden. Diese Lernfelder (Gesellschaft, Wirtschaft, Öffentlichkeit, Nationale und Internationale Beziehungen) umfassen Themen, die eine verwandte inhaltliche Orientierung ermöglichen. Die Lernfelder sind jedoch keine abgeschlossenen Wirklichkeitsbereiche.

Die Themen in einem Lernfeld und einer Stufe (Klassen 5/6, 7/8, 9/10) können sich also in der Regel gegenseitig vertreten, weil jedes dazu beiträgt, inhaltlich und methodisch vergleichbare Lernergebnisse zu fördern.

Die Zusammenfassung von Themen in Lernfeldern und Stufen in der Übersicht über die Themen (Vernetzung) macht die Spiralstruktur des Themenkatalogs deutlich. Durch Erarbeitung verschiedener Themen im Laufe eines Schuljahres entsteht bei den Schülern und Schülerinnen ein Grundbestand an Wissen und Erkenntnissen, von Problemen und Zusammenhängen. Die wiederholte Behandlung der Lernfelder im Laufe der Schulstufen macht den kontrollierten Aufbau von kognitiven Strukturen möglich, die so zunehmend komplex und differenziert werden sollen. Der Aufbau des Spiralcurriculums berücksichtigt somit die entwicklungspsychologischen Lernvoraussetzungen.

Den Fachlehrern, Fachlehrerinnen und Fachkonferenzen an den Schulen wird mit dieser Übersicht ein Ordnungsinstrument gegeben, in das auch neu entwickelte Themen eingefügt werden können. Es ist selbstverständlich, daß die eigenständige Entwicklung von Themen durch Fachkonferenzen und einzelne Lehrer und Lehrerinnen im Politikunterricht notwendig ist, da nur so auf veränderte Bedingungen des politischen Lernens und auf Schülerinteressen eingegangen werden kann.

In der Übersicht über die Themen sind diese nach Lernfeldern und Stufen zusammengefaßt.

Für die Lernfelder werden die Situationsfelder angegeben, die zu diesem Lernfeld gehören. Einige Situationsfelder tauchen wegen ihrer Interdependenz mehrfach auf.

Für die nach Lernfeld und Stufe zusammengefaßten Themen wird der gemeinsame inhaltliche Schwerpunkt angegeben. Er wird im Themenkatalog durch Sach- und Problemhinweise erläutert, um die Gemeinsamkeiten der zugeordneten Themen zum Ausdruck zu bringen.

Die Formulierung eines abgeschlossenen Themenkatalogs ist weder möglich (siehe Kriterien der Aktualität, Interessenlage der Schüler und Schülerinnen, Zukunftsbedeutsamkeit usw.) noch wünschenswert (Mitwirkungsmöglichkeiten von Lehrern/innen und Schülern/innen). Deshalb sind gleichwertige Themen denkbar und notwendig, die die Funktion der aufgeführten Themen übernehmen können. Gleichwertig sind Themen, die dem inhaltlichen Schwerpunkt und seinen Erläuterungen entsprechen.

Themenübersicht

	Gesellschaft	Wirtschaft
	Familie, Schule, Freizeit, Arbeitswelt	Markt, Arbeitswelt, Familie, Freizeit, Staat
Inhaltlicher Schwerpunkt	Soziales Verhalten in unterschiedlichen Rollen	Die Bedeutung von Produktion und Konsum für den einzelnen
Klassen 5/6	<p>„Neue Schule – neue Lehrer!“ Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Schülern/innen und Lehrern/innen</p> <p>„Uli darf nicht mitspielen!“ Rollenverhalten in Spielgruppen</p> <p>„Was tun wir am Wochenende?“ Gegen-sätzliche Wünsche bei der Freizeitplanung und Probleme ihrer Verwirklichung</p> <p>„Nur ein Mädchen?“ Verhaltenserwartungen gegenüber der Frau in der heutigen Gesellschaft</p> <p>und andere gleichwertige Themen</p>	<p>„Vater ist wieder überarbeitet!“ Wirkung der Arbeitswelt auf die Familie</p> <p>„Warum mußt Du eigentlich immer arbeiten?“ Zweck und Funktion der Berufsausübung</p> <p>„Ich brauche mehr Taschengeld!“ Problem des Haushaltens, Funktion des Geldes</p> <p>„Wohin mit dem Dreck?“ Umweltverschmutzung in Industrieregionen</p> <p>und andere gleichwertige Themen</p>
Inhaltlicher Schwerpunkt	Verhaltensprägung und -steuerung durch Gruppen	Konsument und Arbeitnehmer in der sozialen Marktwirtschaft
Klassen 7/8	<p>„Ich laß mir doch von Dir nichts sagen!“ Über aggressives Verhalten von Jugendlichen</p> <p>„Vor dem mußt Du Dich in acht nehmen!“ Vorurteile gegenüber Minderheiten</p> <p>„Bei uns gibt es so etwas nicht!“ Über schichtenspezifische Sozialisation</p> <p>„Über meine Freizeit bestimme ich allein!“ Möglichkeiten und Grenzen des Freizeitverhaltens</p> <p>„Flucht in die Droge!“ Versuche von Problemlösungen und ihre Risiken</p> <p>und andere gleichwertige Themen</p>	<p>„Man kann alles verkaufen!“ Funktion der Werbung in der Marktwirtschaft</p> <p>„Da muß man doch zugreifen!“ Das Konsumverhalten und seine Wirkungen auf das Marktgeschehen</p> <p>„Sicherheit für alle?“ Zukunftssicherung von Arbeitnehmern</p> <p>„Gerechter Lohn?“ Von der unterschiedlichen Bewertung der Arbeitsleistung</p> <p>„Arbeit – nur ein Kostenfaktor?“ Probleme der Arbeitsorganisation und der Humanisierung der Arbeit</p> <p>und andere gleichwertige Themen</p>
Inhaltlicher Schwerpunkt	Gesellschaftsstruktur und sozialer Wandel	Chancen und Grenzen von Markt und Planung
Klassen 9/10	<p>„Gleichheit oder Gleichheit der Chancen?“ Die Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>„Kleinfamilie – Großfamilie – Wohngemeinschaft?“ Über Möglichkeiten des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft</p> <p>„Berufswahl – eine Wahl?“ Die Berufswahl zwischen Zwängen und persönlichen Wünschen</p> <p>„Überrollt uns der technische Fortschritt?“ Sozialer Wandel in der Industriegesellschaft</p> <p>„Wer mitarbeitet, soll auch mitbestimmen!“ Probleme der Mitbestimmung bzw. Partizipation in Gesellschaft und Wirtschaft</p> <p>und andere gleichwertige Themen</p>	<p>„Ist die Wohnung eine Ware?“ Probleme der marktwirtschaftlichen Ordnung am Beispiel des Wohnungsmarktes</p> <p>„Arbeitsfriede oder Streik?“ Interessenvertretung und Konfliktregelung in der Arbeitswelt</p> <p>„Ist die Soziale Marktwirtschaft sozial?“ Grundfragen der sozialen Marktwirtschaft</p> <p>„Zukunft ohne Auto?“ Voraussetzungen und Probleme der Wachstumspolitik</p> <p>„Arbeit – ein soziales Recht?“ Probleme der Arbeitslosigkeit</p> <p>und andere gleichwertige Themen</p>

Öffentlichkeit	Nationale und internationale Beziehungen
Schule, Verbände/Parteien, Staat, Öffentliche Meinung	Staaten, Weltgesellschaft, Markt
Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten	Individuelle Betroffenheit durch das Leben v. Menschen in unterentwickelten Ländern bzw. Regionen
<p>„Spielplatz oder Parkplatz?“ Politische Entscheidungen auf kommunaler Ebene</p> <p>„Schüler vertreten Schüler“ Über Mitbestimmung in einer sozialen Organisation</p> <p>„Das hat sogar in der Zeitung gestanden!“ Informationsgehalt und Meinungsbeeinflussung</p> <p>„Bilder lügen nicht! Lügen Bilder wirklich nicht?“ Informationsgehalt und Meinungsbeeinflussung</p>	<p>„Wie leben Kinder in ...?“ Wege und Probleme der Entwicklungshilfe</p> <p>„Nimmt der Türke meinem Vater die Arbeit weg?“ Probleme der Integration ausländischer Arbeitnehmer</p>
und andere gleichwertige Themen	und andere gleichwertige Themen
Regeln als Begrenzung und Begründung von Macht	Konfrontation mit unterschiedlichen Systemen
<p>„Wenn wir den Unterricht machen dürften...“ Schule und Unterricht zwischen Lenkung und Mitentscheidung</p> <p>„Jetzt rufe ich die Polizei!“ Staatliche Gewaltanwendung und ihre Grenzen im Rechtsstaat</p> <p>„Müssen Politiker streiten?“ Die Funktion der Parteien bei der politischen Willensbildung</p> <p>„Kommt es nur auf den Kanzler an?“ Die Machtverteilung im parlamentarischen System</p> <p>„Gespräch mit dem Zuschauer?“ Der einzelne und die Medien</p>	<p>„Wer arm ist, ist selbst dran schuld.“ Zur Problematik von Entwicklung und Unterentwicklung</p> <p>„Zweimal Deutschland!“ Leben in unterschiedlichen Systemen</p>
und andere gleichwertige Themen	und andere gleichwertige Themen
Politische Entscheidungsprozesse im parlamentarischen Rechtsstaat	Strukturen und Konflikte in internationalen Beziehungen
<p>„Gibt es eine richtige Ordnung für die Schule?“ Konflikt im Schulleben</p> <p>„Welche Wahl hat der Wähler?“ Politische Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>„Macht oder Ohnmacht des Bürgers nach der Wahl?“ Über die Chancen politischer Beteiligung</p> <p>„Terrorismus – eine Gefahr!“ Die Herausforderung von Staat und Gesellschaft durch Terrorismus</p> <p>„Bürgerinitiativen – Krise der repräsentativen Demokratie?“ Bürgerinitiativen als Ausdruck politischen Engagements</p> <p>„Information oder Manipulation?“ Aufgaben und Arbeitsweise der Massenmedien</p>	<p>„Nationaler Egoismus oder internationale Kooperation?“ Von den Möglichkeiten und Grenzen weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit</p> <p>„Friede – notfalls mit Gewalt?“ Bundeswehr und Friedenssicherung</p> <p>„Nation Europa?“ Probleme der europäischen Einigung</p> <p>„Entwicklungshilfe – Aufforderung zu unerwünschter Konkurrenz?“ Vom Verhältnis zwischen „reichen“ und „armen“ Ländern</p> <p>„Wettkampf der Systeme!“ Systemvergleich</p>
und andere gleichwertige Themen	und andere gleichwertige Themen

3.2.2 Themenvorschläge für die Sekundarstufe I

Im Themenkatalog werden die Themen nach Stufen und Lernfeldern mit ihrem inhaltlichen Schwerpunkt aufgeführt. Den einzelnen Themen werden jeweils nur die besonders zutreffenden Qualifikationen zugeordnet. Sowohl im Gesamtplan als auch in einem Zweijahresrhythmus sind alle Qualifikationen mehrfach berücksichtigt. Untertitel erläutern jeweils die Themen. Die Formulierung des Themas soll eine gewisse Reizwirkung haben, die das Problem in einen Fragehorizont bringt. Der Untertitel erfaßt in weiter ausgreifenden Formulierungen das gesamte thematische Feld. Die Spalte „Inhalte und Probleme“ bietet zu ersten Informationen einige Aspekte in Stichworten an.

Für die Themen eines Lernfeldes in einem Doppeljahrgang wird angegeben, welche Vorstellungszusammenhänge durch die Behandlung dieser Themen bei den Schülern und Schülerinnen aufgebaut werden können. Auf die Angabe einer wissenschaftlichen Begrifflichkeit wurde verzichtet, damit nicht die Gefahr des Lernens von Begriffshülsen und die Gefahr der Stoffhuberei provoziert werden.

Die Fachlehrer und Fachlehrerinnen wissen, welche wissenschaftliche Begrifflichkeit sinnvoll in ihren Lerngruppen eingeführt und benutzt werden kann.

Der Themenkatalog ist in zweifachem Sinne offen: Er ist so umfangreich, daß ohnehin ausgewählt werden muß. Darüber hinaus ist er ergänzbar und veränderbar: zum einen durch die Aufnahme neuer Themen, zum anderen durch die Verschiebung vorhandener Themen von einem Doppeljahrgang zum anderen.

Themenkatalog für die Klassen 5/6

Lernfeld: Gesellschaft

Inhaltlicher Schwerpunkt: Soziales Verhalten in unterschiedlichen Rollen

- Position und Funktion in Gruppen (z. B. Star, Außenseiter)
- Interessen und Erwartungen in Zusammenhang mit unterschiedlichen Positionen
- Konflikte und Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung in Kleingruppen
- Einstellungen und Einstellungsänderungen: Perspektivwechsel und Sensibilisierung für Vorurteile
- Autorität und Geschlechtszugehörigkeit als wesentliche Dimension des sozialen Verhaltens

Situationsfelder/ Handlungstypen	Thema	Inhalte und Probleme	Qualifi- kationen
Schule/ Kommunikation, Interaktion, Mitbestimmung	„Neue Schule – neue Lehrer!“ Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Schüler/Schülerinnen und Lehrer/innen	Ansprüche und Erwartungen der Schüler und Schülernnen, der Lehrer und Lehrerinnen der Schule; Beurteilungskriterien für Lei- stungen in der Schule; Mitwirkungsmöglichkeiten	5 9
Freizeit, Schule/ Interaktion, Kommunikation, Mitbestimmung	„Uli darf nicht mitspielen!“ Rollenverhalten in Spielgruppen	Formelle und informelle Gruppen, Vorurteile, Gruppenverhalten, Konflikte in Gruppen, der Außenseiter	9 6
Freizeit, Familie/ Mitbestimmung, Interaktion	„Was tun wir am Wochenende?“ Gegensätzliche Wünsche bei der Freizeitplanung und Probleme ihrer Verwirklichung	Bedürfnisse und Ansprüche von Eltern und Kindern; Autoritäts- probleme; Freizeitaktivitäten in verschiedenen Gruppen; Problem- regelungen	7 7
Familie/Interaktion, Konsum	„Nur ein Mädchen!“ Verhaltens- erwartungen gegenüber der Frau und dem Mann in der heutigen Gesellschaft	Sprachverhalten, Erziehungspraktiken, Rollennachahmung geschlechtsspezifische Sozialisation; Leitbilder von Weiblichkeit, Männlichkeit, Vermittlung von Leitbildern	3 9

Themenkatalog für die Klassen 5/6

Lernfeld:	Wirtschaft
Inhaltlicher Schwerpunkt:	Die Bedeutung von Produktion und Konsum für den einzelnen <ul style="list-style-type: none"> - Tausch als Ausdruck der gegenseitigen Abhängigkeit und seine Medien (Naturalien/Geld) - Die Teilung der Arbeit und ihre wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen - Die Bedeutung der Arbeit für die Gesamtproduktion und für den einzelnen - Fülle der Bedürfnisse, Knappheit der Ressourcen, Entscheidungsprobleme - Produktion, Konsum und Umwelt

Situationsfelder/ Handlungstypen	Thema	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
Familie, Arbeitswelt/ Interaktion, Vorsorge	„Vater ist wieder überarbeitet!“ Wirkung der Arbeitswelt auf die Familie	Arbeitsplatzbedingungen an ausgewählten Beispielen; Schlüssel- und Hortkinder; Verhaltensprobleme infolge beruflicher Überlastung (Müdigkeit, Aggression, Desinteresse), jedoch auch Erfüllungsmöglichkeiten durch Berufstätigkeit	7 1
Arbeitswelt/ Produktion, Vorsorge	„Warum mußt Du eigentlich immer arbeiten?“ Zweck und Funktion der Berufsausübung	Bedürfnisbefriedigung und Arbeit; Erwerbszwang und Lebensstandard; Arbeitsteilung als Existenzgrundlage der Gesellschaft; Berufstätigkeit der Frau	12 8 7
Familie, Markt/Produktion, Konsum	„Ich brauche mehr Taschengeld!“ Problem des Haushaltens, Funktion des Geldes	Familienbudget; Einnahmen, Ausgaben, Sparen, Prioritätenliste, Entscheidungsprobleme; Funktion des Geldes: Tauschmittel, Wertaufbewahrungsmittel, gesetzliches Zahlungsmittel, Wertmaßstab, Geld und Kaufkraft (Geldwertstabilität)	8 7
Arbeitswelt, Staat/Produktion, Vorsorge	„Wohin mit dem Dreck?“ Umweltverschmutzung in Industrieregionen	Wirtschaftswachstum und Umweltschutz; ökologisches Gleichgewicht; Auswirkungen auf den einzelnen; Kosten des Umweltschutzes, z. B. Übertragung auf den Verursacher oder die Gesellschaft; Verhaltensänderungen, Handlungschancen	4 5 11

Themenkatalog für die Klassen 5/6

Lernfeld:	Öffentlichkeit
Inhaltlicher Schwerpunkt:	<p>Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bedürfnisse und Interessen als Grundlage für Meinungen und Einstellungen – Informationen als Bestätigung oder Korrektiv: Wahrnehmungsprobleme – Beschaffung von Informationen – Einflußmöglichkeiten durch Produktion und Rezeption von Informationen – Interessen und Interessenkonflikte im politischen Erfahrungsbereich – Möglichkeiten ihrer Regelung – Mitwirkungsmöglichkeiten in Schule und Gemeinde

Situationsfelder/ Handlungstypen	Thema	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
Staat/Mitbestimmung, Organisation/Herrschaft	„Spielplatz oder Parkplatz?“ Politische Entscheidungen auf kommunaler Ebene	Spielen als Grundbedürfnis; Kommunalverfassung; Interessensgegensätze und deren Austragung im kommunalen Bereich; Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger und Bürgerinnen (Bürgerinitiative)	5
			2
Schule/ Mitbestimmung	„Schüler vertreten Schüler“ Mitbestimmung in einer sozialen Organisation	Wahlverfahren; gebundenes oder freies Mandat, Motiv der Wahlentscheidung; Aufgabe und Wirksamkeit der SV; Gebiete der Mitbestimmung	2
Öffentliche Meinung/ Kommunikation	„Das hat sogar in der Zeitung gestanden!“ Informationsgehalt und Meinungsbeeinflussung	Die Zeitung als Informationsmedium (Typen und Zielgruppen von Zeitungen und Illustrierten); politische Ausrichtung von Zeitungen; Lesegewohnheiten und Sprachbarriere; wie wird eine Nachricht gemacht?	3
Öffentliche Meinung/ Kommunikation, Produktion	„Bilder lügen nicht! Lügen Bilder wirklich nicht?“ Informationsgehalt und Meinungsbeeinflussung	Überzeugungskraft von Bildern (Foto, Film, Fernsehen), Rezipientenverhalten, Wahrnehmung und Vorurteil, Manipulationstechniken	3

Themenkatalog für die Klassen 5/6

Lernfeld:	Nationale und internationale Beziehungen
Inhaltlicher Schwerpunkt:	<p>Individuelle Betroffenheit durch das Leben von Menschen in unterentwickelten Ländern bzw. Regionen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bedürfnisse von Menschen anderer Gesellschaften - Vergleich der Bedürfnisbefriedigung in der eigenen und in anderen Gesellschaften - Notwendigkeit und Formen der Entwicklungshilfe - Probleme der Integration von Ausländern

Situationsfelder/ Handlungstypen	Thema	Inhalte und Probleme	Qualifi- kationen
Weltgesellschaft/ Vorsorge	„Wie leben Kinder in . . .?“ Wege und Probleme der Entwick- lungshilfe	Hilfsorganisationen und ihre Funktion; Kinder in der Dritten Welt;	10
		Entwicklungshilfe; karitative Spende oder strukturelle Verbesse- rung; Bevölkerungsentwicklung	11
Staaten/Vorsorge, Interaktion	„Nimmt der Türke meinem Vater die Arbeit weg?“ Problem der Integra- tion ausländischer Arbeitnehmer	Rekrutierung ausländischer Arbeitnehmer bei Voll- und Über- beschäftigung, Konkurrenz zu deutschen Arbeitnehmern in Zeiten	10
		der Unterbeschäftigung, Recht auf dauernden Wohnsitz und Familienzusammenführung, Ethnozentrismus, Auto- und Hetero- stereotype, Integrationsprobleme	9 12

Themenkatalog für die Klassen 7/8

Lernfeld:	Gesellschaft
Inhaltlicher Schwerpunkt:	Verhaltensprägung und -steuerung durch Gruppen – Bedingungen und Auswirkungen von Sozialisation – Abweichendes Verhalten als Ergebnis individueller und gruppenspezifischer Sozialisation – Vorurteile als Reaktion auf Minderheiten und Randgruppen – Zusammenhang zwischen sozialen Chancen und schichtspezifischer Sozialisation – Möglichkeiten zur sozialen Integration durch die Sozialisationsinstanz Schule

Situationsfelder/ Handlungstypen	Thema	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
Freizeit/ Interaktion	„Ich lasse mir doch von Dir nichts sagen!“ Aggressives Verhalten von Jugendlichen	Rockerproblem; Formen und Ursachen von Aggressionen; Orientierungsschwierigkeiten von Jugendlichen; Frustrationserscheinungen; Probleme der Bildungschancen von Jugendlichen; Generationsprobleme	6 9
Übergreifend*)/ Interaktion	„Vor dem mußt Du Dich in acht nehmen!“ Vorurteile gegenüber Minderheiten	Minderheiten und Randgruppen (z. B. Obdachlose, Gastarbeiter); andersartige Denk- und Lebensgewohnheiten; Selbst- und Fremdbilder, Feindbilder, Stereotyp und Gruppenkonformität	6 9 10
Familie/ Kommunikation, Vorsorge	„Bei uns gibt es so etwas nicht!“ Schichtenspezifisches Verhalten	Faktoren der Sozialisation, z. B. soziale Normen, wirtschaftliche Bedingungen, Bildungsangebote; soziale Schichtung; Erziehungsstile und ihre Folgen, Probleme der Sprachbarriere; Bildungschancen und soziale Schichtung, Lösungsmöglichkeiten für Sozialisationsprobleme, z. B. Schulreformen	5 6 8 12
Freizeit/Vorsorge, Konsum, Mitbestimmung	„Über meine Freizeit bestimme ich allein!“ Möglichkeiten und Grenzen des Freizeitverhaltens	Auf dem Wege zur Freizeitgesellschaft; Freizeitaktivitäten und ihre Leitbilder; Umweltproblem; Freizeitindustrie	7 1 9, 12
Familie, Freizeit, Schule/Kommunikation, Konsum, Vorsorge	„Flucht in die Droge!?“ Versuche von Problemlösungen und ihre Risiken	Ursachen von Drogenkonsum (individuelle Probleme, Gruppendruck, Konsumversprechen); Drogenkarriere; biologisch-soziale Wirkungen und Folgen von Drogen; illegale und legale Drogen, Drogenmarkt, rechtliche Bestimmungen; Therapieversuche	8 3 9

*) „übergreifend“ wird immer dann eingesetzt, wenn ein Thema mehrere Situationsfelder umfaßt.

Themenkatalog für die Klassen 7/8

Lernfeld:	Wirtschaft
Inhaltlicher Schwerpunkt:	Konsument und Arbeitnehmer in der Sozialen Marktwirtschaft
	– Funktionsweise des Marktes
	– Abhängigkeit des Konsumenten vom Markt und seine Einflußmöglichkeiten auf den Markt
	– Möglichkeiten und Grenzen der sozialen Sicherung
	– Betriebliche Leistungserstellung und Humanisierung der Arbeitswelt

Situationsfelder/ Handlungstypen	Thema	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
Freizeit, Markt/ Kommunikation, Konsum, Produktion	„Man kann alles verkaufen!“ Funktion der Werbung in der Marktwirtschaft	Funktion der Werbung: Information, Förderung des Wettbewerbs und der Markttransparenz; Bedürfnisweckung; Manipulation durch Werbung, Analyse von Werbetechniken; Aufwendungen für Werbung, die Werbeindustrie	3
			7
Markt, Konsum	„Da muß man doch zugreifen!“ Das Konsumentenverhalten und seine Wirkungen auf das Markt- geschehen	Angebot, Nachfrage, Markt, Preis, Markttransparenz, Elastizität, Präferenzen, Konzentrationsprozeß auf der Angebotsseite – Atomisierung auf der Nachfrageseite; Verbraucherinformation und -organisation, Verbraucherschulung, Eigeninitiativen von Konsumenten, Käuferstreiks	1
			2
			8
Arbeitswelt/ Vorsorge	„Sicherheit für alle!“ Zukunfts- sicherung von Arbeitnehmern	Grenzen individueller Vorsorge (Alter, Krankheit, Unfall, Arbeits- losigkeit); Sozialversicherungssystem; staatliche Fürsorge; Sozialstaatsprinzip, Kosten des Sozialstaats, Sozialgerichts- barkeit, individuelle Vorsorge, Versicherungen, Eigentum	5
			8
			11
Arbeitswelt, Markt/Produktion	„Gerechter Lohn?“ Unter- schiedliche Bewertung der Arbeitsleistung	Produktivität, Arbeitszeit; Status, Verantwortung, Ausbildung, Bezahlung nach Alter und Geschlecht, Leistungslohn – Soziallohn; unterschiedliche Besteuerung nach sozialen Gesichtspunkten; Arbeitsmarkt, Tarifautonomie, Lohn-Preis- oder Preis-Lohn- Spirale	5
			8
			12
Arbeitswelt, Beruf/Produktion, Interaktion	„Arbeit – nur ein Kostenfaktor?“ Problem der Arbeitsorganisation und der Humanisierung der Arbeit	Der Konflikt zwischen dem Ziel der Kostenminimierung und dem Anspruch auf Humanisierung der Arbeitswelt; Arbeit als Selbst- verwirklichung des Menschen, Problem der Entfremdung, Konsequenzen der Arbeitsteilung	5
			7
			8
			12

Themenkatalog für die Klassen 7/8

Lernfeld:	Öffentlichkeit
Inhaltlicher Schwerpunkt:	Regeln als Begrenzung und Begründung von Macht – Merkmale der parlamentarischen Demokratie – Funktionen der Parteien in der parlamentarischen Demokratie – Gewaltenteilung und Machtkontrolle im parlamentarischen System – Das Verhältnis von Rechtssicherung und staatlicher Gewalt – Partizipationsmöglichkeiten in Institutionen

Situationsfelder/ Handlungstypen	Thema	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
Schule/ Interaktion, Mitbestimmung	„Wenn wir den Unterricht machen dürften ...“ Schule und Unterricht zwischen Lenkung und Mitentscheidung	Entscheidungsspielräume für Lehrer und Lehrerinnen und Schüler und Schülerinnen; Rolle der Lehrer/innen, der Schüler/innen; Lehrplan und Absichten der Schüler und Schüleinnen; Mitwirkungsmöglichkeiten und Grenzen (z. B. bei der Notengebung)	5 9
Staat/ Organisation/ Herrschaft	„Jetzt rufe ich die Polizei!“ Staatliche Gewaltanwendung und ihre Grenzen im Rechtsstaat	Der Rechtsstaat und seine Merkmale; Grundgesetzgarantien; individuelle Ansprüche; Regelungen der Rechtsordnung; Bürger und Verwaltung; Rechtsnormen und Verfassungsprinzipien	1 5 6
Parteien, Staat/ Mitbestimmung	„Müssen Politiker streiten?“ Die Funktion der Parteien bei der politischen Willensbildung	Parteien in der parlamentarischen Demokratie; Öffentlichkeit und Parteien; politische Willensbildung, Entscheidungsmöglichkeiten für die Wähler und Wählerinnen; Parteiprogramme; Führungsoligarchien in den Parteien und Verbänden; plebiszitäre Elemente, Parteienfinanzierung, Wählerinitiativen	4 6
Staat/ Organisation/ Herrschaft	„Kommt es nur auf den Kanzler an?“ Die Machtverteilung im parlamentarischen System	Parlament – Regierung; Verwaltung; Probleme der Gewaltenteilung und Machtverteilung im Parteienstaat; Unabhängigkeit der Justiz; Parteien im parlamentarischen System	1
Öffentliche Meinung/ Kommunikation, Mitbestimmung	„Gespräch mit dem Zuschauer?“ Der einzelne und die Medien	Hör-, Seh- und Lesegewohnheiten, Leserbriefe, Zuschauerinitiativen; Presserecht; Funktion des Kritikers; Einwirkungsmöglichkeiten auf Medien	2

Themenkatalog für die Klassen 7/8

Lernfeld:	Nationale und internationale Beziehungen
Inhaltlicher Schwerpunkt:	Konfrontation mit unterschiedlichen Systemen
	– Kennzeichen für entwickelte und unterentwickelte Gesellschaften sowie für Länder mit unterschiedlichen Systemen
	– Soziokulturelle, ökonomische und historische Gründe für Unterschiede und Gemeinsamkeiten
	– Einstellungen gegenüber anderen Gesellschaften und Maßstäbe der Bewertung

Situationsfelder/ Handlungstypen	Thema	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
Staaten, Weltgesellschaft/ Interaktion, Vorsorge	„Wer arm ist, ist selbst dran schuld!“ Zur Problematik von Entwicklung und Unterentwicklung	Gesellschaftliche und wirtschaftliche Situationen von Ländern der 3. und 4. Welt, Ursachen und Hintergründe der Unterentwicklung, Ziele und Motive der Entwicklungspolitik, Verfahren und Konsequenzen der Entwicklungsförderung, Teufelskreis der Armut	10 11
Staaten/ Interaktion	„2 × Deutschland!“ Leben in unterschiedlichen Systemen	Systemunterschiede in: Schule, Jugend, Sport, Freizeit; Problem des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft	10

Themenkatalog für die Klassen 9/10

Lernfeld:	Gesellschaft
Inhaltlicher Schwerpunkt:	Gesellschaftsstrukturen und sozialer Wandel
	– Gesellschaftsstrukturen als Ausdruck sozialer Ungleichheit
	– Erklärungsansätze zur sozialen Ungleichheit
	– Sozialer Wandel in Arbeitswelt, Familie und Erziehung
	– Mitbestimmung in wirtschaftlichen und sozialen Gruppen

Situationsfelder/ Handlungstypen	Thema	Inhalte und Probleme	Qualifi- kationen
Übergreifend/ Interaktion, Vorsorge	„Gleichheit oder Gleichheit der Chancen?“ Die Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik Deutschland	Formen sozialer Ungleichheit, Schicht- bzw. Klassenstruktur der Bundesrepublik (Modelle), Gründe für die soziale Ungleichheit (Einkommen, Vermögen, Macht, Bildung usw.), Gesellschaftspolitik (Verteilungs-, Vermögens-, Bildungspolitik) als Weg zur größeren sozialen Gleichheit	1 5
Familie/ Interaktion, Mitbestimmung	„Kleinfamilie – Großfamilie – Wohn- gemeinschaft?“ Möglichkeiten des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft	Probleme der Veränderung der Familie in der Industriegesellschaft; Bedeutung der Familie und der Verwandten; sog. „Kernfamilie“; andere Organisationsformen; Wandel in der Kindererziehung, Hausarbeit, Berufstätigkeit; Rollenverteilung und Autoritätsstruktur	5 6 8 11
Arbeitswelt/ Kommunikation	„Berufswahl eine Wahl?“ Die Berufswahl zwischen Zwängen und persönlichen Wünschen	Informationsmöglichkeiten; Neigungen – Fähigkeiten, Anforde- rungen, spezifische Berufsausbildung und berufliche Mobilität, Modeberufe, Frauenberufe, Beruf und Status, Weiterbildung	2 7 12
Übergreifend/ Produktion, Organisation/ Herrschaft	„Überrollt uns der technische Fortschritt?“ Sozialer Wandel in der Industrie- gesellschaft	Historischer Überblick: von der Agrargesellschaft zur Industrie- gesellschaft, vom Handwerk zur Automation; Ursachen: Ent- wicklung von Technik und Produktion; Veränderung von Werten, Normen und Wissenschaften; Veränderung von Organisation und Institution; Probleme: Sicherung von Arbeitsplätzen, des ökolo- gischen Gleichgewichts, der Ressourcen und der menschlichen Identität	2 11 12
Übergreifend/ Mitbestimmung, Organisation/ Herrschaft	„Wer arbeitet soll auch mitbestimmen!“ Probleme der Mitbestimmung bzw. Partizipation in Gesellschaft und Wirtschaft	Formen der Mitwirkung und Mitbestimmung (paritätische und nicht- paritätische); Begründung und Voraussetzung für Mitbestimmung in Betrieben und gesellschaftlichen Organisationen, spezifische Probleme der Mitbestimmung (Partizipation in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Institutionen: Betrieb, Familie, Schule, Verein, Partei)	2 5 12

Themenkatalog für die Klassen 9/10

Lernfeld:	Wirtschaft
Inhaltlicher Schwerpunkt:	Chancen und Grenzen von Markt und Planung
	– Der Markt – Modell und Wirklichkeit
	– Unterschiedliche Positionen der Marktpartner
	– Marktmacht – wirtschaftliche Macht – politische Macht
	– Verhältnis von Markt und staatlicher Lenkung
	– Ordnungspolitik des Staates

Situationsfelder/ Handlungstypen	Thema	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
Markt, Familie/ Konsum, Vorsorge, Produktion	„Ist die Wohnung eine Ware?“	Wohnung als existentielles Bedürfnis, Preisbildung auf dem	1
	Probleme der marktwirtschaftlichen	Wohnungsmarkt; Vertragsfreiheit; Verfügungsgewalt über Eigentum,	5
	Ordnung am Beispiel des	Sozialbindung des Eigentums, Mieterschutz, staatliche Schutz- und	6
	Wohnungsmarktes	Fördermaßnahmen	8
Arbeitswelt/ Mitbestimmung	„Arbeitsfriede oder Streik?“	Organisierte Interessenvertretung im Betrieb (Lehrlingsinteressen	5
	Interessenvertretung und Konflikt- regelung in der Arbeitswelt	und betriebliche Mitbestimmung), Gruppeninteressen und gesamt-	2
		gesellschaftliche Notwendigkeiten; Verbandsstatuten; Arbeitsplatz-	6
		konflikte und ihre Austragung; Mißbrauch organisierter Macht;	12
Möglichkeiten der Konfliktregelungen, Tarifauseinandersetzungen, Streiks, Aussperrung			
Arbeitswelt, Markt/ Produktion	„Ist die Soziale Marktwirtschaft	Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung; die Produktionsfaktoren	1
	sozial?“	und ihre Organisationsformen; Soziale Marktwirtschaft oder	2
	Grundfragen der sozialen Marktwirtschaft	„Spätkapitalismus“, staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaft, Kartellgesetz, Stabilitätsgesetz, Globalsteuerung, „Magisches Polygon“	8
Familie, Freizeit, Staat/ Produktion, Konsum	„Zukunft ohne Auto?“	Probleme der Lebensqualität (quantitatives – qualitatives	11
	Voraussetzungen und Probleme der Wachstumspolitik	Wachstum); Möglichkeiten zur Feststellung des Wachstums, Sozial- produkt, Problematik der Meßinstrumente; Vor- und Nachteile des ökonomischen Wachstums, wachsender Wohlstand, Erschöpfung natürlicher Ressourcen, Umweltbelastungen; Alternativen zur Wachstumspolitik und deren Konsequenzen	

Situationsfelder/ Handlungstypen	Thema	Inhalte und Probleme	Qualifi- kationen
Arbeitswelt, Markt/ Vorsorge	„Arbeit – ein soziales Recht?“ Probleme der Arbeitslosigkeit	Struktur der Arbeitslosigkeit, Problemgruppen, individuelle und gesellschaftliche Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, konjunkturelle und strukturelle Ursachen der Arbeitslosigkeit	1 5, 8 12

Themenkatalog für die Klassen 9/10

Lernfeld:	Öffentlichkeit
Inhaltlicher Schwerpunkt:	<p>Politische Entscheidungsprozesse im parlamentarischen Rechtsstaat</p> <ul style="list-style-type: none"> – Soziale Konflikte und Möglichkeiten ihrer Regelung – Wahlen als Legitimation demokratischer Staatsformen – Reaktionen der repräsentativen Demokratie auf unterschiedliche Formen der Herausforderung – Verhältnis von Demokratie und Herrschaft

Situationsfelder/ Handlungstypen	Thema	Inhalte und Probleme	Qualifi- kationen
Schule/ Mitbestimmung, Organisation/ Herrschaft	„Gibt es eine richtige Schulordnung?“ Konflikte im Schulleben	Rollenkonflikte, Interessenkonflikte, Aufgaben der Schule, Erwartungen der Gesellschaft; Möglichkeiten der Konfliktregelung, Grundrechtsgeltung, Verantwortlichkeit der Länderparlamente	5 9
Parteien, Staat/ Mitbestimmung	„Welche Wahl hat der Wähler?“ Politische Wahlen in der Bundesrepublik	Kandidatenaufstellung; Stellung der Parteien, der Beschlußgremien; Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen; Handlungschancen der Bürger und Bürgerinnen, 5 %-Klausel	2 4
Verbände/ Parteien, Staat/ Mitbestimmung	„Macht oder Ohnmacht des Bürgers nach der Wahl?“ Chancen politischer Beteiligung	Situation der Bürger und Bürgerinnen nach der Wahl: Handlungsmöglichkeiten im Rahmen des politischen Systems während der Legislaturperiode, bei der Einflußnahme auf Initiativen; politische Verhaltensmöglichkeiten gegenüber Mandatsträgern und Behörden	2

Staat, öffentliche Meinung/ Organisation/ Herrschaft, Mitbestimmung, Vorsorge	„Terrorismus – eine Gefahr!“ Die Herausforderung von Staat und Gesellschaft durch Terrorismus	Erscheinungsformen von Terrorismus (national und international), Methoden des Terrorismus; Erklärungsversuche des Phänomens Terrorismus; gesellschaftliche und staatliche Reaktionen, Gefährdung von Staat und Gesellschaft durch Terrorismus	1 5
Staat, Verbände, Parteien/ Mitbestimmung, Organisation/ Herrschaft	„Bürgerinitiativen – Krisen der repräsentativen Demokratie?“ Bürgerinitiativen als Ausdruck politischen Engagements	Bürgerinitiativen als Ausdruck eines neuen politischen Engagements; Ursachen und Hintergründe, Gruppeninteressen versus Institutionen, Legitimationsprobleme: legitimes Partizipationsinstrument	2 5
Öffentliche Meinung/ Kommunikation	„Information oder Manipulation?“ Aufgaben und Arbeitsweise der Massenmedien	Die politische Funktion der Massenmedien; Verhältnis der Jugendlichen zu den Massenmedien; Meldung und Meinung; wer bestimmt, was veröffentlicht wird? Information als Ware?	3

Themenkatalog für die Klassen 9/10

Lernfeld:	Nationale und internationale Beziehungen
Inhaltlicher Schwerpunkt:	Strukturen und Konflikte in internationalen Beziehungen – Systemvergleich zwischen Staaten mit unterschiedlicher sozialer, politischer und wirtschaftlicher Ordnung – Integrationsfördernde und -hemmende Faktoren in internationalen Zusammenschlüssen – Der Ost-West-Konflikt – Formen und Probleme der Friedenssicherung – Der Nord-Süd-Konflikt als weltweite Herausforderung

Situationsfelder/ Handlungstypen	Thema	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
Staaten, Welt- gesellschaft, Macht/ Interaktion/ Mitbestimmung	„Nationaler Egoismus oder inter- nationale Kooperation?“ Von den Möglichkeiten und Grenzen weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit	Aufgabe von Souveränitätsrechten bei internationalen Zusammen- schlüssen; ökonomische Strukturveränderungen aufgrund internationaler Abhängigkeiten; Probleme der Kommunikation (Sprachvielfalt) und Bildungspolitik; Fernziel: „Weltinnenpolitik“; Typologie des Nationalismus	3 11
Staaten, Welt- gesellschaft, Organisation/ Herrschaft, Vorsorge	„Friede – notfalls mit Gewalt?“ Bundeswehr und Friedenssicherung	Wechselwirkung zwischen Krieg und Frieden; Einstellungen zum Wehrdienst und Zivildienst; Formen und Probleme der Friedens- sicherung; Bedingungen eines positiven Friedens (Realutopien)	6 10 11
Staaten, Organisation, Herrschaft, Mitbestimmung	„Nation Europa?“ Probleme der europäischen Einigung	Konflikte zwischen nationalen und supranationalen Interessen, integrationshemmende und -fördernde Faktoren (politische, ökonomische, historische), Aufgaben und Aufbau der supra- nationalen Institutionen, historische Beispiele für die europäischen Integrationsbemühungen	2 10
Staaten, Markt/ Interaktion, Organisation/ Herrschaft	„Wettkampf der Systeme“ Systemvergleich	Pluralismus – demokratischer Zentralismus; Marktwirtschaft – Zentralverwaltungswirtschaft; Divergenz oder Konvergenz der Systeme	10 6 3
Staaten, Welt- gesellschaft/ Interaktion, Vorsorge	„Entwicklungshilfe – Aufforderung zu unerwünschter Konkurrenz?“ Das Verhältnis zwischen „reichen“ und „armen“ Ländern	Kriterien der Unterentwicklung, soziokulturelle Faktoren in Ländern der 3. und 4. Welt; Konzepte der Entwicklungspolitik, z. B. Kapital- hilfe und Technologietransfer; Kriterien zur Beurteilung von Entwick- lungsprojekten, z. B. Hilfe zur Selbsthilfe; Aufdeckung, Abbau von Vorurteilen	3 11

3.2.3 Anforderungen an einen schulinternen Lehrplan für die Sekundarstufe I

Um die Anforderungen der Richtlinien zu sichern, sind die Fachkonferenzen verpflichtet, einen schulinternen Lehrplan auszuarbeiten.

Der schulinterne Lehrplan ist so anzulegen, daß im Laufe der gesamten Sekundarstufe I alle 12 Qualifikationen des Politikunterrichts angezielt werden. Sie stellen seinen obligatorischen Kern dar. Die Richtlinien schreiben außerdem einen weiten Rahmen vor, wie ein Themenplan zu konstruieren ist: Jedes Lernfeld muß mit seinem inhaltlichen Schwerpunkt in einem Doppeljahrgang behandelt werden.

Diese Obligatorik soll einer verkürzten Auswahl von Dimensionen und Problemen des Faches durch Lehrer/innen und Schüler/innen vorbeugen und auf einer Ebene recht hoher Allgemeinheit wesentliche fachliche und gegenständliche Strukturen verbürgen. Der Aufbau von Denk-, Urteils- und Handlungsstrukturen wird durch die wiederholte Behandlung von Lernfeldern auf jeweils komplexerem Niveau angestrebt (Spiralstruktur des Curriculums).

Trotz der Obligatorik bleibt der Lehrerentscheidung viel Raum. Denn nur die konkrete Bedingungsanalyse kann Auswahl und Formulierung von Themen so leiten, daß auch die gegenwärtigen Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen berücksichtigt werden. Nur durch gemeinsame Nutzung von Spielräumen können die Erfahrungen der Schüler und Schülerinnen in den Unterricht hineingenommen werden. Diese Ausrichtung am Schülerinteresse genügt zugleich den Anforderungen, daß die Themen konkret, aktuell, wirklichkeitsnah und konflikthaltig sein sollen, so daß die Vermittlung zwischen zukünftigen und gegenwärtigen Schülerbedürfnissen ermöglicht wird. Nicht nur die Wahl und Formulierung von Themen ist für die Lehrer- und Schülerentscheidung recht offen, auch die Methodenauswahl und die präzise inhaltliche Ausgestaltung des Unterrichts für die jeweilige Lerngruppe bleiben der didaktischen Planung überlassen.

Es ist notwendig, daß die Fachkonferenzen Politik einen schulinternen Lehrplan aufstellen, damit

- Absprachen mit anderen Fächern erfolgen können,
- die Kontinuität des Lernprozesses der Schüler und Schülerinnen gesichert ist,
- die Vergleichbarkeit des Faches innerhalb einer Jahrgangsstufe gewährleistet ist,
- die Lernvoraussetzungen für den Übergang von Schülern und Schülerinnen in die Sekundarstufe II besser vergleichbar sind.

Dieser schulinterne Lehrplan muß den Festlegungen der Richtlinien und anderer Erlasse genügen:

- Im Laufe der Sekundarstufe I müssen alle 12 Qualifikationen des Curriculums die Zielrichtung des Unterrichts bestimmen.
- In jedem Doppeljahrgang muß jedes Lernfeld mindestens einmal vertreten sein. Diese Bedingung gilt auch, wenn laut Stundentafel nur in einem der beiden Schuljahre Politik unterrichtet wird.
- Die Forderungen, die in besonderen Grundsatzergänzungen des Kultusministers zur politischen Bildung enthalten sind, müssen – in Absprache mit anderen Fächern – verwirklicht werden.
- Allerdings kann bei längerfristigem Ausfall des Politikunterrichts von der Einhaltung dieser Bedingungen abgesehen werden. In solchen Fällen muß aus dem Kanon der 12 Qualifikationen, der vier Lernfelder und der Erlasse zur politischen Bildung eine an die Verhältnisse angepaßte Auswahl getroffen werden.

Es ist zu berücksichtigen, daß die Themen eines Doppeljahrgangs in einem Lernfeld als weitgehend gleichwertig gelten, so daß aus einer Themengruppe bestimmte Themen von Lehrern/innen und Schülern/innen nach Kriterien wie Aktualität, Betroffenheit und Schülerinteresse ausgewählt und formuliert werden können. Die Fachkonferenz muß prüfen, ob eine Festlegung auf bestimmte Rahmenthemen für alle Parallelklassen sinnvoll ist. Ein schulinterner Lehrplan darf in keinem Fall jedes einzelne Thema oder gar Teilinhalte festlegen. Es muß im schulinternen Lehrplan hinreichender Freiraum gegeben sein, damit Lehrer/innen und Schüler/innen aktuell dringliche Themen verabreden können.

3.2.4 Anordnung und Übersicht der Themen für die Sekundarstufe II (berufliche Schulen)

Der Politikunterricht der beruflichen Schulen*) steht zusammen mit deren anderen Fächern unter dem Bildungsanspruch der Sekundarstufe II, die Schüler und Schülerinnen

- für die Berufspraxis vorzubereiten bzw. sie zu begleiten
(die Arbeitsorientierung wird zunehmend auf Berufsfelder oder bestimmte Berufe konzentriert),
- zum Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zu befähigen
(die Wissenschaftsorientierung wird methodisch vertieft),
- in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu fördern
(die Identitätsorientierung soll zur Ausbildung einer mündigen Persönlichkeit beitragen).

Eine vertiefende Wissenschaftsorientierung gilt in gleicher Weise für die studienbezogenen wie die berufsbezogenen Bildungsgänge, da in der Wirtschafts- und Arbeitswelt das technologische und naturwissenschaftliche Denken und Handeln eine Schlüsselrolle einnehmen. Darüber hinaus muß sich der Politikunterricht nicht nur an sozialwissenschaftlichen, sondern auch an historischen Methoden und Inhalten orientieren.

Die heterogenen Bedingungen der Sekundarstufe II, die verschiedenartigen Schullaufbahnen der Schüler und Schülerinnen, ihr unterschiedlicher Stand in der Persönlichkeitsentwicklung, die Abstufungen im Berufsbezug, die Breite der verschiedenen Abschlußmöglichkeiten usw. lassen eine aufeinanderaufbauende Differenzierung nach mehreren Vertiefungsgraden sozialwissenschaftlicher Propädeutik zweckmäßig erscheinen: Anknüpfend an die Vermittlung elementarer Denk- und Arbeitsweisen sollen einzelwissenschaftliche und gegenstandsspezifische Erklärungsansätze eingeführt werden; zusammen bieten sie eine Grundlage für Theorie- und Methodenreflexion. Diese Schritte sozialwissenschaftlichen Denkens stellen in ihrem hinführenden Charakter eine Einheit dar und eignen sich nicht zur abschlußbezogenen Unterscheidung von Lernangeboten.

Es widerspräche allerdings dem Grundanliegen des Politikunterrichts, wenn die Einführung in die Methoden und Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Disziplinen zum Selbstzweck würde. Der sozialwissenschaftliche Zugang zur politisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit muß mit dem Zugang über das Alltagswissen verknüpft werden (vgl. Kapitel 1.1).

Die folgende Übersicht über die Unterrichtsthemen des Politikunterrichts entspricht dem gleichen Grundaufbau wie in der Sekundarstufe I: Sie setzt sich aus

- den vier Lernfeldern und
- einer vertikalen Anordnung nach drei Schwerpunkten

*) insbesondere alle Schulen des beruflichen Schulwesens mit dem Unterrichtsfach Politik, vgl. zu den übrigen Schulformen die Regelung des Einführungserlasses auf S. 4.

zusammen. Damit ist einerseits eine spiralförmige Themenfolge in den verschiedenen Schulformen der Sekundarstufe II vorgesehen und andererseits ein Anschluß an die Themenstruktur des Politikunterrichts in der Sekundarstufe I gegeben.

Damit wird ein Beitrag zu einer besseren Durchlässigkeit innerhalb der Sekundarstufe II und zu einer kontinuierlichen politischen Bildung über beide Sekundarstufen hinweg geleistet. Eine Themenstruktur für die Sekundarstufe II kann allerdings nicht die der Sekundarstufe I einfach linear im Sinne einer Komplexitäts- und Leistungssteigerung verlängern. Gerade im Bereich des Übergangs (Klasse 9/10 – Schwerpunkt 1) sind Überlappungen notwendig, weil die Lernvoraussetzungen der Schüler und Schülerinnen sehr unterschiedlich sind. Auch die neuen Lebensbedingungen und Bildungsmöglichkeiten der Schüler und Schülerinnen erfordern ein modifiziertes Aufbauprinzip, das insbesondere Methodenlernen systematischer einbezieht.

Die drei Schwerpunkte sollen einen geordneten Aufbau bei der Erschließung der politisch-sozialen Wirklichkeit durch die Schüler und Schülerinnen unterstützen. Sie können nicht einzelnen Schülerjahrgängen (11., 12., 13. Klasse) zugeordnet werden, da in vielen Schulen der Sekundarstufe II die Lerngruppen überwiegend nicht als Jahrgangsklassen gebildet werden oder auch nicht altershomogen zusammengesetzt sind. Die Einteilung der Schwerpunkte orientiert sich vielmehr an Phasen des Weges durch die schulische Berufsausbildung.

Jeder Schwerpunkt legt jeweils eine Perspektive für die Behandlung der Inhalte in den vier Lernfeldern fest. Der Unterschied zwischen den drei Schwerpunkten besteht im Grad der methodischen Vertiefung sozialwissenschaftlichen Lernens. Sie stellen drei verschiedene Anforderungsniveaus dar.

Man muß berücksichtigen, daß keine eindeutigen Verknüpfungen von Themen und Methodenbereichen gelingen können; wenn in der Themenübersicht jedes Thema doch unter einem bestimmten Schwerpunkt ausgewiesen ist, so kann dies nur bedeuten, daß hier der curriculare Vorschlag gemacht wird, ein Thema schwerpunktmäßig unter Nutzung besonders dieser Methoden zu unterrichten; ein Ausschließlichkeitsanspruch für die jeweils angegebene Verknüpfung wird nicht erhoben. Die Einbeziehung von einzelnen Methoden aus einem anderen Schwerpunkt ist nicht nur möglich, sondern im Sinne der Verdeutlichung von thematischen und methodischen Zusammenhängen als Vor- und Rückgriff in den einzelnen Unterrichtseinheiten auch wünschenswert. Die vorgeschlagene Themenübersicht ist lediglich ein curriculares Ordnungsinstrument, das, von methodischen Erschließungsmöglichkeiten der Inhalte ausgehend, eine didaktische Systematisierung anstrebt, die ein breites Spektrum für die Themenauswahl eröffnet. Der Grundintention dieses Themenrahmens, einen abgestimmten und schrittweisen Aufbau methodischer Fähigkeiten und inhaltlichen Wissens aller Schüler und Schülerinnen in allen Schulformen zu ermöglichen, widerspricht es, wenn mit Bezug auf die Themenübersicht einzelne Lerngruppen von bestimmten Methodenbereichen ausgeschlossen werden.

Im 1. Schwerpunkt stehen die politisch-sozialen Phänomene in den unmittelbaren Handlungs- und Erfahrungsbereichen der Schüler und Schülerinnen im Vordergrund; sie sollen im Rückgriff auf elementare sozialwissenschaftliche Denk- und Arbeitsweisen (sich informieren, beobachten, beschreiben, Erfahrungen deuten und auswerten) erschlossen werden. Die unter diesen Gesichtspunkten ausgewiesenen Themenkreise eignen sich insbesondere für die Grund- und Anfangsphase beruflicher Bildung; Überlappungen mit der Abschlußphase der Sekundarstufe I sind hier didaktisch sinnvoll und organisatorisch notwendig.

Hierauf aufbauend folgen für den 2. Schwerpunkt solche methodischen Zugriffe, die die Strukturen gesellschaftlicher Ordnungen herausarbeiten helfen; hierbei sollen problem- und themenspezifische Analysesätze einzelner sozialwissenschaftlicher Disziplinen (Hypothesen bilden, in Modellen denken, gliedern, analysieren, strukturieren) in die Lernprozesse einbezogen werden. Die in den vier Lernfeldern dieses Schwerpunktes ausgewiesenen Themenkreise sind vorrangig für die Phase beruflicher Fachbildung gedacht.

Im 3. Schwerpunkt gilt die Aufmerksamkeit besonders grundsätzlicheren Fragen bei der Untersuchung sozialer Prozesse; die verschiedenen Funktionen sozialwissenschaftlicher Erkenntnis in der politisch-gesellschaftlichen Praxis sollten dabei unter Nutzung theoretisch-reflexiver Methoden (Zusammenhangsdenken, Systematisieren, Generalisieren, Konstruieren) behandelt werden. Die Themenkreise dieses Schwerpunktes können der Abschlußphase solcher Bildungsgänge zugeordnet werden, die zur Fachhochschulreife führen.

Während demnach der Themenschwerpunkt 1 geringen Lernvoraussetzungen der Schüler und Schülerinnen Rechnung trägt, der Themenschwerpunkt 2 mittleren Lernvoraussetzungen, trägt der Themenschwerpunkt 3 den besseren Lernvoraussetzungen einschließlich erheblicher Vorkenntnisse Rechnung.

Bei vollzeitschulischen Formen der Berufsbildung gilt als Regel für die Auswahl obligatorischer Themenkreise, daß pro Jahrgang je ein Thema aus jedem der vier Lernfelder im Unterricht behandelt werden muß. Auch in der Teilzeitberufsschule müssen – allerdings gestreckt auf die gesamte zwei- bis dreieinhalbjährige Schulzeit – die vier Lernfelder abgedeckt werden. In dieser Schulform müssen die Berufsschüler und Berufsschülerinnen im Politikunterricht auch auf ihren Berufsabschluß vorbereitet werden.

Im Politikunterricht der Berufsschule soll der Berufsbezug einzelner Themen durch die Wahl der Aspekte und Gegenstände sowie der Problem- und Fragestellungen hergestellt werden.

Dieser Anspruch wird dadurch eingelöst, daß im Verlauf des Bildungsgangs in freigewählten thematischen Zusammenhängen Fragen der Berufsausbildung (Berufsbildungsgesetz, Handwerksordnung, Selbstverwaltungsorgane) im engen Kontakt zu den Fragen der Mitbestimmung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik behandelt werden.

In die Auswahl der Gegenstände sollten in allen Schulformen der Sekundarstufe II historische Fragestellungen einbezogen werden.

Ferner sollen bei der Behandlung von primär sozialwissenschaftlich-politischen Fragestellungen auch die damit verbundenen historischen Perspektiven beachtet werden.

Aufgabe der Fachkonferenz Politik ist es, regelmäßig eine schulform- und jahrgangsbezogene Entscheidung über die Auswahl von Themenkreisen zu treffen. Die in der folgenden Übersicht genannten Themen haben exemplarischen Charakter (vgl. 3.2.4). Die Verantwortung für die Auswahl und Formulierung der Themen bleibt bei den unterrichtenden Lehrern und Lehrerinnen. Die Aufstellung von Stoffverteilungsplänen im Bereich einer Schule widerspricht dem Sinn dieser Richtlinien. Schulinterne Lehrpläne im Sinne von Abschnitt 4.2 (Seite 89 f.) sind hingegen erwünscht.

3.2.5 Themenvorschläge für die Sekundarstufe II (berufliche Schulen)

Themenübersicht

	(I) Gesellschaft	(II) Wirtschaft
1. Schwerpunkt	Soziale Beziehungen im Alltag 1. Der einzelne in der Gesellschaft – „Meine Eltern verstehen mich nicht mehr!“ Der Jugendliche zwischen Elternhaus und Gruppen – „Welcher Dienst für Staat und Gesellschaft?“ Wehrdienst oder Zivildienst 2. Freizeitverhalten – „Rockmusik – Protestmusik?“ Eine neue Jugendkultur durch Stars der Musik – „Freizeit kann man nie genug haben!?“ Das Verhältnis von Arbeit und Freizeit im Wandel und andere gleichwertige Themen	Arbeit und Konsum 1. Verbraucherverhalten – „Macht und Ohnmacht des Verbrauchers?“ Der Konsument im Interessenkonflikt zwischen Bedarfsdeckung und Gewinnmaximierung – „Wer macht die Preise?“ Die Rolle des Staates bei der Verwirklichung paritätischer Durchsetzungschancen von Konsumenten- und Produzenteninteressen 2. Ausbildung und Beruf – „Wunschberuf oder irgendeine Ausbildung?“ Die Bedeutung qualifizierter Abschlüsse für Berufswahl und Berufskarriere – „Meine Arbeit macht mich auf die Dauer kaputt!“ Notwendigkeit und Formen einer Humanisierung der Arbeit – „Wir wollen gehört werden!“ Interessenvertretung Jugendlicher im Betrieb und andere gleichwertige Themen
	Institutionen und Organisationen 1. Verbände – „Soll ich in die Gewerkschaft eintreten?“ Interessenvertretung durch Verbände in der Demokratie – „Regieren uns die Verbände?“ Das Verhältnis von Verbänden, Initiativen, Parteien und Staat 2. Verhaltensnormen und Rechtsordnung – „Ab morgen bestimme ich selbst!“ Vom Jugendlichen zum Erwachsenen – „Die Kleinen hängt man – die Großen läßt man laufen!“ Wirtschaftskriminalität im Rechtsverständnis der Gesellschaft – „Trink doch einen mit!“ Alkoholkonsum und Drogenprobleme und andere gleichwertige Themen	Die Gestaltung der Wirtschaftsordnung 1. Technik, Produktion und Umwelt – „Wirtschaftswachstum um jeden Preis?“ Soziale Kosten als Probleme der Industriegesellschaft – „Vergiften wir uns selbst?“ Gesellschaftliche und staatliche Verpflichtungen zum Schutz von Natur und Umwelt – „Kollege Computer – ein Jobkiller?“ Neue Technologien und die Zukunft der Arbeitsgesellschaft 2. Wirtschaft und Politik – „Arbeitslosigkeit oder Inflation?“ Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik – „Sozialisierung der Verluste?“ Der Einfluß wirtschaftlicher Interessen auf politische Entscheidungsprozesse – „Endet die Demokratie am Fabrikator?“ Betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung und andere gleichwertige Themen
2. Schwerpunkt		

(III) Öffentlichkeit	(IV) Nationale und internationale Beziehungen
Politische Erfahrungen der Bürger 1. Kommunalpolitik – „Warum wird unser Jugendzentrum geschlossen?“ Möglichkeiten und Grenzen der Mitwirkung des einzelnen in der Gemeinde – „Keine Müllkippe in unserem Ort!“ Die Kommune zwischen Staats-, Wirtschafts- und Bürgerinteressen 2. Information und Meinungsbildung – „Woher habe ich eigentlich meine Meinung?“ Der Meinungsbildungsprozeß in der Gesellschaft und in Gruppen – „Werden wir richtig informiert?“ Medienlandschaft und Pressefreiheit und andere gleichwertige Themen	Gruppenzugehörigkeit und nationale Identität 1. Fremde und Landsleute – „Ausländische Kinder in deutschen Klassen“ Der Konflikt zwischen Integration und kultureller Eigenständigkeit – „Deutschland ohne Ausländer?“ Arbeitsmarktprobleme und Ausländerpolitik – „Im Schatten des Holocaust!“ Juden in Deutschland 2. Deutschland und Europa – „Gibt es wirklich zweierlei Deutsche?“ Die Entstehung der beiden deutschen Staaten – „Die Vereinigten Staaten von Europa – eine Utopie?“ Einheitsbestrebungen und nationale Egoismen und andere gleichwertige Themen
Politische Beteiligung im demokratischen Staat	Viele Völker – eine Weltgesellschaft
1. Politische Parteien – „Bonn ist nicht Weimar!“ Die Parteienstruktur der ersten und zweiten deutschen Republik im Vergleich – „Partei ergreifen – aber welche?!“ ‚Alte‘ Parteien und ‚neue‘ politische Bürgerinitiativen 2. Regierung und Parlament – „Der Abgeordnete – Spielball der Bürokratie?“ Das Verhältnis von Legislative und Exekutive – „Der Bundesrat – ein Nebenparlament?“ Das Verhältnis von Bund und Ländern und andere gleichwertige Themen	1. Weltwirtschaftsordnung – „Solidarität im Weltmaßstab – Arm und Reich in einem Boot?“ Das Problem der Entwicklungspolitik – „Rohstoffreichtum – Macht am Weltmarkt?“ Strukturen einer neuen Weltwirtschaftsordnung 2. Weltpolitische Probleme und supranationale Zusammenschlüsse – „155 Staaten an einem Tisch – und noch kein Ende mit Krieg und Hunger“ Probleme und Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit – „Deutsche Panzer in der Wüste?“ Das Problem des Exports von Rüstungsgütern und andere gleichwertige Themen

	(I) Gesellschaft	(II) Wirtschaft
3. Schwerpunkt	Wissen über soziale Entwicklung und soziales Handeln	Steuerung der Wirtschaft und des ökonomischen Wandels
	<p>1. Gesellschaft im Wandel</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Ich blicke nicht mehr durch!“ Der Zusammenhang zwischen technischen Innovationen und Wertewandel - „Wo soll das Geld denn herkommen?“ Von der Leistungs- zur Zuteilungsgesellschaft, Umverteilung im Sozialstaat <p>2. Ungleichheit und Aufklärung</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Bildung ist Bürgerrecht!“ Bildung als Voraussetzung von Persönlichkeitsentfaltung und Bedingung gesellschaftlicher Entwicklung - „Viel zu wissen ist zu wenig!“ Das Problem der sozialen Veränderung durch wissenschaftliches Denken <p>und andere gleichwertige Themen</p>	<p>1. Die Koordination der Produktionsfaktoren</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Funktioniert der Wettbewerb noch?“ Grundprobleme der Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland - „Der kleine Mann hat immer sein Kratzen!“ Systemvergleich der Marktwirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft <p>2. Die Bewältigung von Konjunkturen und Krisen</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Globalsteuerung contra Strukturpolitik!“ Ansätze staatlicher Wirtschaftspolitik - „Investitionslenkung – eine Gefährdung unserer Freiheit?“ Möglichkeiten und Grenzen der staatlichen Beeinflussung von Investitionsentscheidungen <p>und andere gleichwertige Themen</p>

(III) Öffentlichkeit	(IV) Nationale und internationale Beziehungen
Reflexion politischer Systeme und Veränderungen	Regelung internationaler Zusammenarbeit und Konflikte
<p>1. Herrschaftsformen</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Eliteherrschaft in der pluralistischen Demokratie?“ Politische Willensbildung und Kontrolle staatlicher Macht - „Dann geh doch gleich nach drüben!“ Politische Systeme der Bundesrepublik und der DDR im Vergleich - „Rot = Braun?“ Formen autoritärer Herrschaft im 20. Jahrhundert <p>2. Demokratietheorie und politische Praxis</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Demokratie – schon verwirklicht?“ Alternative Demokratiekonzepte in der Diskussion - „Bürger und Bürokraten“ Der einzelne und die Verwaltung in der Demokratie 	<p>1. Außenpolitische Interessen und Bedingungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Freiheit für politische Häftlinge!“ Internationale Politik der Menschenrechte - „Neutralität – eine Alternative?“ Blockbildung oder Auflösung der Blöcke <p>2. Friedenssicherung und Friedensforschung</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Frieden – notfalls mit Gewalt?“ Konfrontation und Kooperation in den Ost-West-Beziehungen - „Frieden schaffen ohne Waffen!“ Konventionelle und alternative Formen der Friedenssicherung
und andere gleichwertige Themen	und andere gleichwertige Themen



Lernfeld: (I) Gesellschaft/1. Schwerpunkt
 Inhaltlicher Schwerpunkt: **Soziale Beziehungen im Alltag**

Situationsfelder/ Handlungstypen	Themenvorschläge	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
1. Themenkreis: Der einzelne in der Gesellschaft			
Familie, Freizeit/ Interaktion	„Meine Eltern verstehen mich nicht mehr!“ Der Jugendliche zwischen Elternhaus und Gruppen	Ambivalente Bedeutungen der Familie für den Jugendlichen: Schutz- und Schonraum gegenüber den Anforderungen der Gesellschaft (kindheitsorientierte Rollen) ↔ Kritik an familiären Werten und Verhaltensweisen (erwachsenenorientierte Rollen, Geschlechterrollen), Wandel familiärer Leitbilder; Ablösung von der Familie als Emanzipationsvorgang ↔ neue Bindungen an Gleichaltrigengruppen; Streben nach individueller Autonomie ↔ Übernahme neuer Verhaltensregeln in Gruppen; Jugendorganisationen als Lern- und Betätigungsfelder ↔ Gefahren durch Gruppendruck . . .	1 6 9
Staat/ Vorsorge	„Welcher Dienst für Staat und Gesellschaft?“ Wehrdienst oder Zivildienst	Friedenssicherung: Verteidigungsbereitschaft ↔ Gewaltverzicht, Wehrpflicht im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen; Rechtsgrundlagen der Entscheidungssituation: Wehrverfassung, Gewissensentscheidung; Aufbau der Bundeswehr, Arbeitspraxis in Bundeswehr und Zivildienst, Wehrdienst für Frauen? Freiwilligenarmee ↔ Allgemeine Wehrpflicht	1 8
2. Themenkreis: Freizeitverhalten			
Freizeit, Öffentliche Meinung/ Kommunikation, Konsum	„Rockmusik – Protestmusik?“ Eine neue Jugendkultur durch Stars und Musik	Elvis- und Beatle Kult, Rockmusik im Wandel, Musikhören als bedeutendste Freizeitbeschäftigung Jugendlicher, Vermarktung der Idole ↔ soziale Protestform, Identifikation mit Stars, soziales Verhalten in der Szene; Jugendkultur im Freizeitverhalten: Kleidung, Frisur, Sprache; Generationskonflikte . . .	3 6 7

Freizeit/ Vorsorge, Produktion	„Freizeit kann man nie genug haben!?“ Das Verhältnis von Arbeit und Freizeit im Wandel	Arbeit ↔ Freizeit: zeitliche und inhaltliche Abgrenzung; Bedingungen der Entwicklung zu vermehrter Freizeit, Aufgaben der Freizeitpolitik; Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit; autonome ↔ vermarktete Freizeitformen, öffentliche und private Freizeitangebote: Weiterbildung, Sport . . . ; unfreiwillige Freizeit: Arbeitslosigkeit und Ruhestand als unnütze Zeit? Gleiches Recht auf Freizeit und Arbeit: Jungen – Mädchen, Vater – Mutter, Alte – Junge . . .	7 11 12
--------------------------------------	---	--	---------------

Lernfeld: (II) Wirtschaft/1. Schwerpunkt
 Inhaltlicher Schwerpunkt: **Arbeit und Konsum**

Situationsfelder/ Handlungstypen	Themenvorschläge	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
	1. Themenkreis: Verbraucherverhalten		
Markt/ Produktion, Konsum	„Macht oder Ohnmacht des Verbrauchers?“ Der Konsument im Interessenkonflikt zwischen Bedarfsdeckung und Gewinnmaximierung	Interessenkonstellationen zwischen Konsumenten und Produzenten: Nutzenmaximierung ↔ Gewinnmaximierung; Markt als Konfliktregelungsmechanismus; Störungen des Marktmechanismus; Unternehmerstrategien: Produkt-, Preis- und Informationsstrategien ↔ individuelle und kollektive Gegenstrategien der Verbraucher: Preis- und Qualitätsvergleiche, Selbstversorgungsstrategien, Kaufboycott, Verbraucherverbände . . .	1 2
Markt, Staat/ Konsum, Organisation, Herrschaft	„Wer macht die Preise?“ Die Rolle des Staates bei der Verwirklichung paritätischer Durchsetzungschancen von Konsumenten- und Produzenteninteressen	Preisbildung und Marktform (Konkurrenz, Monopol, Oligopol); wettbewerbsumgehende Strategien: Kartellbildung, Preisabsprachen, abgestimmtes Verhalten, Vertriebsbindungen . . . ↔ Wettbewerbs- und Preispolitik des Staates: Verbot der Preisbindung, Mißbrauchsaufsicht, Fusionskontrolle, Marktstruktur- und Subventionspolitik (z. B. Agrarmarkt); administrierte Preise; Verbraucherschutz und Verbraucherrecht (z. B. AGB, UWG) . . .	1 2

Lernfeld: (II) Wirtschaft/1. Schwerpunkt

Inhaltlicher
Schwerpunkt: **Arbeit und Konsum**

Situationsfelder/ Handlungstypen	Themenvorschläge	Inhalte und Probleme	Qualifi- kationen
2. Themenkreis: Ausbildung und Beruf			
Schule, Arbeitswelt/ Vorsorge	„Wunschberuf oder irgendeine Ausbildung?“ Die Bedeutung qualifizierter Ab- schlüsse für Berufswahl und Berufskarriere	Bedeutung des Berufs für den einzelnen und die Gesellschaft, Folgen des Verzichts auf eine Berufsausbildung; Bildungssystem ↔ Be- schäftigungssystem; Schulabschlüsse, Berechtigungen und Berufs- chancen; schulische ↔ betriebliche Berufsausbildung; berufliche und betriebliche Sozialisation zwischen Selbstverwirklichung und Anpassung; Kriterien für die Wahl von Ausbildungsberuf und -be- trieb; Strategien der Lehrstellensuche . . .	8 12
Arbeitswelt/ Produktion, Mitbestimmung	„Meine Arbeit macht mich auf die Dauer kaputt!“ Notwendigkeit und Formen einer Humanisierung der Arbeit	Menschenwidrige Bedingungen der Arbeit: Arbeitszerlegung, Fließ- band, Nacht- und Schichtarbeit, Monotonie, Entfremdung, Kommu- nikationsmängel, psychische Belastungen, Berufskrankheiten; Arbeit: Kostenfaktor ↔ Selbstverwirklichung; Formen einer Humani- sierung der Arbeit: Arbeitswechsel, Aufgabenerweiterung, Aufga- benbereicherung, teilautonome Gruppen, Mitbestimmung, Tarif- und Sozialpolitik . . .	5 12
Arbeitswelt/ Produktion, Mitbestimmung	„Wir wollen gehört werden!“ Interessenvertretung Jugendlicher im Betrieb	Ausbildungs- und Arbeitsinteressen der Jugendlichen ↔ betrieb- liche Ausbildungs- und Arbeitsinteressen; Kriterien für die Qualität der betrieblichen Berufsausbildung: Vollständigkeit, Planmäßigkeit, Einhaltung der Rechtsvorschriften (BBiG, JASchG) . . . ; Interessen- vertretung: Betriebsrat, Jugendvertretung, Gewerkschaften, Ge- werbeaufsicht, Kammern; Rechte und Pflichten aus dem Ausbil- dungs- und Arbeitsvertrag . . .	4 12

Lernfeld: (III) Öffentlichkeit/1. Schwerpunkt
 Inhaltlicher Schwerpunkt: **Politische Erfahrungen der Bürger**

Situationsfelder/ Handlungstypen	Themenvorschläge	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
1. Themenkreis: Kommunalpolitik			
Freizeit, Staat/ Mitbestimmung, Organisation, Herrschaft	„Warum wird unser Jugendzentrum geschlossen?“ Möglichkeiten und Grenzen der Mitwirkung des einzelnen in der Gemeinde	Die Gemeinde regelt örtliche Angelegenheiten im Bereich technischer Versorgung, Kultur und Unterricht, Soziales und Bautätigkeit; Bedürfnisse von einzelnen und Gruppen ↔ Gemeinwohl der Bürgerschaft; Gemeindevertretung: Mitwirkungsrecht der Bürger und Bürgerinnen ↔ Parteienprivileg; freie Jugendgruppen ↔ Jugendverbände; Gemeindeverwaltung: Bürgernähe ↔ Bürokratie, öffentliche Verwaltung ↔ Selbstverwaltung, Behörde als Dienstleistungsbetrieb; Privatisierung öffentlicher Aufgaben . . .	2 8
Familie, Staat/ Mitbestimmung, Organisation, Herrschaft	„Keine Müllkippe in unserem Ort!“ Die Kommune zwischen Staats-, Wirtschafts- und Bürgerinteressen	Wirtschaftsförderung und Industrieansiedlung: Freizeitangebot, Lebensqualität ↔ Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen; Bevorzugung von einzelnen ↔ Verbesserung der Urbanität; Handlungsfreiheit ↔ Abhängigkeit von Großunternehmen; Gemeinde als Ausführungsorgan des Staates: Interessen der Gemeinde ↔ allgemeine Ziele von Bund und Land; Durchsetzung von Interessen: Bürgerinitiativen ↔ Parteienvertretung . . .	6 8
2. Themenkreis: Informationen und Meinungsbildung			
Öffentliche Meinung/ Interaktion, Kommunikation	„Woher habe ich eigentlich meine Meinung?“ Der Meinungsbildungsprozeß in der Gesellschaft und in Gruppen	Grundrecht (GG Art. 5) Freiheit der Information und Meinungsbildung ↔ Beschränkung durch selektive Wahrnehmung, Vorurteile, Bildungsdefizite, Meinungsführer, Gruppeneinfluß; Agitation – Propaganda – Manipulation, Wirkungen der Massenmedien, Grenzen der Informationsverarbeitung; Grenzen der Meinungsfreiheit: Persönlichkeitsschutz, Staatsschutz, Gewaltverherrlichung; Informationsflut ↔ Interessenmangel . . .	3 9

Lernfeld: (III) Öffentlichkeit/1. Schwerpunkt

Inhaltlicher Schwerpunkt: **Politische Erfahrungen der Bürger**

Situationsfelder/ Handlungstypen	Themenvorschläge	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
Öffentliche Meinung, Markt/Produktion, Organisation, Herrschaft	„Werden wir richtig informiert?“ Medienlandschaft und Pressefreiheit	Konzentration der Medien: bessere Qualität, Aktualität, Verbreitung ↔ Einseitigkeit, Beeinflussung, Abhängigkeit; Journalist, Verleger: öffentliche und moralische Verantwortung ↔ Gewinnstreben, Macht; Boulevardzeitung ↔ alternative Presse; öffentlich-rechtliche ↔ privatwirtschaftliche Medien: neutrale Information ↔ Regierungs- abhängigkeit, freier Journalismus ↔ Beamtenstatus; Medienvielfalt ↔ Meinungsmonopol . . .	1 3

Lernfeld: (IV) Nationale und internationale Beziehungen/1. Schwerpunkt

Inhaltlicher Schwerpunkt: **Gruppenzugehörigkeit und nationale Identität**

Situationsfelder/ Handlungstypen	Themenvorschläge	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
	1. Themenkreis: Fremde und Landsleute		
Öffentliche Meinung, Staaten/Kommunikation, Organisation, Herrschaft	„Ausländische Kinder in deutschen Klassen!“ Der Konflikt zwischen Integration und kultureller Eigenständigkeit	Kulturelle Identität ↔ Integration: Vielfalt nationaler Gruppen, lokale Konzentration, Sprachbarrieren, unterschiedliche Werte, Vorurteile, Isolation; bildungspolitische Konzepte: Nationalschulen, interkulturelle Erziehung; Minderheiten ↔ Mehrheit: Nationalismus, Sündenbockfunktion, Pluralismus, multikulturelle Gesellschaft . . .	8 9 10

Freizeit, Arbeitswelt, Öffentliche Meinung, Staat/ Interaktion, Organisation, Herrschaft	„Deutschland ohne Ausländer?“ Arbeitsmarktprobleme und und Ausländerpolitik	Ausländerbeschäftigung: Gastarbeiteranwerbung, Arbeit in einzelnen Wirtschaftsbereichen, Konjunkturabhängigkeit, soziale Folgeprobleme; Rechtslage: Steuern und Sozialversicherung, Aufenthalts- und Asylrecht, Menschen- und Bürgerrechte; Lösungswege: Steuerung der Familienzusammenführung, Anwerbestopp, Verlagerung von Arbeitsplätzen, Rückkehrprämien, Aus- und Weiterbildung . . .	9 11 12
Öffentliche Meinung, Staaten/ Interaktion, Kommunikation	„Im Schatten des Holocaust!“ Juden in Deutschland	Antisemitismus ↔ Judenemanzipation, Zionismus; soziale wirtschaftliche, politische, rassische, religiöse Formen der Diskriminierung; Identitätskonflikte: Abgrenzung ↔ Assimilation, Geschichte der Judenverfolgung, Judenvernichtung im Dritten Reich; Aufarbeitung der Vergangenheit, NS-Prozesse, Wiedergutmachung, Juden als Minorität nach 1945, Antizionismus, Neonazismus; das Verhältnis Bundesrepublik – Israel . . .	7 8 9
2. Themenkreis: Deutschland und Europa			
Öffentliche Meinung, Staat/ Interaktion, Kommunikation, Organisation, Herrschaft	„Gibt es wirklich zweierlei Deutsche?“ Die Entstehung der beiden deutschen Staaten	Geschichtliche Voraussetzungen der Teilung: Nationalsozialismus, 2. Weltkrieg, Konflikt zwischen den Alliierten; Staatenbildung: Gründung der Bundesrepublik und der DDR, Einbindung in Wirtschafts- und Militärbündnisse; Systemvergleich: Staatsordnungen, Ideologien, Mentalitäten; innerdeutsche Beziehungen: Anerkennung, Grundlagenvertrag, Berlin-Frage, Nationale Einheit . . .	1 3 4
Markt, Staat, Staaten/ Vorsorge, Konsum, Mitbestimmung	„Die Vereinigten Staaten von Europa – eine Utopie?“ Einheitsbestrebungen und nationale Egoismen	Etappen der Einigung: Herausbildung des Europa-Gedankens, Europarat, EWG, EG und ihre Erweiterung, Handlungsfelder europäischer Politik: wirtschaftliche Zusammenarbeit, Agrarmarkt, Strukturpolitik, Außenhandel, Europäisches Parlament; Perspektiven der Entwicklung: Regionalismus ↔ Nationalismus ↔ Politische Union, Sicherheitspolitik, Europabewußtsein . . .	5 10

Lernfeld: (I) Gesellschaft /2. Schwerpunkt
 Inhaltlicher Schwerpunkt: **Institutionen und Organisationen**

Situationsfelder/ Handlungstypen	Themenvorschläge	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
1. Themenkreis: Verbände			
Verbände, Parteien/ Mitbestimmung, Organisation, Herrschaft	„Soll ich in die Gewerkschaft eintreten?“ Interessenvertretung durch Verbände in der Demokratie	Verbände vertreten gesellschaftliche Teilinteressen: Einzelinteresse ↔ Gruppeninteresse, einzelner ↔ Verbandsspitze, finanzieller Einfluß und ‚Beziehungen‘ ↔ demokratische Verfahren; Verbände im Widerstreit miteinander: Finanzkraft ↔ Mitgliederzahl, Öffentlichkeitsarbeit ↔ Lobbyismus, Kooperation ↔ Abgrenzung . . .	2 12
Verbände, Parteien, Staat/ Mitbestimmung, Organisation, Herrschaft	„Regieren uns die Verbände?“ Das Verhältnis von Verbänden, Parteien und Staat	Verbände im Staat: partikulare Interessen ↔ Gemeinwohl, Gewerkschaftsstaat ↔ Unternehmerstaat, Koalitionsfreiheit ↔ Zwangsmitgliedschaft; Einfluß der Verbände: Neokorporatismus ↔ Ständestaat, Organisationsgrad, Mediengriff, Parteiverbindungen, Regierungskontakte ↔ Chancengleichheit der politischen Einflußnahme; Souveränität des Parlaments ↔ Macht der Verbände, Offenheit der Gesetzgebung ↔ vertrauliche Beratung der Ministerien durch Verbände . . .	1 5
2. Themenkreis: Verhaltensnormen und Rechtsordnung			
Familie, Öffentliche Meinung/ Interaktion, Organisation, Herrschaft	„Ab morgen bestimme ich selbst!“ Vom Jugendlichen zum Erwachsenen	Recht als festgeschriebene Regeln und Normen ↔ Gerechtigkeitsgefühl; Rechtsrahmen der Lebensbereiche: Kind ↔ Eltern, Ehemann ↔ Ehefrau, Ausbilder ↔ Auszubildender, Schüler ↔ Schule; Volljährigkeit, Geschäfts- und Deliktfähigkeit: Hoffnungen auf Unabhängigkeit, neue Verantwortlichkeiten, weiterbestehende Bindungen, ‚Mündigkeit‘ . . .	1 7 8

Arbeitswelt, Öffentliche Meinung/ Kommunikation, Organisation, Herrschaft	„Die Kleinen hängt man – die Großen läßt man laufen!“ Wirtschaftskriminalität im Rechtsver- ständnis der Gesellschaft	Formen der Wirtschaftskriminalität: Subventionsschwindel, Steuer- hinterziehung u. a.; Rechtsauffassung: Liberalität ↔ Rechtssicherheit und Ordnung, Rechtsvorsorge ↔ Sanktionierung, Gerechtigkeit ↔ Freiheit; Gleichheit vor dem Gesetz: Recht ↔ wirtschaftliche Macht; Wandel des Rechtsbewußtseins: Eigentumsdelikte ↔ Wirt- schaftsverbrechen . . .	1 5
Freizeit, Familie, Arbeitswelt/ Kommunikation, Konsum	„Trink doch einen mit!“ Alkoholkonsum und Drogen- probleme	Alkohol – eine sozial akzeptierte Droge? Gruppendruck und Ge- meinschaftserlebnis, legale und illegale Drogen, Werbung für Alkohol, Rauschmittel im Vergleich, Alkoholismus – eine Krankheit, Trinkmotive und Trinkgewohnheiten, Folgen für Persönlichkeits- entwicklung und Umwelt, soziale Kosten, kriminelles Verhalten und Alkoholmißbrauch, Alkoholverbot ↔ Selbstkontrolle . . .	3 8 9

Lernfeld: (II) Wirtschaft/2. Schwerpunkt

Inhaltlicher Schwerpunkt: **Die Gestaltung der Wirtschaftsordnung**

Situationsfelder/ Handlungstypen	Themenvorschläge	Inhalte und Probleme	Qualifi- kationen
	1. Themenkreis: Technik, Produktion und Umwelt		
Arbeitswelt, Markt/ Produktion, Vorsorge	„Wirtschaftswachstum um jeden Preis?“ Soziale Kosten als Problem der Industriegesellschaft	Wirtschaftswachstum als Wohlstandsindikator, Steigerung des privaten und öffentlichen Wohlstands, Sicherung von Arbeitsplätzen, Entschärfung des Verteilungskampfes, Finanzierung des Systems sozialer Sicherheit und der Entwicklungshilfe; Sozialprodukt als Meßgröße; quantitatives ↔ qualitatives Wachstum; soziale Kosten; Alternativen zur Wachstumspolitik . . .	11 12
Markt, Verbände, Parteien, Staat/ Vorsorge, Konsum, Produktion	„Vergiften wir uns selbst?“ Gesellschaftliche und staatliche Verpflichtungen zum Schutz von Natur und Umwelt	Interessengegensatz zwischen ökonomischer Rentabilität und umweltfreundlicher Produktion; Belastungen der Umwelt: Emission von Schadstoffen, Beeinflussung des Wasserhaushalts, Ablagerung chemischer Rückstände; Zielkonflikt: Umweltschutz ↔ Wachstums- politik und Beseitigung der Arbeitslosigkeit? Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts; staatliche Gesetzgebung; Verursacherprinzip . . .	2 11
Arbeitswelt, Staat/ Produktion, Mitbestimmung	„Kollege Computer – ein Jobkiller?“ Neue Technologien und die Zukunft der Arbeitsgesellschaft	Informations- und Kommunikationstechnologien am Arbeitsplatz und im Haushalt, ihre Vernetzung, Vergleich mit Gen-, Kern- und Rüstungstechnologie; Veränderung der Berufstätigkeit und Berufsausbildung, Rationalisierungseffekte, Kontrollmöglichkeiten ↔ Persönlichkeitsschutz, Veränderung der Denkgewohnheiten, Beeinflussung der öffentlichen Entscheidungsprozesse; ökonomische Modernisierung und internationale Konkurrenzfähigkeit ↔ Verschärfung der sozialen Ungleichheit (Zweidrittelgesellschaft), ethische Verantwortung; Gestaltung des technologischen Wandels: Ausweitung der Mitbestimmung, Umverteilung der Arbeit, technologiepolitischer Bürgerdialog, Selbstbindung ↔ staatliche Steuerung . . .	5 12

2. Themenkreis: Wirtschaft und Politik

Arbeitswelt, Markt, Staat/ Vorsorge	„Arbeitslosigkeit oder Inflation?“ Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik	Interessenkonflikt zwischen Produzenten und Gewerkschaften: Kostenminimierung ↔ Einkommensmaximierung; Tarifverhandlungen, Verteilungsgerechtigkeit, Überwälzung der Lohnkosten auf die Preise; Lohnquote ↔ Gewinnquote; Vollbeschäftigungsgarantie des Staates ↔ Marktsteuerung der Wirtschaft; Preis-Lohn ↔ Lohn-Preis-Spirale . . .	1 4
Verbände, Parteien/ Organisation, Herrschaft	„Sozialisation der Verluste?“ Der Einfluß wirtschaftlicher Interessen auf politische Entscheidungsprozesse	Ordnungspolitik ↔ Beschäftigungspolitik; Spannungsfeld zwischen unternehmerischen Interessen und Interessen der Lohnabhängigen; Konzentration, multinationale Konzerne, Subventionen, Verbände; wirtschaftliche ↔ politische Macht, Autonomie der Tarifpartner als Regelungsmechanismus ↔ Eingriffe des Staates; Machtgleichgewicht in der pluralistischen Gesellschaft . . .	1 6
Arbeitswelt, Verbände, Parteien, Mitbestimmung	„Endet die Demokratie am Fabrikator?“ Betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung	Interessenvertretung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz, im Betrieb und in der Gesamtwirtschaft, Instrumente und Bereiche der Mitbestimmung, gesetzliche Regelungen; Parität von Arbeit und Kapital, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen: Wirtschaftsdemokratie ↔ Sozialpartnerschaft, Gewerkschaftsstrategien: Konflikt ↔ Harmonie, das Verhältnis von politischer System- und Wirtschaftsordnung: freie Marktwirtschaft ↔ industrielle Demokratie	3 5 12

Lernfeld: (III) Öffentlichkeit/2. Schwerpunkt

Inhaltlicher
Schwerpunkt: **Politische Beteiligung am Staat**

Situationsfelder/ Handlungstypen	Themenvorschläge	Inhalte und Probleme	Qualifi- kationen
	1. Themenkreis: Politische Parteien		
Verbände, Parteien/ übergreifend	„Bonn ist nicht Weimar!“ Die Parteienstruktur der ersten und zweiten deutschen Republik im Vergleich	Politische Willensbildung, Verfassungsauftrag der Parteien, Par- teienvielfalt ↔ Parteienkonzentration, Koalitions- und Regierungs- fähigkeit; Polarisierung ↔ demokratischer Konsens; parlamenta- rische Willensbildung ↔ außerparlamentarische Willensbildung und außerparlamentarische Opposition; Glaubwürdigkeit, Krisen- bewältigung . . .	4 6
Verbände, Parteien/ Interaktion, Mitbestimmung	„Partei ergreifen – aber welche?“ „Alte“ Parteien und ‚neue‘, politische Bürgerinitiativen	Volkspartei ↔ Weltanschauungspartei, Flügelbildung und Gruppie- rungen in den Volksparteien, innerparteiliche Demokratie; Problem- bewußtsein der Parteien ↔ ‚Verkrustung‘ der Parteien; Entschei- dungsnotwendigkeit ↔ Kompromißfähigkeit; Initiativgruppen ↔ Parteien, direkte Demokratie ↔ repräsentative Demokratie . . .	4 8 11
	2. Themenkreis: Regierung und Parlament		
Öffentliche Meinung, Staat/ Interaktion, Organisation, Herrschaft	„Der Abgeordnete – Spielball der Bürokratie?“ Das Verhältnis von Legislative und Exekutive	Bundestag, Landtage, Wahlsystem: Mehrheitswahlrecht ↔ Verhält- niswahlrecht, Wahlkampf, Gewaltenteilung, Parlamentsarbeit, freies ↔ imperatives Mandat; Regierungspartei(en), Koalition ↔ Oppo- sition; Regierung: politische Führung; Machtausübung ↔ parlamen- tarische Kontrolle; Lobbyismus, Hegemonie der Verwaltungen, Fil- zokratie, Sozialstruktur der Parlamente . . .	1 2
Staat/ Mitbestimmung, Organisation, Herrschaft	„Der Bundesrat – ein Neben- parlament?“ Das Verhältnis von Bund und Ländern	Bundesrat – Bundestag, Zweikammersysteme: historische und internationale Modelle; ausschließliche ↔ konkurrierende Gesetz- gebung, horizontale Gewaltenteilung, Vermittlungsausschuß; unter- schiedliche Politik der Bundesstaaten, kulturelle Vielfalt, der Bundes- rat – ein Instrument der Parteienpolitik? Föderalismus: Pluralität – Konkurrenz – Kooperation . . .	1 2 4

Lernfeld: (IV) Nationale und internationale Beziehungen/2. Schwerpunkt

Inhaltlicher Schwerpunkt: **Viele Völker – eine Weltgeschichte**

Situationsfelder/ Handlungstypen	Themenvorschläge	Inhalte und Probleme	Qualifi- kationen
	1. Themenkreis: Weltwirtschaftsordnung		
Markt, Weltgesellschaft/ Kommunikation, Vorsorge, Produktion	„Solidarität im Weltmaßstab – Arm und Reich in einem Boot?“ Das Problem der Entwicklungspolitik	„Entwicklung“ ↔ „Unterentwicklung“: Imperialismus, (Neo-)Kolo- nialismus, Ost-West-Konkurrenz; Ebenen der Entwicklungspolitik: Dritte-Welt-Gruppen, kirchliche Entwicklungshilfe, staatliche Pro- gramme, Privatwirtschaft, internationale Organisationen, Selbsthilfe; globale Abhängigkeiten: Nutznießer der Armut ↔ Opfer des Reich- tums, zukünftiges Verhältnis Zentren ↔ Peripherie . . .	2 11
Markt, Weltgesellschaft/ Kommunikation, Produktion, Organisation, Herrschaft	„Rohstoffreichtum – Macht am Weltmarkt?“ Strukturen einer neuen Weltwirt- schaftsordnung	Rohstoffmärkte: ökonomische Monostrukturen, Begrenztheit der Ressourcen, Ersatzstoffe, Preisbildung, Interessengegensätze; historische Vorherrschaften, Ungleichgewicht der internationalen Arbeitsteilung, technologische Überlegenheit, politische Pressionen; Ordnungsversuche: Freihandel ↔ Reglementierung, bilaterale Ab- kommen, Weltbank – Weltwährungsfonds . . .	10 11
	2. Themenkreis: Weltpolitische Probleme und supranationale Zusammenschlüsse		
Öffentliche Meinung, Weltgesellschaft/ Kommunikation, Mitbestimmung, Organisation, Herrschaft	„155 Staaten an einem Tisch – und noch kein Ende mit Krieg und Hunger“ Probleme der Staatengemeinschaft und einer Weltfriedensordnung	Geschichte der UNO: Völkerbund, Gründung 1945, Expansion und innerer Aufbau; Aufgaben einer Weltinnenpolitik: Friedens- sicherung, Welternährung, Gesundheit, Kultur u. a.; Herausforde- rungen internationaler Politik – Unmöglichkeit nationaler Lösungen, Chancen und Grenzen der UNO am Beispiel Nah-Ost-Konflikt, In- strument der Supermächte ↔ Forum der Völker . . .	7 10

08 Lernfeld: (IV) Nationale und internationale Beziehungen/2. Schwerpunkt

Inhaltlicher Schwerpunkt: **Viele Völker – eine Weltgeschichte**

Situationsfelder/ Handlungstypen	Themenvorschläge	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
Arbeitswelt, Staaten/ Produktion, Organisation, Herrschaft	„Deutsche Panzer in der Wüste?“ Das Problem des Exports von Rüstungsgütern	Mechanismen der Rüstung: Bündnispolitik, Verteidigungsetat, Sicherung von Arbeitsplätzen, militärisch-industrieller Komplex; Politik und Moral: besondere Verantwortung Deutschlands, Zwänge des Rüstungswettlaufs, außenpolitische Interessen ↔ Glaubwürdig- keit; Gegenstrategien: Richtlinien für Rüstungsexporte, Umstellung der Produktion auf nicht-militärische Güter, Abrüstungspolitik . . .	1 12

Lernfeld: (I) Gesellschaft/3. Schwerpunkt

Inhaltlicher Schwerpunkt: **Wissen über soziale Entwicklung und soziales Handeln**

Situationsfelder/ Handlungstypen	Themenvorschläge	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
	1. Themenkreis: Gesellschaft im Wandel		
Arbeitswelt/ Kommunikation, Vorsorge	„Ich blicke nicht mehr durch!“ Der Zusammenhang zwischen technischen Innovationen und Wertewandel	Sozialer Wandel: von der Agrar- zur Industrie- und Dienstleistungs- gesellschaft; der Zusammenhang von Lebensweise und Produk- tionsmethode, Wirtschaft und Religion (z. B. Protestantismus – Kapitalismus); Selbstverständnis der Gegenwart: offene Gesell- schaft, Pluralismus, Grundfreiheiten, Individualismus; Ansprüche der technischen Zivilisation an Individuen und Kleingruppen: Verände- rungsbereitschaft, Differenzierung in Subkulturen, Unüberschaubar- keit; materielle ↔ postmaterielle Werte, Tradition ↔ Innovation, Komplexität . . .	1 7 11

Markt, Staat/ Vorsorge, Konsum, Produktion, Mitbestimmung	„Von der Leistungs- zur Zuteilungs- gesellschaft“ oder „Woher soll das Geld denn kommen?“ Umverteilung im Sozialstaat	Menschenwürde und Sozialstaatsprinzip, Liberalismus ↔ Sozialismus; Einkommensverteilung: Leistungsprinzip ↔ Gleichheitsprinzip ↔ Bedarfsprinzip; Soziale Sicherung: demographische Entwicklung, Generationenvertrag, Finanzierung, Sicherung des Existenzminimums (Sozialhilfe); Lohnabhängigkeit und Mitbestimmung, Sparpolitik, Neuverteilung von Arbeit	4 5 12
---	--	--	--------------

2. Themenkreis: Ungleichheit und Aufklärung

Schule, Arbeits- welt, Staat/ Vorsorge, Kommunikation, Produktion	„Bildung ist Bürgerrecht!“ Bildung als Voraussetzung von Persönlichkeitsentfaltung und Bedingung gesellschaftlicher Entwicklung	Bildung: Persönlichkeitsentwicklung, sozialer Aufstieg, Leistung für die Gesellschaft; Chancengleichheit, Chancengerechtigkeit, Bildungsfähigkeit, Kosten der Bildung und Ausbildung; Bildung und gesellschaftliche Entwicklung: Ausbildung, Fort- und Weiterbildung, Umschulung, Qualifikation und Produktion, Forschung und Entwicklung, lebenslanges Lernen; Bildung und politische Beteiligung . . .	3 5 7
Öffentliche Meinung, Staat/ Interaktion, Kommunikation, Mitbestimmung,	„Viel zu wissen ist zu wenig!“ Das Problem der sozialen Veränderung durch wissenschaftliches Denken	Alltagswissen und Wissenschaft, Wissenschaft als Produktivkraft, Organisation und Kontrolle der Forschung, Sprache der Experten und Herrschaftswissen, Verantwortung der Wissenschaft, Wissenschaftsgläubigkeit; wissenschaftliche Inhalte in Schule und Medien, Legitimation durch Wissenschaft in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik . . .	3 5

Lernfeld: (II) Wirtschaft/3. Schwerpunkt

Inhaltlicher
Schwerpunkt:**Steuerung der Wirtschaft und des ökonomischen Wandels**

Situationsfelder/ Handlungstypen	Themenvorschläge	Inhalte und Probleme	Qualifi- kationen
	1. Themenkreis: Die Koordination der Produktionsfaktoren		
Markt/ Produktion, Organisation, Herrschaft	„Funktioniert der Wettbewerb noch?“ Grundprobleme der Wirtschafts- ordnung in der Bundesrepublik Deutschland	Markt-Preis-Mechanismus, Autonomie der Wirtschaftssubjekte ↔ Fremdbestimmung, Konzentration: Monopol- und Oligopolbildung; Wettbewerbsbeschränkungen ↔ Wettbewerbskontrolle und Ver- braucherschutzgesetze, Kartellgesetzgebung, Bundeskartellamt; ökonomische Macht ↔ demokratische Legitimation; staatliche Ein- griffe ↔ privatwirtschaftliche Selbstregulierung; ökonomisch-öko- logischer Zielkonflikt; Dualwirtschaft . . .	1 6
Markt, Staat/ Produktion, Vorsorge, Mitbestimmung	„Der kleine Mann hat immer sein Kratzen!“ Systemvergleich der Marktwirtschaft und der Zentralverwaltungs- wirtschaft	Vergleich Bundesrepublik Deutschland – DDR, Vorurteile und Pro- bleme bei der Beschäftigung mit der DDR, historische Entwicklung beider deutscher Staaten nach 1945; Soziale Marktwirtschaft ↔ Zen- tralverwaltungswirtschaft in der DDR; Planungsmethoden, Effek- tivitätsmaßstäbe, Beschäftigungspolitik, Einkommensverteilung; Leistungsprinzip – Bedarfsprinzip, privater Konsum – öffentlicher Bedarf . . .	1 12
	2. Themenkreis: Die Bewältigung von Konjunkturen und Krisen		
Markt/Staat Vorsorge, Produktion	„Globalsteuerung contra Struktur- politik!“ Ansätze staatlicher Wirtschafts- politik	Konjunkturverlauf, regionale Ungleichgewichte, Wirtschaftskrisen; Konjunkturpolitik: angebotsorientierte ↔ nachfrageorientierte Kon- zepte; Strukturwandel und Strukturkrisen ↔ Strukturpolitik, Stabili- täts- und Wachstumsgesetz, Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik; Arbeitslosigkeit ↔ Arbeitsumverteilung; Geldpolitik ↔ Fiskal- politik . . .	1 11

Markt, Staat/ Vorsorge, Mitbestimmung	„Investitionslenkung – eine Gefährdung unserer Freiheit?“ Möglichkeiten und Grenzen der staatlichen Beeinflussung von Investitionsentscheidungen	Autonome Investitionsentscheidungen ↔ staatliche Investitionslenkung; direkte ↔ indirekte (indikative) Investitionslenkung; Parteien und Verbände zur Investitionslenkung; individuelle ↔ gesellschaftliche Bedürfnisse; Entwicklungsprognosen ↔ Prognosenunsicherheit, Rationalisierungsinvestitionen, Wettbewerbsfähigkeit; Modelle mitbestimmter Fonds . . .	1 5 11
---	---	---	--------------

Lernfeld: (III) Öffentlichkeit/3. Schwerpunkt

Inhaltlicher Schwerpunkt: **Reflexion politischer Systeme und Veränderungen**

Situationsfelder/ Handlungstypen	Themenvorschläge	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
	1. Themenkreis: Herrschaftsformen		
Öffentliche Meinung/ Organisation, Herrschaft	„Eliteherrschaft in der pluralistischen Demokratie?“ Politische Willensbildung und Kontrolle staatlicher Macht	Demokratieverständnis des Grundgesetzes, unterschiedliche Interpretationen des Grundgesetzes; gesellschaftliche Mächte und politische Herrschaft, Pluralismustheorie; partizipatorische Demokratie ↔ demokratische Eliteherrschaft; repräsentative ↔ direkte Demokratie, Rätemodell . . .	1 2
Staaten/ Organisation, Herrschaft	„Dann geh doch gleich nach drüben!“ Politische Systeme der Bundesrepublik und der DDR im Vergleich	Selbstverständnis der Systeme, Legitimation des Herrschaftssystems: Wahlen, Partei und Parteien; Kontrolle der Machträger: parlamentarisches System ↔ demokratischer Zentralismus und Volksdemokratie; Parteienstaat ↔ Staatspartei, Formen der Partizipation, Pluralismus ↔ Interessenidentität, Grundwerte und Grundnormen der Systeme . . .	4 10

Lernfeld: (III) Öffentlichkeit/3. Schwerpunkt

Inhaltlicher Schwerpunkt: **Reflexion politischer Systeme und Veränderungen**

Situationsfelder/ Handlungstypen	Themenvorschläge	Inhalte und Probleme	Qualifikationen
Staat/ Organisation, Herrschaft	„Rot = Braun?“ Formen autoritärer Herrschaft im 20. Jahrhundert	Totalitarismustheorie, Nationalismus, Faschismus, Leninismus, Stalinismus, Maoismus; Herrschaftsmethoden ↔ Widerstandsformen, Gewalt nach innen und außen, Staatsideologie; Entwicklungsdiktaturen und Zwangsmodernisierung; Rechtsradikalismus ↔ Linksradikalismus, Geschichte als politisches Argument . . .	1 4
	2. Themenkreis: Demokratietheorie und politische Praxis		
Öffentliche Meinung, Staat/ Mitbestimmung	„Demokratie – schon verwirklicht?“ Alternative Demokratiekonzepte in der Diskussion	Krisensymptome moderner Demokratien (Legitimationsprobleme, Staats- und Parteienverdrossenheit u. a.); Identitätstheorie ↔ Konkurrenztheorie; Demokratisierung gesellschaftlicher Subsysteme und Organisationen; Demokratisierung und Grundgesetz, Demokratisierung und Funktionssicherung; Subsidiaritätsprinzip, historische Modelle . . .	1 6
Verbände, Parteien, Staat/ Vorsorge, Organisation/ Herrschaft	„Bürger und Bürokraten“ Der einzelne und die Verwaltung in der Demokratie	Das Modell des Bürgers seit der französischen Revolution (citoyen), Ausbildung des Verwaltungsstaates in der Neuzeit, traditionelle – charismatische – bürokratische Idealtypen legitimer Herrschaft; Wandel der Gewaltenteilung; Aufgaben öffentlicher Verwaltung, Gesetzmäßigkeit, Unterordnung unter die Legislative, ausführende ↔ planende Verwaltung; Bürgerrechte und -pflichten: Verwaltungsrecht, neue Formen der Mitwirkung, öffentliche Kontrolle; Bürgerbeteiligung ↔ Bürokratisierung . . .	5 11

Lernfeld: (IV) Nationale und internationale Beziehungen/3. Schwerpunkt

Inhaltlicher
Schwerpunkt:

Regelung internationaler Zusammenarbeit und Konflikte

Situationsfelder/ Handlungstypen	Themenvorschläge	Inhalte und Probleme	Qualifi- kationen
	1. Themenkreis: Außenpolitische Interessen und Bedingungen		
Öffentliche Meinung, Staaten/ Vorsorge, Organisation/ Herrschaft	„Freiheit für politische Häftlinge!“ Internationale Politik der Menschenrechte	Entwicklung der Menschen- und Bürgerrechte, Sicherung der Grundfreiheiten in der Bundesrepublik; Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht; internationale Abkommen, Aktionsmöglichkeiten der UN, amnesty international, Kontrollorgane (Europäischer Ge- richtshof); Verletzungen der Menschenrechte in Diktaturen ↔ Bürger- rechtsbewegungen, Kriterien der Außenpolitik: Durchsetzung eigener Interessen ↔ Verwirklichung der Menschenrechte . . .	2 10 11
Staat, Staaten/ Organisation, Herrschaft	„Neutralität – eine Alternative?“ Blockbildung oder Auflösung der Blöcke	Das geteilte Europa im Spannungsfeld der Machtzentren; das Kon- zept der Friedenssicherung nach der Charta der UN; Entstehung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bipolarität während des Kalten Krieges; Interventionen in den Staaten des Ost- blocks; Finnlandisierung der Bundesrepublik? KSZE – ein Ansatz zur Überwindung der Blockbildung? . . .	10 11
	2. Themenkreis: Friedenssicherung und Friedensforschung		
Staaten, Welt- gesellschaft/ Interaktion	„Frieden – notfalls mit Gewalt?“ Konfrontation und Kooperation in den Ost-West-Beziehungen	Aufrüstung ↔ neue Formen der Sicherheitspolitik; Entstehung des Ost-West-Gegensatzes; Sicherheitspolitik durch Abschreckung? Entspannungspolitik; externe oder innergesellschaftliche Ursachen der Rüstungsdynamik? Sicherheitspartnerschaft? kooperative Rüstungssteuerung ↔ Abrüstung . . .	6 11
Staat, Staaten/ Mitbestimmung	„Frieden schaffen ohne Waffen!“ Konventionelle und alternative Formen der Friedenssicherung	Verschiedene Ausprägungen des Friedensbegriffs: negativer und positiver Begriff des Friedens; direkte und indirekte Gewalt; Ge- fahren der Entstehung eines Machtvakuumms; Konfliktformationen abnehmender Gewalt; Entspannung und Abrüstung, Gewaltfreiheit und soziale Verteidigung, Tradition des Pazifismus, Friedenserziehung . . .	4 10 11

4 Hinweise zur Unterrichtsplanung

Die Richtlinien für den Politikunterricht verstehen sich als offenes Curriculum; sie eröffnen unterschiedliche Zugriffsweisen für die Planung des Unterrichts.

In diesem Kapitel wird zunächst dargestellt, welche Möglichkeiten und Grenzen ihrer unterrichtlichen Tätigkeit Lehrer und Lehrerinnen im Politikunterricht bedenken müssen, und danach, wie sie bei unterschiedlichen Planungsansätzen mit den Richtlinien arbeiten können. Die Richtlinien stellen dazu Instrumente bereit, die Lehrern/innen begründete Entscheidungen bei der Unterrichtsplanung ermöglichen:

- die Matrix zur Identifizierung von Unterrichtsinhalten,
- den Katalog der Qualifikationen und Lernziele,
- die Themenübersicht und den Themenkatalog.

Diese Instrumente stehen je nach Planungsansatz an unterschiedlichen Stellen des Planungsprozesses und erhalten so einen jeweils besonderen Stellenwert. Mit Hilfe dieser Instrumente kann der Lehrer in seiner Unterrichtsplanung den Prinzipien Situationsorientierung, Problemorientierung und Qualifikationsorientierung gerecht werden.

4.1 Lehrerrolle und politisches Lernen

Lehrer und Lehrerinnen sind – nicht nur im Politikunterricht – charakteristischen Rollenkonflikten ausgesetzt:

- | | | |
|---|-----|--|
| - sie sind konfrontiert mit dem Anspruch auf individuelle Förderung | und | zugleich mit dem Anspruch der Gesellschaft auf Leistung; |
| - sie sind verpflichtet, sich der gegenwärtigen Bedürfnisse der Schüler und Schülerinnen anzunehmen | und | die Schüler und Schülerinnen zugleich auf ihren zukünftigen Status als Erwachsene hin zu unterrichten; |
| - sie müssen sich der einzelnen Schüler und Schülerinnen annehmen | und | zugleich auf die ganze Lerngruppe Rücksicht nehmen. |

Wenn Lehrer und Lehrerinnen diese Konflikte einseitig zugunsten des jeweils erstgenannten Pols lösen, werden sie den gesellschaftlichen Ansprüchen an die Institution Schule nicht gerecht. Legen sie sich auf den an zweiter Stelle genannten Pol fest, geben sie sich als Pädagoge auf. Lehrer und Lehrerinnen müssen diesen Dauerkonflikt aushalten, indem sie beide Pole in ihr Rollenhandeln einbeziehen.

Dies gilt auch für den Politikunterricht. Die Spannungen zwischen beiden Polen müssen produktiv miteinander vermittelt werden: Zur schülerbezogenen Seite gehören die lebensgeschichtlichen Erfahrungen, die Anlaß und Gegenstand des Politikunterrichts sein können; zur gesellschaftsbezogenen Seite gehören Normen und Prinzipien für die gesellschaftliche Bewertung sozialen Handelns. Lehrer und Lehrerinnen müssen den Zusammenhang zwischen beiden herstellen und deutlich machen. Andernfalls besteht die Gefahr, daß die Kluft zwischen der persönlichen und der sozialen Identität der Schüler und Schülerinnen sich vergrößert, statt sich zu schließen. Dann würde die Schule keinen Beitrag zur Herausbildung einer stabilen Ich-Identität leisten, in der die persönliche und soziale Identität verschmolzen sind. Aus diesem Grund müssen außerschulische, lebensgeschichtliche Erfahrungen einerseits und Lernen in der Schule andererseits eng aufeinander

der bezogen werden. Der Politikunterricht muß bei den konkreten Bedürfnissen und Erfahrungen der Schüler und Schülerinnen ansetzen, ohne sich an diese zu verlieren, und den Erfahrungshorizont stetig weiter ausdehnen.

Politisches Lernen für eine demokratische Gesellschaft macht eine möglichst demokratische Organisation der Schule erforderlich. Dies gilt auch für Stil und Lernorganisation des Unterrichts selbst.

Das bedeutet die Förderung sachbezogener Motivation über die Interessen und Erfahrungen der Schüler und Schülerinnen. Es soll ein Lernklima entstehen, in welchem unterschiedliche Auffassungen sich entfalten können, da sie auf eine tolerante Grundhaltung gegenüber anderem Denken und Empfinden treffen. Ein solches Lernklima ist Voraussetzung emanzipatorischen Unterrichts. In einem solchen Unterricht können Lehrerinnen und Lehrer auch politisch Stellung nehmen. Verhielten sie sich scheinbar neutral, würden sie ihre doch vorhandenen Meinungen nur verschleiern und erschienen gegenüber den Schülern unglaubwürdig. Entscheidend ist, wie Lehrerinnen und Lehrer ihre eigenen Stellungen einbringen: Sie müssen zeigen, wie man eine persönliche Auffassung vertreten kann, ohne daß offene Diskussion und tolerantes Klima belastet werden.

Der Unterricht ist dann gelungen, wenn durch ihn der Mut der Schüler und Schülerinnen gewachsen ist, eine von der Lehrmeinung oder von dominanten Gruppenmeinungen abweichende Position einzunehmen und zu vertreten. Dazu gehört, daß Lehrer und Lehrerinnen ihr eigenes Verhalten, wie es sich in der Lerngruppe spiegelt, wahrnehmen und gegebenenfalls modifizieren.

Unterrichtsstil und Unterrichtsklima sind allerdings nicht Sache nur eines Faches. Auch im Politikunterricht spiegeln sich Wirkungen anderer Fächer und die vielfältigen außerschulischen Sozialisierungseinflüsse wider. Deren Einfluß gilt es zu berücksichtigen.

Gestaltungsmöglichkeiten und -grenzen der Lehrerrolle werden oft unter der Fragestellung diskutiert, ob die politische Stellungnahme von Lehrern und Lehrerinnen mit der Unparteilichkeit der Schule vereinbar sei. Eine Lösung dieses Problems kann nur in der konsequenten Befolgung des didaktischen Prinzips liegen, Sachverhalte, die in der Wissenschaft und Gesellschaft kontrovers sind, auch im Unterricht als Kontroversen zu behandeln.

Ein Rollenkonflikt könnte auch aus dem Widerstreit des Prinzips der Neutralität der Schule einerseits und dem Prinzip handlungsorientierten Unterrichts andererseits abgeleitet werden. Der öffentliche Auftrag der Schule und ihre pädagogische Zielsetzung weisen dem Handlungsbezug des politischen Lernens hingegen einen propädeutischen Charakter zu.

Politische Handlungsfähigkeit und Fähigkeit zu solidarischem Handeln sind Ziele des Unterrichts. Lehrer und Lehrerinnen erfahren in ihrer alltäglichen unterrichtlichen und schulischen Arbeit, wie stark Schüler und Schülerinnen an gemeinsamem Handeln – vor allem bei schulischen Problemen – interessiert sind. Es ist im Unterricht auch vielfach möglich und didaktisch durchaus sinnvoll, die Problembearbeitung in Handeln einmünden zu lassen (Interessenvertretung, Projektformen). Im Unterschied zu dieser didaktisch begründeten Form der Handlungsorientierung setzt politische Aktion aber die Chance selbstbestimmten Handelns auf der Basis eines freiwilligen Zusammenschlusses voraus. Die Schulklasse ist jedoch kein freiwilliger Zusammenschluß. Außerdem steht sie unter der Verantwortung des Lehrers bzw. der Lehrerin. In ihr können unter Anleitung des Lehrers/der Lehrerin deshalb auch keine aktionsbezogenen Mehrheitsmeinungen und kein ent-

sprechender Handlungswille erzeugt werden. Daher bedeutet die Handlungsorientierung des Politikunterrichts nicht, daß das Ziel des Unterrichts die gemeinsame politische Aktion ist.

Ein weiterer Aspekt des Lehrerrollenkonflikts betrifft das Verhältnis zwischen dem didaktischen Prinzip der Schülerorientierung und der Forderung, die Privatsphäre von Personen und Familien zu respektieren. Besonders dort, wo Schülerinnen und Schüler sich im Unterricht mit Inhalten und Problemen auseinandersetzen, die etwas mit ihrer eigenen Lebenssituation zu tun haben, fließen persönliche und familiäre Erfahrungen in den Unterricht ein. So wichtig es für schülerorientiertes Lernen ist, daß eigene Betroffenheit ausgedrückt wird, so wichtig ist es aber auch, mit derartigen Äußerungen behutsam umzugehen.

Die erwähnten Rollenkonflikte spiegeln sich manchmal in Befürchtungen von Eltern wider. Indem Lehrer und Lehrerinnen ihre Rolle im Politikunterricht gegenüber Eltern anschaulich machen und mit diesen erörtern, können sie solche Befürchtungen abbauen.

4.2 Erstellung eines schulinternen Lehrplans

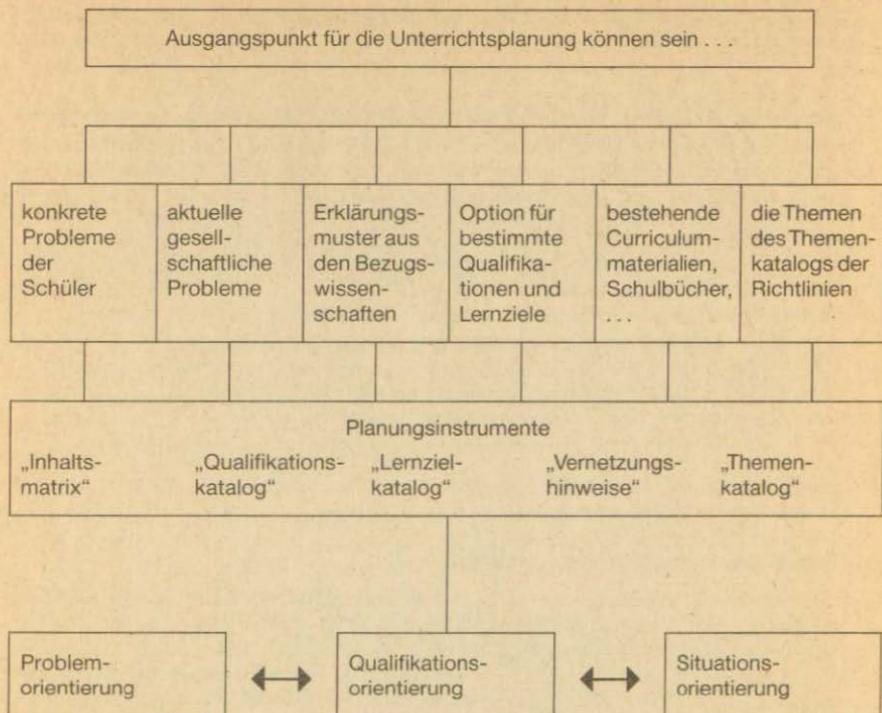
Der Themenkatalog der Richtlinien zeigt, wie Erfahrungsbereiche der Schüler, soziales und politisches Handeln, Fachwissenschaften und Ziele politischen Lernens so berücksichtigt werden können, daß eine didaktisch begründete Verteilung der Inhalte auf die einzelnen Jahrgänge möglich wird. Der Themenkatalog ist nur ein Beispiel für die Auswahl von Inhalten und die Formulierung von Themen im Sinne der Richtlinien. Jede Schule muß eigene Entscheidungen in einem schulinternen Lehrplan treffen. Diese sollen helfen,

- die bisherigen Unterrichtserfahrungen mit den Richtlinien für den Politikunterricht aufzuarbeiten,
- die Zusammenarbeit mit anderen Fächern zu regeln, etwa bei fächerübergreifenden Lernverfahren (Projekte), themengleicher Arbeit in verschiedenen Fächern,
- eine zu kurzfristige, auf aktuelle Schülerwünsche zielende Planung von Lehrern- und Lehrerinnen durch eine langfristige, strukturierte Unterrichtsplanung zu vermeiden.

Der in den Richtlinien vorgestellte Themenkatalog berücksichtigt folgende Forderungen:

- gleichgewichtige Verteilung der Qualifikationen,
- Berücksichtigung der unterschiedlichen Erfahrungsbereiche der Schüler und Schülerinnen,
- Verdeutlichung der Inhalte durch Bezug auf die Fachwissenschaften,
- Konkretisierung des Prinzips aufeinander aufbauender Unterrichtseinheiten,
- Darstellung des Gesamtzusammenhangs von Qualifikations-, Situations- und Problemorientierung.

Der schulinterne Lehrplan ist nicht als Stoffverteilungsplan zu verstehen, sondern sollte so angelegt sein, daß für die einzelnen Lehrer und Lehrerinnen deutlich wird, wie bestimmte Inhalte – z. B. aus Gründen der Aktualität – ausgetauscht werden können. Weiterhin müßte erkennbar sein, daß die verbindlichen Inhalte generell nach den Bedürfnissen und Perspektiven der Schüler/innen und Lehrer/innen oder auch nach methodischen Erfordernissen unterschiedlich thematisiert werden können.



4.3 Planungsansätze

Die Richtlinien ermöglichen dem Lehrer/der Lehrerin unterschiedliche Planungsansätze. Für die konkrete, auf seine Lerngruppe bezogene Unterrichtsplanung können die Lehrer und Lehrerinnen die folgenden Ausgangspunkte berücksichtigen.

Ausgangspunkt: Problem der Schüler und Schülerinnen

Bei diesem Ansatz geht es weniger um aktuelle politische Fragen, von denen die Schüler und Schülerinnen in gleicher Weise betroffen sind wie die Erwachsenen, sondern in erster Linie um Probleme, die aus ihrer Situation als Schüler/innen und Jugendliche entstehen können. Voraussetzung für einen politischen Unterricht, der diese Fragen aufgreift, ist ferner, daß es sich nicht nur um Schwierigkeiten einzelner handelt, sondern um Probleme eines großen Teils der Lerngruppe. Solche Probleme können sich aus der Institution Schule ergeben (etwa im Bereich Schulmitwirkung und Schulordnung), aus Konflikten zwischen Schülern/innen und Lehrern/innen, aus Spannungen innerhalb der Klasse (z. B. Jungen/Mädchen, ausländische Mitschüler, aus altersspezifischen und sozialen Bedingungen u. a. m.).

Politiklehrer und -lehrerinnen, die diese Fragen zum Gegenstand einer Unterrichtseinheit machen, werden zunächst einmal den Themenkatalog der Richtlinien daraufhin durchsehen, ob dort bereits ein geeignetes Thema enthalten ist.

Das Thema, d. h. die konkrete Zuspitzung des Problems, müßte gegebenenfalls unter Berücksichtigung der speziellen Bedingungsanalyse verändert oder neu formuliert werden. (Wer z. B. den Inhalt „Abweichendes Verhalten und Vorurteile gegenüber Minderheiten“ angesichts von Spannungen zwischen deutschen und ausländischen Mitschülern/innen problematisieren will, wird je nach Situation und den Bedürfnissen in der Lerngruppe das vorgeschlagene Thema „Vor dem mußt Du Dich in acht nehmen“ nicht ohne weiteres verwenden können, sondern durch Umformulierung, eventuell auch durch Hinzuziehung einer anderen Qualifikation, einen anderen Aspekt betonen.)

So liegt es in der angenommenen Situation nahe, den Inhalt vor allem mit Hilfe der Qualifikation 6 zu problematisieren und die Analyse der Spannungen sowie mögliche Konfliktregelungen in den Mittelpunkt zu stellen. Man könnte aber auch die Qualifikation 7 heranziehen, besonders die Lernziele 7.1 und 7.6, um dadurch das Verständnis für verschiedene Möglichkeiten der Lebensgestaltung und die Bereitschaft zur Toleranz anzubahnen.

Ein Unterricht, der die konkreten Fragen der Schüler und Schülerinnen zum Gegenstand hat, kann mit einer hinreichenden Motivation rechnen. Bei einem solchen Unterricht besteht allerdings auch die Gefahr, daß die Qualifikationsorientierung, d. h. der Aufbau von Verhaltensdispositionen, und die Behandlung der inhaltlichen Schwerpunkte vernachlässigt werden. Die Themenübersicht und der Themenkatalog, besonders die Spalte Inhalte und Probleme, können hier hilfreich sein.

Ausgangspunkt: Aktuelle gesellschaftliche Probleme

Es wird häufig vorkommen, daß Lehrer und Lehrerinnen ein aktuelles Problem im Unterricht behandeln möchten. Oft ist der Komplexitätsgrad aktueller Probleme so hoch (z. B. innergesellschaftliche, internationale Konflikte und Krisen), daß sie ohne didaktische Reduktion nicht unterrichtet werden können. Andererseits gibt es Ereignisse, deren – oft kurzfristige – Publizität so groß ist, daß sie Gegenstand des Politikunterrichts werden können (z. B. politische Skandale, Affären). Diese Beispiele lassen die gesellschaftliche Dimension nicht ohne weiteres erkennen. Vielmehr werden im Alltag häufig personalisierende, stark affektiv besetzte Erklärungsmuster herangezogen. In beiden Fällen hilft die Matrix zur Identifizierung von Unterrichtsinhalten, didaktische Entscheidungen für die konkrete Unterrichtsplanung zu treffen:

- sie macht die Komplexität bewußt,
- sie fordert zu einer begründeten didaktischen Reduktion auf,
- sie verweist auf Möglichkeiten zur Konkretisierung des Inhalts.

Nehmen wir an, die Berichterstattung in den Medien habe auf die Auseinandersetzung um den Bundeshaushalt aufmerksam gemacht.

Der Inhalt Bundeshaushalt läßt sich ohne Schwierigkeiten dem Situationsfeld Öffentlichkeit zuordnen, aber darüber hinaus wirkt er sich auf fast alle anderen Situationsfelder aus. Ebenso bestehen mehrere sinnvolle Zuordnungen zu den Handlungstypen. Da jede Entscheidung für ein Situationsfeld oder einen Handlungstyp den inhaltlichen Schwerpunkt verschiebt, werden Lehrer und Lehrerinnen ihre Auswahl begründen müssen, indem sie allgemeindidaktische Kriterien (z. B. Schüler- und Gesellschaftsrelevanz, Zukunftsbedeutung, Mediensituation) heranziehen. So verweist das Situationsfeld Öffentlichkeit in Kombination mit dem Handlungstyp Vorsorge auf Aspekte der Zukunftssicherung des Staates (Ausgaben für soziale Sicherung, Bildung, Verteidigung usw.). Die Kombination Familie/Konsum ergäbe den Teilaspekt „Auswirkungen des öffentlichen Haushalts auf den privaten Verbrauch“ (z. B. Veränderung des Lebensstandards). So sind mögliche Inhalte gewonnen, die sich durch Hinzuziehen von Qualifikationen problematisieren und als

Unterrichtsthema formulieren lassen. Dazu ein Beispiel: Öffentlichkeit/Vorsorge – Teilinhalte Zukunftssicherung – problematisiert mit der Qualifikation 6 könnte etwa zum Thema: „Haushaltssanierung ja! – aber nicht auf meine Kosten!“ führen. Derselbe Inhalt, problematisiert mit Qualifikation 11, ergäbe das Thema „Künftige Lebensqualität auf Pump!?“.

Nehmen wir den Fall an, eine Affäre erhitze die Gemüter und führt zu einer hohen Publizität. In solchen Situationen kommt es leicht zur Personalisierung von Konflikten, unzulässigen Verallgemeinerungen, emotionaler Beurteilung und ähnlichen unreflektierten Formen der Verarbeitung. Dadurch wird der Blick für die dahinterstehenden Konfliktstrukturen verstellt. Die Matrix hilft prüfen, in welchen Bereichen der Fall exemplarisch ist. Die Ausdifferenzierung zeigt, daß ein Fall, der zunächst personalisiert betrachtet wurde, möglicherweise grundsätzliche Fragestellungen aufwirft. So könnte z. B. an einer Korruptionsaffäre die Vermischung von privaten und öffentlichen Interessen aufgezeigt werden.

Dazu ein Beispiel: Das Situationsfeld Öffentlichkeit ergibt in Kombination mit dem Handlungstyp Organisation Teilinhalte, in denen es um die Macht der Verbände geht. Um auf das eigentlich Politische aufmerksam zu machen, das durch Personalisierung und emotionale Beurteilung von Affären leicht übersehen wird, können diese Inhalte mit der Qualifikation 1 problematisiert werden; als Thema kann formuliert werden: „Der Staat als Selbstbedienungsladen?“ – Verquickung von Macht und persönlichem Nutzen.

Ausgangspunkt: Erklärungsmuster aus den Bezugswissenschaften

Häufig ergeben sich erste Planungsideen und erste unterrichtspraktische Vorüberlegungen aus der Kenntnis fachwissenschaftlicher Erklärungsmuster. Auslöser für solche Planungsüberlegungen können sein:

- Sozialwissenschaftliche Theorien
(z. B. Kommunikations-, Rollen-, Sozialisationstheorie)
- Funktionsmodelle
(z. B. Wirtschaftssysteme, Marktmechanismen, Geldkreislauf, Regelkreissysteme)
- Verfahrensmodelle
(z. B. institutionelle Verfahren, Entscheidungsabläufe, Konfliktregelungsstrategien)
- Erklärungsmuster bildlicher Art
(z. B. „Aggressionstreppe“, „Herrschaftspyramide“, „Domino-Theorie“, „Salami-Taktik“ . . .)

Die Unterrichtenden müssen beachten, inwieweit solche wissenschaftsorientierten Erklärungsmuster dazu beitragen können, politisches Lernen zu ermöglichen. Sie müssen aber konkrete, die Lebenswirklichkeit der Schüler und Schülerinnen betreffende Inhalte finden, um an ihnen ein bestimmtes Erklärungsmuster zu verdeutlichen.

Mit der Matrix zur Identifizierung von Unterrichtsinhalten lassen sich mögliche Beziehungen zwischen den Situationsfeldern und den Handlungstypen ermitteln. So können aus der Kenntnis der Rollentheorie unter Berücksichtigung der Situationsfelder und Handlungstypen die folgenden Inhalte ermittelt werden:

Freizeit/Interaktion: „Rollenzwänge in der Freizeit“ (z. B. Freizeitaktivitäten, Rolle des Urlaubers, des Touristen).

Beruf/Konsum: „Status- und Prestige-probleme“ (z. B. Konventionen, Gruppenzwänge, konformes und nonkonformes Verhalten).

Durch diese Reflexion ergeben sich Inhalte, die sich zur Anwendung wissenschaftlicher Paradigmata eignen und die für politisches Lernen bedeutsam sein können.

Bei der Auswahl der Inhalte müssen Lehrer und Lehrerinnen darauf achten, daß sie sich nicht nur an wissenschaftlichen Theorien, sondern auch an den Lebenszusammenhängen der Schüler und Schülerinnen orientieren. Sie müssen gleichzeitig prüfen, welche Erfahrungen und Kenntnisse die Schüler und Schülerinnen an der ausgewählten Problemsituation erwerben können.

Ausgangspunkt: Option für bestimmte Qualifikationen und Lernziele

Im Verlauf ihres Unterrichts werden Lehrer und Lehrerinnen möglicherweise feststellen, daß sie wichtige Zielbereiche politischen Lernens noch nicht genügend berücksichtigt haben. Diese Feststellung kann dazu führen, eine bestimmte Qualifikation zum Ausgangspunkt für die Unterrichtsplanung werden zu lassen. Sollten sie feststellen, daß viele ihrer Schüler und Schülerinnen allzu vorschnell Meinungen, Nachrichten, Informationen rezipieren und sie unkritisch zur Grundlage eigener Meinungsbildung und Entscheidung machen, könnten diese Lehrer und Lehrerinnen die – zunächst inhaltsunspezifische – Entscheidung treffen, eine Unterrichtseinheit zu entwickeln, in deren Mittelpunkt die angestrebte Verhaltensdisposition steht, „Kommunikation und ihre Bedingungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu analysieren, auf Motive, Interessen und Machtgefälle zu prüfen und die Chancen zur Teilnahme zu erweitern“ (Qualifikation 3).

Die Entscheidung über geeignete Inhalte kann sich orientieren

- an der Matrix zur Identifizierung von Unterrichtseinheiten,
- am Themenkatalog,
- an bereits existierenden Materialien
(Schulbücher, Arbeitshefte, Materialsammlungen usw.).

Mit Hilfe der Matrix können Lehrer und Lehrerinnen die Situationsfelder und Handlungstypen auf geeignete Inhalte prüfen. Einige Beispiele in Stichworten:

Schule/Kommunikation – Inhalte:

Lehrerinformationen, -meinungen, problematisiert mit Qualifikation 3 ergäbe z. B. das Thema: „Glauben, was der Lehrer/die Lehrerin sagt!“ – Informationen, Meinungen, Objektivität in Schule und Unterricht.

Öffentlichkeit/Kommunikation – Inhalte:

Massenmedien, Medienindustrie, Manipulation; Qualifikation 3 legt das Thema nahe: „Information oder Manipulation?“ – Aufgaben und Arbeitsweisen der Massenmedien.

Ausgangspunkt: Bestehende Curriculummaterialien, Lehrbücher, Handreichungen etc.

Bei der Unterrichtsplanung werden Lehrer und Lehrerinnen häufig auf vorgefertigte Unterrichtseinheiten zurückgreifen. Sie müssen dann die Zielsetzungen dieser Unterrichtseinheiten an den Maßstäben der Richtlinien überprüfen. Unterricht im Sinne dieser Richtlinien darf sich nicht als reine Wissensvermittlung verstehen; er muß problemorientiert sein und muß Qualifikationen zugeordnet werden. Damit sind die Lernziele auf Inhalte übertragbar, sie lassen sich konkretisieren. Ein Beispiel kann hier nicht gegeben werden, denn es ist nicht Aufgabe von Richtlinien, vorliegende Unterrichtsmaterialien zu kommentieren.

In ähnlicher Weise muß Unterricht geplant werden, der sich nach einem Lehrbuch richtet. In diesem Fall müssen sie die Zielsetzungen des Lehrbuchs mit den Zielen der Richtlinien vergleichen und die Ziele des Lehrbuchs entsprechend ergänzen.

Ausgangspunkt: Die Themen des Themenkatalogs der Richtlinien

Mit der Wahl eines Themas aus dem Themenkatalog haben sich Lehrer und Lehrerinnen gleichzeitig für den Inhalt entschieden, der im Untertitel formuliert ist. Außerdem sind die Situationsfelder und Handlungstypen angegeben, die durch das Thema abgedeckt werden. Ferner wird die Qualifikation genannt, mit deren Hilfe aus dem Inhalt das Thema gewonnen wurde, und schließlich finden sich in der Rubrik „Inhalte und Probleme“ bereits einige Vorschläge zur inhaltlichen Füllung und Sequenz.

Die Übernahme der im Themenkatalog getroffenen Vorentscheidungen ist nicht ohne weiteres möglich. In zahlreichen Fällen sind nämlich mehrere Handlungstypen, vor allem aber mehrere Qualifikationen angegeben. So werden z. B. bei dem Thema „Jetzt rufe ich die Polizei!“ die Qualifikationen 1, 5 und 6 als Möglichkeiten genannt, den Inhalt „Staatliche Gewaltanwendung und ihre Grenzen im Rechtsstaat“ zu problematisieren und die entsprechenden Handlungsdispositionen anzubahnen. Bei einer in der Regel auf wenige Stunden begrenzten Bearbeitung des Themas könnte es leicht zu einer Überfrachtung des Unterrichts mit Lernzielen und Einzelinhalten kommen, falls nicht schon bei der Entscheidung im Bereich der Qualifikationen Akzente und Schwerpunkte der Problematisierung gesetzt werden. – Wer z. B. bei diesem Thema das Schwergewicht auf die Qualifikation 1 legt, wird dann das Problem des staatlichen Gewaltmonopols in den Mittelpunkt stellen; legt man das Gewicht mehr auf die Qualifikation 6, so bietet das Thema Möglichkeiten, die Rolle der Exekutive und der Legislative bei der Austragung gesellschaftlicher Konflikte zu problematisieren und die Frage zu erörtern, inwieweit die Anwendung rechtsstaatlicher Gewalt und das Bemühen um politische Lösungen in einem angemessenen Verhältnis stehen.

Wenn Lehrer und Lehrerinnen diese Entscheidung getroffen haben, prüfen sie die Lernziele der gewählten Qualifikation auf ihre besondere Relevanz hin, um den Gegenstand mit ihrer Hilfe weiter zu problematisieren und unter Berücksichtigung entsprechender Teilinhalte konkretisierte Lernziele zu entwickeln.

Angenommen, man hat sich für die Qualifikation 1 und für den Inhalt „Notwendigkeit und Grenzen des staatlichen Gewaltmonopols“ entschieden, so könnte man etwa zu folgenden Ergebnissen gelangen: Für die Problematisierung von Gegenstand und Thema erscheinen die Lernziele 1.1 und 1.2 von besonderer Relevanz. Bezogen auf das Thema ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer kritischen Analyse der Polizei als eines Teils der staatlichen Gewalt sowie die Frage nach den Möglichkeiten und Schwierigkeiten, die legitime Ausübung der Polizeigewalt zu akzeptieren.

Um zu konkreteren Zielen des Unterrichts zu gelangen, ist es nötig, den als Beispiel gewählten Gegenstand oder Fall zu analysieren und in die einzelnen inhaltlichen Aspekte aufzugliedern. Solche Aspekte könnten hier u. a. sein: Selbsthilfe/Notstand/Faustrecht – Ordnungswidrigkeit/Vergehen/Verbrechen – Geldbuße/Strafe – Strafrecht/Zivilrecht – Erstattung einer Anzeige – Aufgaben der Polizei – Legitimation der polizeilichen Tätigkeit – Opportunitätsprinzip – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Unter Berücksichtigung der Qualifikation 1 und der beiden Lernziele 1.1 und 1.2 lassen sich anhand dieser Einzelinhalte konkretisierte Lernziele entwickeln sowie Entscheidungen über Medien und Methoden treffen.

4.4 Schlußbemerkung

Die unterschiedlichen Planungsinstrumente der Richtlinien haben insgesamt die Funktion, Hilfen für die Planung und Durchführung eines lerngruppenspezifischen Unterrichts

zu geben. Sie versuchen daher aufzuzeigen, wie Erfahrungen, Bedürfnisse und Bedingungen der Schüler und Schülerinnen mit politischen Inhalten, Problemen und Themen zielgerichtet in einen Lernzusammenhang gebracht werden können.

Dabei wird deutlich, daß Planung und Durchführung des Politikunterrichts den drei folgenden Prinzipien verpflichtet sind:

1. Planung und Unterricht sollen sich an solchen Lebenssituationen der Schüler und Schülerinnen orientieren, die subjektiv und objektiv für deren Lebensperspektive bedeutsam sind (Prinzip der Situationsorientierung).
2. Planung und Unterricht sollen die in der gesellschaftlichen Wirklichkeit sich spiegelnden Probleme, Konflikte und Kontroversen aufgreifen und sie den Erfahrungs- und Reflexionsmöglichkeiten der Schüler und Schülerinnen entsprechend thematisieren (Prinzip der Problemorientierung).
3. Planung und Unterricht sollen schließlich den Schülern und Schülerinnen dabei helfen, solche Fähigkeiten und Bereitschaften zu erwerben, die in einem demokratisch verfaßten Gemeinwesen zur Bewältigung von Lebenssituationen und den in ihnen sichtbar werdenden Problemen und Konflikten notwendig sind (Prinzip der Qualifikationsorientierung).

In Unterrichtsplanung und Unterricht muß der Zusammenhang dieser drei Prinzipien hergestellt und konkretisiert werden.

